Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. – Verantwortlich Albert Paul, Magdeburg. – Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. – Druck und Verlag von W. Pankuch & Co, Magdeburg, Große Münzstraße 3. – Fernsprech-Anschlüsse 6294 bis 6297. – Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. – Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pf., Vereinskalender 80 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 285. Magdeburg, Dienstag den 7. Dezember 1926. 37. Jahrgang

Die Arbeit in Genf

Der Völkerbundsrat, der am 6. Dezember seine 43. Tagung beginnt, hat seit der letzten Völkerbundsversammlung 14 statt bisher 10 Mitglieder. Diese Erweiterung des Rates hat, so bedenklich sie auch in politischer Hinsicht ist, sicherlich den einen Vorteil, daß die einzelnen Vertreter weniger stark überlastet sind und deswegen die ihnen übertragenen Aufgaben gründlicher erledigen können. Früher wurden verschiedene Probleme oft den gleichen Berichterstattern übertragen. Der französische Vertreter z. B. hatte eine Zeitlang sowohl über wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten wie über geistige Zusammenarbeit zu berichten. Jetzt liegen die wirtschaftlichen Fragen in den Händen des deutschen, die finanziellen in denen des belgischen Vertreters, so daß sich Frankreich nur mit der geistigen Zusammenarbeit zu befassen hat. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß sich nach der vorläufigen Anordnung des Rates auf seiner letzten Tagung mit den Minderheitenfragen der kolumbische Vertreter, mit dem Mandatswesen der niederländische, mit den Rüstungsfragen der tschechoslowakische, mit dem Saargebiet der italienische und mit Danzig der chilenische Vertreter beschäftigen soll.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen der neuen Tagung steht aller Wahrscheinlichkeit nach die Frage des Verfahrens im Falle einer Untersuchung der Rüstungen der Zentralmächte durch den Völkerbund. Man wird versuchen, dem sogenannten Investigations-Reglement (investigieren = nachspüren) eine Fassung zu geben, der auch Deutschland zustimmen kann. Es handelt sich nicht zuletzt um **die Beseitigung der Zulässigkeit der für die entmilitarisierte Zone vorgesehenen „ständigen Elemente“.**

Sehr bedeutsam wird sodann die Wahl des Ortes für die am 4. Mai 1927 beginnende Weltwirtschaftskonferenz sein. Die vorbereitende Kommission für diese Konferenz hat ihre Arbeiten beendet. Holland, das ja auch im Völkerbundsrat vertreten ist, würde gern sehen, wenn man Amsterdam als Tagungsort für die weltwirtschaftlichen Verhandlungen wählte. Da sich aber bisher immer gezeigt hat, daß große internationale Konferenzen am besten und, was bei einer so umfassenden Veranstaltung nicht gleichgültig ist, auch am billigsten vonstatten gehen, wenn sie den Apparat des Völkerbundes in Genf benutzen können, so wird sich wahrscheinlich ein Kampf darüber entspinnen, ob man Amsterdam oder Genf wählen soll.

Dagegen ist die Vorbereitende Abrüstungskommission noch nicht zu solchen Resultaten gelangt, daß Zeit und Ort der großen geplanten Abrüstungskonferenz bestimmt werden könnten. Lord Robert Cecil hat kürzlich seine Auffassung über diese Konferenz dahin ausgesprochen, daß die Vorbereitende Kommission erst zu Anfang des nächsten Jahres ihr Gutachten darüber abgeben kann, ob eine solche Konferenz schon einzuberufen sei. Da die letzte Völkerbundsversammlung den Wunsch ausgesprochen hat, die Konferenz solle, wenn möglich, vor September 1927 zusammentreten, so wird der Rat prüfen müssen, ob es mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung der Welt zu rechtfertigen ist, den Zusammentritt der Konferenz erneut hinauszuschieben.

In das Programm der allgemeinen Abrüstungskonferenz soll entsprechend den Vorschlägen der letzten Völkerbundsversammlung das Problem der privaten Herstellung von Waffen und Munition eingeschlossen werden. Da der Rat den Auftrag erhalten hat, ein Abkommen über diese Frage vorbereiten zu lassen, wird er sich auch mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Die September-Tagung des Völkerbundes hat sodann den Wunsch ausgesprochen, der Rat solle den Mitgliedstaaten den Abschluß von Verträgen nach dem Muster des Locarno-Paktes empfehlen und evtl. seine guten Dienste anbieten, um das Zustandekommen solcher Verträge zu vermitteln. Dieser Rat ist leichter gegeben als ausgeführt. Gerade das Problem eines Ostpaktes berührt in so hohem Maße politische Fragen sowie das Verhältnis der Ostmächte zu Rußland, daß der Rat vor keiner leichten Aufgabe stehen wird, wenn er sich in dieser Richtung bemüht. Im Zusammenhang damit werden ihm die Anregungen des am 1. Dezember zusammengetretenen Ratsausschusses unterbreitet werden, der sich mit den Vorschlägen betr. die Sicherheitsfrage befaßt hat, die die französische, polnische und finnländische Regierung innerhalb der Vorbereitenden Abrüstungskommission gemacht haben, um den Zusammentritt des Rates bei einer Kriegsdrohung zu erleichtern sowie einem angegriffenen Staate so schnell wie möglich militärische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es handelt sich hierbei um Angelegenheiten, die mit der Auslegung und Ausführung des berühmten Art. 16 der Satzung, der sogenannten Völkerbundsexekution, zusammenhängen.

Der Bericht der Mandatskommission über ihre letzte Tagung wird den Rat diesmal ebenso stark beschäftigen wie auf seiner letzten Sitzung, da die Mandatskommission nach der (übrigens unbegründeten) Ansicht einiger Mandatarstaaten noch immer dazu neigt, ihre Befugnisse zu überschreiten. Es handelt sich um die Frage, ob die Mandatskommission berechtigt ist, Beschwerden von Vertretern der Bevölkerung der Mandatsgebiete entgegenzunehmen und ob sie ihr Fragerecht in der neuerdings geübten Weise auf alle Einzelheiten der Mandatsverwaltung ausdehnen darf. Namentlich Großbritannien hat seinen Widerspruch angemeldet. Erfreulicherweise ist der Berichterstatter über Mandatsfragen in Kolonialangelegenheiten durchaus bewandert. Denn der holländische Außenminister Jhr. van Karnebeek ist viele Jahre vortragender Rat im holländischen Kolonialministerium gewesen.

Die Angelegenheit der Frankfälschungen hat seinerzeit den französischen Antrag hervorgerufen, daß sich der Völkerbund mit der internationalen Bekämpfung der Banknotenfälschungen befasse. Der Rat wird über diese Frage den Bericht des Finanz- und Juristenausschusses entgegennehmen.

In demselben Zusammenhang gehört die Frage der Finanzlage Danzigs. Es gilt schließlich die Rechtslage der Staaten zu prüfen, die dauernd mit ihren Beiträgen an den Völkerbund im Rückstand bleiben.

Von den Problemen humanitären Charakters, die den Rat beschäftigen werden, seien die Frage einer internationalen Katastrophenversicherung, die trotz langjähriger Vorarbeit noch immer nicht zu einem Resultat gediehen ist, und der Plan einer Ausdehnung der für die armenischen und russischen Flüchtlinge getroffenen Maßnahmen auf andre Gruppen von Flüchtlingen erwähnt.

Sehr wichtig sind weiter die Fragen des Saargebiets und der möglichst baldigen Ratifikation der unter dem Schutze des Völkerbundes geschlossenen Abkommen.

Schließlich hat der Rat seine Zustimmung zu der Ernennung deutscher Beamter im Völkerbundsekretariat, insbesondere des deutschen Untergeneralsekretärs, zu geben, die nach Art. 6 Abs. 3 der Völkerbundssatzung vom Generalsekretär mit Zustimmung des Rates angestellt werden. Er hat sodann zu prüfen, ob nicht in den Wirtschafts- und den Finanzausschuß, in die Mandatskommission usw. des Völkerbundes auch deutsche Mitglieder ernannt werden sollen. Während für den Wirtschafts- und Finanzausschuß die Wahl deutscher Mitglieder (Trendelenburg und Melchior) sehr wahrscheinlich ist, verlautet bisher noch nichts darüber, daß Deutschland auch in der Mandatskommission vertreten sein soll.

Dr. Hans Webberg.

Ministerbesprechungen

Genf, 5. Dezember. (Radio.) Die Mitglieder des Völkerbundsrats, welche am Sonntag mittag ziemlich vollzählig eingetroffen sind, haben, wie üblich, den Nachmittag mit einer Reihe gegenseitiger Besuche verbracht. Stresemann war von 4 Uhr an je anderthalb Stunden bei Briand und dann bei Chamberlain.

Ueber das Ergebnis der Aussprache erklärte Briand den Journalisten, es sei die erste Fühlungnahme gewesen, welcher eine Reihe weiterer persönlicher Besprechungen folgen werden. Auf die Frage, ob die Militärkontrolle zur Sprache gelangt sei, wiederholte Briand den bekannten französischen Standpunkt, sie gehöre eigentlich nicht in den Kompetenzkreis des Völkerbundsrates und des Völkerbundes überhaupt, sondern in den der Botschafterkonferenz. Dagegen könne die Investigationsfrage im Rate zur Sprache gelangen, und dann dürfte es wohl gehen, daß beide Fragen miteinander in Berührung gebracht werden. Dabei meinte Briand, daß viele Fragen, die in der öffentlichen Meinung und der Presse noch aufgebauscht werden, sich doch verhältnismäßig leicht lösen ließen, wenn man, vom guten Willen erfüllt, miteinander rede.

Die deutsche Delegation hat bisher den Journalisten noch keine Mitteilungen gemacht. Die privaten Unterredungen dürften am Montag nachmittag und Dienstag morgen weitergeführt werden, in welchen Tagen keine Vollsitzungen des Rates stattfinden. Die Tatsache, daß die **führenden Leute des Ratskomitees für die Abrüstungsfrage sämtlich während der Ratstagung in Genf verbleiben, läßt erwarten, daß die Frage der Investigation in Zusammenhang mit dem ganzen Abrüstungsproblem gebracht werden dürfte.**

Eine neue Ueberraschung dürfte die Ratssitzung dadurch Völkerbundsekretariat eine Note zum chinesisch-belgischen Streit eingereicht hat und gesonnen sein soll, die Angelegenheit im Völkerbundsrat zur Sprache zu bringen. —

Eröffnung der Ratstagung

TU. Genf, 6. Dezember. Die 43. Tagung des Völkerbundsrats begann heute vormittag 11 Uhr zunächst mit einer geheimen Sitzung unter Vorsitz Vandervoldes. Es wurden eine Reihe von Budgets- und Verwaltungsfragen erledigt, ferner die Frage der Schließung des Wettbewerbs für die Bauplane für das neue Völkerbundsgebäude und die Frage der Ernennung von neuen Mitgliedern für das Hygienekomitee.

Kurz vor 12 Uhr begann die öffentliche Sitzung, zu der die in großer Anzahl erschienenen Pressevertreter aller Länder zugelassen waren. Am Ratstisch präsidierte Vandervelde, die übrigen Ratsmitglieder nahmen ihre Plätze in der üblichen Reihenfolge ein.

Die Tagesordnung, auf der sechs Punkte von untergeordneter Bedeutung standen, wurde in kaum 20 Minuten ohne Diskussion erledigt. Sämtliche Berichte über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen wurden angenommen, worauf sich der Rat auf Dienstag nachmittag vertagte. Am Montag nachmittag soll das Dreierkomitee des Völkerbunds für die Minderheitsfragen zusammentreten. —

Briands Aufgabe

Paris, 6. Dezember. (Radio.) Die Kommentare, mit denen die Pariser Presse die Genfer Besprechungen zwischen Briand und Stresemann begleitet, sind durchweg im ernsten Tone gehalten. Der Optimismus der letzten Wochen ist aus den Blättern verschwunden. Diese stellen im Gegenteil fest, daß die Fragen, die nach der französischen Ansicht in den letzten Wochen noch zu regeln blieben, plötzlich ein Format angenommen hätten, das die ganze Locarno-Politik bedrohen könnte. Selbst der sonst immer zurückhaltende „Petit Parisien“ läßt sich aus Genf mitteilen, daß die Schwierigkeiten, um zu einer allgemeinen Verständigung über die verschiedenen noch schwebenden Fragen der Militärkontrolle und des Investigationsrechts durch den Völkerbund zu gelangen, bedeutend größer sind, als man sich anfangs vorstellte.

„Echo de Paris“ stellt fest, daß die jetzt in Genf zur Debatte stehenden Fragen sich zusammenfassen lassen auf zwei Punkte: erstens, welche Maßnahmen Deutschland noch ergreifen müsse, um eine Beseitigung der interalliierten Kontrollkommission zu erreichen, und zweitens, welches Investigationsrecht der Völkerbund nach Abberufung dieser Kommission in Deutschland ausüben sollte.

Briand müsse, da sämtliche Mächte sich darüber einig seien, daß die Kontrollkommission überlebt sei, besonders darauf ausgehen, daß Stresemann den im September 1924 vom Völkerbund ausgearbeiteten Investigationsplan annehmen. Hier lägen die Schwierigkeiten: denn dieser Plan übersteige in vielem die durch Artikel 213 des Versailler Vertrags dem Völkerbund übertragenen Vollmachten. Briand werde sicherlich so vernünftig sein, in der Frage des Investigationsrechts nichts Unmögliches zu verlangen. Es liege auf der Hand, daß eine dauernde Ueberwachung des gesamten Territoriums durch den Völkerbund unmöglich sei. Frankreich müsse sich darauf beschränken, seine ersten Abmachungen der demilitarisierten Zone des Rheinlandes zu erreichen, also eine lokale Kontrolle, dafür müsse es aber sicher damit rechnen, daß man von ihm die Räumung der Brückenköpfe des Rheinlandes verlangen wird. Briand stehe also vor der Alternative, bis an das Ende seiner Locarno-Politik zu gehen und die Brückenköpfe von Koblenz und Mainz gegen eine vernünftige Entwaffnungskontrolle zu räumen. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob Briand den Mut haben wird, bis zum Ende seiner Politik zu gehen. —

Ernennung des deutschen Sekretärs

TU. Genf, 6. Dezember. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen geheimen Sitzung die Ernennung des deutschen Botschafterrats Dufour Feronce zum Untergeneralsekretär des Völkerbundes beschlossen. Dufour Feronce, der aus einer Hugenottenfamilie stammt, tritt sein Amt am 10. Januar 1927 an. Eine Ernennung andrer deutscher Beamter hat in der heutigen Sitzung nicht stattgefunden. —

Wb. Genf, 6. Dezember. Nach Vollziehung der Ernennung des deutschen Untergeneralsekretärs Dufour-Feronce durch den Völkerbundsrat beglückwünschte der englische Außenminister Chamberlain den Generalsekretär Sir Eric Drummond zu der Wahl seines neuen Mitarbeiters und gab gleichzeitig seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß Gesandter Dufour-Feronce infolge seiner Ernennung aus seiner jetzigen Tätigkeit an der deutschen Botschaft in London ausscheidet. Reichsminister Dr. Stresemann dankte dem englischen Außenminister für die dem deutschen Untergeneralsekretär gewidmeten Worte. —

Deutsches Eigentum in Südtirol

Berlin, 6. Dezember. (Eigner Drahtbericht.) In Rom wird, wie wir erfahren, morgen ein Vertrag über die Freigabe des deutschen Eigentums in Südtirol unterzeichnet werden. Durch diesen Vertrag werden 91 Grundstücke reichsdeutscher Eigentümer in Südtirol zum kleinen Teile freigegeben, zum größten Teil aber durch eine Gesamtentschädigung von 50 Millionen Lire, die an die Vorbesitzer zur Auszahlung gelangen, abgelöst. Das Eigentum an diesen Grundstücken geht an die italienische Regierung über. —

Wegen Schmutz und Schand

Der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes", Theodor Wolff, ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten. Theodor Wolff begründet seinen Schritt mit der Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion zum Schmutz- und Schundgesetz.

Für die Demokratische Partei ist das Ausscheiden Wolffs ein schwerer Schlag; er ist einer ihrer Gründer; auf seine Einladung fand sich im November 1918 ein kleiner Kreis im Mossehaus zusammen, der den Gründungsaufruf erließ. Ein Amt hat Theodor Wolff in der von ihm gegründeten Partei nicht bekleidet, aber immer hat er — gestützt auf das „Berliner Tageblatt" — großen Einfluß ausgeübt.

Es ist anzunehmen, daß dem Beispiel Theodor Wolffs noch mancher andere aufrechte Demokrat folgen wird. Die Külz und Geßler sind eine Belastung, die auch eine [illegible] Partei als die Demokratische es ist, auf die Dauer nicht ertragen kann. —

Links-Sieg in Hessen

Die Rechte in Hessen hat am Sonntag im Volksentscheid über die Auflösung des Landtags eine [illegible] Schlappe erlitten. Die Auflösung des Landtags ist mit [illegible] Stimmen Mehrheit abgelehnt worden. [illegible] Stimmen wurden dafür und [illegible] Stimmen dagegen abgegeben.

In Hessen besteht eine [illegible] Koalition. Um die Mehrheit von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu sprengen, versuchte die Rechte einen Bürgerblock zu bilden. Dazu war nötig, den Landtag aufzulösen. Das ist mißglückt. Beim Anwendung des [illegible] das in Hessen zum erstenmal in Deutschland angewandt wurde.

[illegible]

Die Kommunisten haben [illegible] Hessen den Faschismus. Sie [illegible] an die Seite der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei [illegible]. —

Paul Löbes Antwort

Der Reichstagspräsident Löbe hat am Sonnabend auf den an ihn gerichteten Brief des Reichswehrministers eine Antwort erteilt. [illegible]

[illegible] in Ab[illegible] Fall von dem des Hauptmanns a. D. Meyer in Dortmund. [illegible] Hauptmann Meyer [illegible] Formulare zur [illegible] Entschuldigung [illegible] Reichswehr [illegible]

Stresemann auf der Pariser Revuebühne

[illegible]

Fritz und François [illegible]

Fritz: Guten Tag, François.

François: Guten Tag, Fritz. [illegible]

[illegible]

Fritz: [illegible] und Stresemann.

[illegible]

François: Mit „Beifallsrufen" [illegible]

[illegible]

Aber der Brief beweist noch mehr! Er spricht für den Geist in der Reichswehr überhaupt und zeigt, daß wir zwar einen Reichswehrminister haben, aber untergeordnete Instanzen nicht nur tun und lassen, was sie wollen, sondern auch falsche Angaben machen, wenn es ihnen gefällt oder angebracht erscheint. Das ist ein Zustand, der nicht erst seit gestern, sondern schon jahrelang besteht und der dazu geführt hat, daß der Reichswehrminister mit seinen Aeußerungen über die Zustände in der Reichswehr in der Oeffentlichkeit keinen Glauben mehr findet. Auf der einen Seite fehlt ihm also das zu seiner Amtsführung erforderliche Vertrauen, auf der andern die notwendige Autorität in der Wehrmacht.

Ein solcher Zustand ist unhaltbar und es liegt nur im Interesse des Landes, ihn sobald als möglich zu beseitigen.

Deutschnationale „Knüppel"-Fabrik

Uns wird geschrieben:

Vor mehreren Wochen widmete das kommunistische Witzblatt „Der Knüppel" dem Reichspräsidenten ein geschmackloses Gedicht „Achtung, Hunde"! Der Nachdruck dieses Pamphlets führte zur Bestrafung der Redakteure von mehreren kommunistischen Zeitungen.

„Der Knüppel" wird von einer Firma Lüdtke in Berlin gedruckt, deren Inhaber zwei Brüder namens Lüdtke sind. Beide gehören nicht etwa der Kommunistischen Partei, sondern — der Deutschnationalen Volkspartei an. Sie wollen den Druck des „Knüppels" lediglich infolge Mangels an andern Arbeiten übernommen haben. Mit dieser „Entschuldigung" steht aber ihre weitere Angabe in offenem Widerspruch, daß der Umfang ihres Geschäftes es ihnen unmöglich gemacht habe, den Inhalt jeder Nummer des „Knüppels" vor der Drucklegung zu lesen!

Die Gebrüder Lüdtke erweisen sich sowohl durch ihr keine Schranken kennendes Streben nach Gewinn wie durch die [illegible] ihrer Ausreden als Männer, die auf eine Führerstellung in ihrer Partei Anspruch erheben können. Wir werden ihnen wohl auf absehbare Zeit in einem der deutschen Parlamente begegnen. Wer könnte leugnen, daß sie das Zeug dazu haben, Verbindungsmänner zwischen Deutschnationalen und Kommunisten zu sein? —

Sozialistische Frauen-Internationale

Am Sonnabend und Sonntag fand im Brüsseler Volkshaus eine internationale sozialistische Frauenkonferenz statt. Zwölf Länder waren durch etwa 30 Delegierte vertreten. Aus Deutschland waren erschienen die Genossinnen Juchacz und Bohm-Schuch; aus Oesterreich Adelheid Popp; aus der Tschechoslowakei [illegible]; aus England die Unterhausmitglieder Susanne Lawrence und Mary [illegible]; ferner Agnes Dollan und Elinor [illegible]. Die Internationale wurde durch Friedrich Adler vertreten. Den Vorsitz führte die belgische Senatorin [illegible].

Der Hauptzweck der Konferenz war — gemäß dem Beschlusse der Frauenkonferenz von Marseille — die Statuten festzusetzen für ein permanentes internationales Frauenkomitee, das der Exekutive der Internationale als beratende Körperschaft für alle Frauen und Kinder betreffende Fragen beigeordnet werden soll. Nach einer ausführlichen Debatte, an der Friedrich Adler mehrfach teilnahm, wurden die Statuten angenommen. Danach wird ein ständiges internationales Frauenkomitee geschaffen, worin alle angeschlossenen Länder je nach Bedeutung mit ein, zwei oder drei Delegierten vertreten sind, die von den betreffenden sozialistischen Parteien im Einvernehmen mit den Frauenorganisationen gewählt werden. Dieses Komitee wählt ein fünfgliedriges internationales Bureau.

Am Sonnabend fand eine öffentliche internationale Demonstration im Volkshaus statt, wo die Genossinnen Popp, [illegible] und [illegible] sowie die Französin Sauvanneau namentlich über die Rolle der Frau bei der Friedenspropaganda sprachen.

Die Konferenz wählte in das internationale Bureau Popp (Oesterreich), Lawrence (England), Juchacz (Deutschland), [illegible] (Holland) und [illegible] (Polen). Gleichzeitig wurde mit Zustimmung Adlers beschlossen, den internationalen Informationen der Züricher Internationale ein periodisches Frauenbulletin anzugliedern. Die nächste internationale Frauenkonferenz findet im Jahre 1928 in London statt. Adelheid Popp wurde als Frauendelegierte für die Exekutive der Züricher Internationale [illegible]. —

François: Und dann? Es würde sich ein englischer Minister [illegible], der mit einem [illegible] frühstücken würde, in [illegible] . . .

[illegible]

Fritz: [illegible] alle Kriege mit Schmausereien auf?

François: [illegible] sind sie fertig, jetzt gehen sie zur Offensive gegen den Braten über.

[illegible] eine Krawatte!

François: Aber diesmal wird dabei wenigstens kein Blut [illegible].

Fritz: [illegible] Stresemann hat sich die Weste bekleckert! Aber nicht schlimm. (Man sieht durchs Fenster, wie Briand Stresemann [illegible]). Wie schön ist es hier doch!

François: Na, Du bist hier schon mal gewesen.

Fritz: Ich kam auf einem Spaziergang den Marschall von [illegible].

François: Und was hat er zu diesen schönen Landschaften [illegible]

Fritz: Er hat gesagt: „Ach, das gäbe ein schönes Schlachtfeld."

François: [illegible] als ob sie sich ärgerten [illegible] diplomatische Komplikationen.

Fritz: [illegible] es gibt junge Ente, aber [illegible]

(Man hört eine Detonation.)

Fritz (erschreckt): Ich habe mich erschreckt.

François: Deshalb, man hat eine Flasche Champagner [illegible].

Man hört ein [illegible] und heiteres Lachen.

François: Was ist denn das?

Fritz: [illegible] Das ist Stresemann. Er lächelt.

(Man hört den Gesang eines Violoncellos.)

[illegible]

François: [illegible]

Fritz: Was singt er?

François: Er spricht Verse des [illegible], eines unserer [illegible]

Fritz: [illegible] (Der Gesang des Violoncellos [illegible] nicht mehr ab.)

François:

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Fritz: Sachsen, Mann!

François: Andre Verse! Von Viktor Hugo diesmal!

Aufleuchtet Morgenrot über der Erde,

Gejubel der Lerche klingt weit in die Welt,

Und endlich, endlich findet der Haß

Das Mächtige!

Fritz: Der brave Mann! (François senkt den Kopf.) Aber was hast Du? Du siehst nicht gerade froh aus!

François: Doch, Doch.

Fritz: Es ist notwendig, daß man endlich versucht, sich einander näherzukommen.

François: Gewiß doch.

Fritz: Ja, aber was bedrückt Dich denn?

François: Weil sie das alles erst jetzt machen, hinterher, nach dem Kriege. Sie hätten sich schon vorher zusammensetzen sollen.

(Die Stimme des Violoncellos verklingt langsam.)

— — — — — — — — — — —

Der Vorhang fällt, der Beifall des Pariser Publikums ist stärker denn je im Laufe des langen Abends, und deutschnationale Blätter sind zum honorarfreien Abdruck der kleinen Szene höflichst eingeladen.

Erich Gottgetreu.

Reichsbanner und Reichswehr

In überfüllten Versammlungen des „Reichsbanners" in Hameln und Hildesheim sprach am Freitag den 3. Dezember und Sonnabend den 4. d. M., Kamerad Krohn vom Bundesvorstand über „Reichsbanner und Reichswehr". Unter stürmischem Beifall führte er unter anderm aus:

„Die Dinge in der Reichswehr sind soweit gediehen, daß es heute seitens des Reichswehrministers keinem Abgeordneten mehr zugemutet werden kann, ihm Einzelfälle über reaktionäre Rekrutierungsbureaus und Einstellung von reaktionärgesinnten Mannschaften in der Reichswehr zu übermitteln. Das Mißtrauen in republikanischen Kreisen gegen die Reichswehr wäre so begründet und so stark, daß man jetzt an den Reichswehrminister die Aufforderung richten müsse, der republikanischen Bevölkerung endlich zu sagen, wo denn schon einmal vor Einstellung neuer Rekruten ein Regimentskommandeur sich bei Republikanern erkundigt habe, ob dieser Rekrut ein vaterlandstreuer Republikaner sei." —

Regierungsbildung in Dänemark

Der dänische König hat die Demission des Ministers Stauning, die am Freitag überreicht wurde, angenommen. Aber er ist nicht dem Rate Staunings gefolgt, den Führer der Venstre (Kleinbauern und Kleinbürger), Neergard, mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, sondern will am Dienstag die Führer aller Parteien empfangen. Es scheint, daß der Hof versucht, ein Sammlungskabinett aus allen Parteien zustande zu bringen, ein Gedanke, dem bisher nur die radikale Partei offiziell anhängt.

Das Zustandekommen eines solchen Kabinetts ist allerdings mehr als fraglich, da die Sozialdemokratie für eine Regierungsbildung bestimmte Sicherungen in bezug auf die Sozialgesetzgebung verlangen, die sowohl dem Wahlprogramm der Konservativen wie dem der Venstre völlig entgegenstehen. Auf der andern Seite zeigt die Venstre, die traditionsgemäß als zweitgrößte Partei nach dem Rücktritt der Sozialisten die Regierung bilden müßte, wenig Lust dazu. Die Konservativen wollen wohl, sind aber allein trotz ihres Sieges mit 30 von 149 Mandaten noch recht schwach. Die Venstre aber verlangt als Freihändlerpartei von der konservativen Regierung, die sie unterstützen soll, Aufgabe aller Zollpläne. Es sind Verhandlungen zwischen Konservativen und Venstre im Gange, ob sie aber zu einer Einigung führen werden, ist zweifelhaft. Ebenso zweifelhaft ist, ob die Radikalen, mit denen auch Fühlung gesucht wird, sich zu einer Bürgerblockregierung hergeben werden.

Diese Schwierigkeiten der Regierungsbildung sind natürlich eine Stütze für die Bestrebungen des Hofes, eine Regierung aller Parteien zu bilden. Die neue Regierung, wie sie auch schließlich aussehen möge, dürfte vor Ende nächster Woche nicht gebildet sein. —

Alkoholfragen in Norwegen

Die „Nüchternheitskommission" des norwegischen Stortings (Parlament), deren Einsetzung nach der Abstimmung gegen das Alkoholverbot erfolgte, hat ihre Arbeiten beendet und schlägt der Regierung und dem Storthing die Ablösung des Verbots in der Weise vor, daß künftig Alkohol nur an Personen über 21 Jahre verkauft werden darf.

Es sollen „Kaufkarten" ausgegeben werden, ohne die kein Alkohol verabfolgt werden darf; alkoholischen Personen sollen die Karten entzogen werden können. Eine Minderheit im Ausschuß schlägt vor, das Alter für Berechtigung, Alkohol zu kaufen, auf 18 Jahre herabzusetzen. Der Vertreter der Abstinenzler im Ausschuß fordert, daß der Verkauf von Alkohol nur in den Städten gestattet wird, wo 1916 Verkauf von Alkohol möglich war; er verlangt weiter eine Beschränkung der Ausschankzeiten in den Restaurationen.

Die Hoffnung der Norweger, einen „Weihnachtsschnaps" zu erhalten, ist endgültig zu Wasser geworden, weil die Regierung erklärt, daß sie ohne Genehmigung des Storthings keine Ausnahme von dem formell noch bestehenden Verbot machen kann und das Storthing erst zum 1. Januar 1927 zusammentritt. Die formelle Aufhebung des Verbots wird wahrscheinlich zum 1. April 1927 erfolgen. —

Claude Monet gestorben. Der französische Maler Claude Monet, einer der ersten und führenden Impressionisten, ist am 5. d. M. im Alter von 86 Jahren gestorben. Monet wurde am 14. November 1840 in Paris geboren; als Autodidakt arbeitete er sich bis in die vorderste Front der großen französischen Landschaftsmaler empor. Er ist außerordentlich fruchtbar gewesen. Viele seiner Bilder sind in deutschem Besitz. Bei uns sind sie hinter den Beispielen moderner Kunstpflege zurückgetreten, in Paris stehen sie aber im Louvre und Luxembourg noch an erster Stelle der „modernen Malerei". —

„Der Patriot", ein Drama des dreißigjährigen Kleistpreisträgers Alfred Neumann, das vor kurzem am Landestheater in Stuttgart mit großem Erfolg uraufgeführt wurde, ist durch Vermittlung des Thomas-Verlags (Bühnenvertrieb der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart) von den Saltenburgbühnen in Berlin angenommen worden und kommt am Lessingtheater zur Berliner Erstaufführung. —

Die Winterspiel-Nummer des „Simplicissimus" ist wieder [illegible] frisch und lustiger als je. Vom reizenden Mädel Olaf Gulbranssons, das man [illegible] kann, weil es den Charleston [illegible] in den Beinen hat, über Schulz' elegante Spötter bis zum „Glück auf Eis —" aus Hilfe des Kunstgenusses [illegible]. —

Sowjetgranaten für Reichswehrgeschütze

Englische Enthüllungen

Der Londoner „Manchester Guardian" veröffentlicht aufsehenerregende Mitteilungen über illegale Beziehungen zwischen der deutschen Reichswehr und der russischen Sowjetregierung. Danach sollen die Junkers-Werke in Rußland eine Fabrik zur Herstellung militärischer Flugzeuge für Deutschland und Rußland gebaut haben, außerdem sollen deutsche und russische Militärsachverständige eine Giftgasfabrik ebenfalls für beide Heere in Rußland errichtet haben.

Diese Bestrebungen seien seit fünf Jahren im Gange und machen das russische Interesse für General v. Seeckt verständlich. Offiziere der Reichswehr seien mit falschen, von der Berliner Russischen Botschaft visierten Pässen ständig hin und her gereist, um die Fabrik in Gang zu bringen. Im November d. J. seien sechs Schiffe mit Waffen und Munition von Rußland in Stettin eingetroffen. Verantwortlich für diese Machenschaften sei nicht Stresemann, der alles andre als russophil sei, doch sei die Verbindung nicht ohne Wissen hoher Offiziere der Reichswehr und des Reichswehrministeriums möglich gewesen.

Da die sensationelle englische Mitteilung durch Wolffs Telegraphenbureau dementiert wird, ist es angebracht, die bestimmt gehaltenen Angaben des „Manchester Guardian" wörtlich wiederzugeben:

*

Moskau und Potsdam Hand in Hand

Die Mitteilung des „Manchester Guardian" lautet wörtlich:

Es ist eine Tatsache, daß von den Junkers-Werken in Rußland eine Flugzeugfabrik erbaut worden ist, um Militärflugzeuge sowohl für deutschen wie für russischen Gebrauch herzustellen. Maßnahmen wurden auch von deutschen und russischen Militärsachverständigen ergriffen, um chemische

Fabriken in Rußland zur Herstellung von Giftgasen

für beide Länder zu errichten. Diese Arbeiten begannen mindestens vor fünf Jahren, aber sie sind seitdem stets in Gang gewesen.

Um die notwendigen Arbeiten durchzuführen, sind

Reichswehroffiziere nach und aus Rußland

mit falschen Pässen gereist, die von den russischen Behörden mit dem nötigen Visum versehen wurden. General v. Seeckt steht mit den Russen in den denkbar besten Beziehungen, besonders mit hervorragenden Offizieren der Sowjetarmee. Es ist anzunehmen, daß ihm die obengenannten Tatsachen nicht unbekannt waren. Wie weit der Reichswehrminister Dr. Geßler von ihnen wußte, ist noch unbekannt.

Die Haltung Rußlands gegenüber General v. Seeckt erfährt eine interessante Beleuchtung durch einen Bericht des russischen Botschafters in Berlin an seine Regierung, als eine deutsche Abordnung von Ostpreußen Moskau besuchte. Die Mitglieder dieser Abordnung wurden einzeln beschrieben. (Es handelt sich um die bekannte Ostpreußendelegation nach Rußland, die von den deutschnationalen Abgeordneten Hoesch und v. Preyer geführt wurde. Red. d. „V".) Diejenigen, die zu der Deutschnationalen Partei gehörten, wurden in freundlichster Weise empfohlen. Die Angehörigen der Deutschen Volkspartei wurden weniger freundlich geschildert, da sie der Linken näher stünden. (!!)

In diesem Bericht wurde auch angeregt, daß Moskau den ostpreußischen Besuchern mitteilen möge, daß der

Rücktritt des Generals v. Seeckt sehr zu bedauern sei.

Es wurde auch angeregt, daß durch diese Besucher von Ostpreußen aus die Opposition gegen den deutschen Außenminister in Gang gebracht werden könnte. Eine recht beunruhigende Tatsache ist es auch, daß im November dieses Jahres mehrere Schiffe aus Rußland in Stettin anlangten. Es waren, soviel ich weiß, im ganzen sechs, obschon einige kleinere Segelschiffe waren. Eins ging auf der Reise unter. Ihre Ladungen bestanden aus

Waffen und Munition, offenbar für die Reichswehr bestimmt.

Die Frage ist: Bis zu welchem Grade kann die deutsche Regierung dafür verantwortlich gemacht werden? Diese Dinge waren im Gange mit dem Einverständnis von Reichswehroffizieren und zum mindesten einiger hoher Beamten des Reichswehrministeriums. Sie liegen in der Linie der von den Deutschen in Rapallo begonnenen Politik, vertragen sich aber nicht mit der Politik des gegenwärtigen Außenministers Dr. Stresemann, der alles andre als russophil ist. Er und die deutsche Regierung als Ganzes können daher nicht verantwortlich gemacht werden für Dinge, die jetzt erst ans Tageslicht gekommen sind. Die deutsche Regierung ist durchaus ehrlich über sie betroffen und wird ihnen sofort ein Ende bereiten, so daß sie, so sensationell sie auch scheinen mögen, bald zu den vergangenen Dingen gehören werden.

Eine höchst merkwürdige Erscheinung in dem Feldzug gegen Geßler ist die verhältnismäßige

Schweigsamkeit der deutschen Kommunisten,

die die Reichswehr und die geheimen Militärverbände bisher immer als ihre schlimmsten Feinde betrachtet haben. Die Kommunisten haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Reichswehr anzugreifen und wirkliche oder vermeintliche Skandalaffären in der Armee, im Reichswehrministerium oder in den Geheimverbänden aufzudecken. Dr. Geßler selbst ist ganz besonders Gegenstand ihres Hasses und ihrer Satire gewesen. Aber jetzt handeln sie mit einer Mäßigung und Zurückhaltung, die man nicht genug loben könnte, wenn sie aus einer mäßigen Gesinnung entsprungen wären.

Aber was ist nun die Erklärung dafür? Es gibt nur eine einzige: Rußland ist in die ungeheuerliche Verängung der deutschen Monarchisten und Gegenrevolutionäre verwickelt. In ihrer Knechtsgesinnung gegenüber Moskau haben die Kommunisten Angst davor, daß diese Tatsache bekannt wird. —

Unverantwortliche Schädlinge

Der „Vorwärts" bemerkt zu den Enthüllungen des „Manchester Guardian", daß das Blatt ernst zu nehmen und ernstlich bemüht ist, die deutsche Regierung selbst zu entlasten. Stresemann sei geradezu entsetzt gewesen, als er von diesen Dingen erfuhr. Fortfahrend bemerkt das sozialdemokratische Zentralorgan:

Der Artikel 170 des Friedensvertrags sagt klar und unzweideutig: „Die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät jeder Art nach Deutschland ist ausdrücklich verboten." Danach kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine solche Einfuhr eine Verletzung des Friedensvertrags darstellt, die die Regierung sofort zu unterbinden verpflichtet ist, wenn sie von ihr erfährt. Damit ist aber ihre Verpflichtung nicht erschöpft. Sie muß die Personen, die in so unverantwortlicher Weise Deutschlands Interessen geschädigt haben, zur Verantwortung ziehen.

Wir fordern, daß alle diese Dinge auf das genauste aufgeklärt werden. Die Sozialdemokratie hat bereits die nötigen Schritte unternommen, um diese Aufklärung herbeizuführen. Sie wird den Kampf gegen die Reichswehrreaktion fortführen, auch wenn sich die deutschen Kommunisten, dem Moskauer Befehl folgend, zum Schutze vor sie stellen sollten. Die Reichswehr muß ganz anders unter die Kontrolle der verantwortlichen Regierung und des Reichstags gestellt werden, als das bisher der Fall war! Das System der Heimlichkeiten, der Vertuschungen und der wahrheitswidrigen Ableugnungen muß aufhören. Es darf der Reichswehr nicht erlaubt sein, Verbindungen mit Rechtsverbänden zu unterhalten und aus Rußland Waffen zu holen, mit denen im innerpolitischen „Ernstfall" vielleicht Stahlhelm, Viking und Werwolf bewaffnet werden könnten.

Es muß auch ein Ende sein mit der scheinheiligen Zweideutigkeit Rußlands, das sich mit Junkern und Reichswehroffizieren verbrüdert, während es den Schwindel mit den sogenannten „Arbeiterdelegationen" aufführt. Es ist genug und übergenug, diese Zustände sind nicht länger zu ertragen! —

*

Brudergruß aus Moskau!

Ungeheuerlich und aufrüttelnd wirken die Enthüllungen des „Manchester Guardian", soweit sie das Verhalten Sowjetrußlands und seiner deutschen Trabanten betreffen.

Die deutschen Kommunisten lieben es, alles, was in Deutschland Waffen trägt, als „die bewaffnete Gegenrevolution" zu bezeichnen. Auf die Reichswehr trifft diese Bezeichnung leider in weitestgehendem Maße zu. Darum stehen wir jetzt, wenn von den Berichten des englischen Blattes auch nur ein Wort wahr ist, vor einer Tatsache, die auf jeden kommunistischen Arbeiter wie ein Keulenschlag auf den Schädel wirken muß:

Rußland bewaffnet die deutsche Gegenrevolution!

Für die russische Regierung kann man nicht die etwas blamable Entschuldigung anführen, die der „Manchester Guardian" für die deutsche mit Recht geltend macht: sie habe von den Dingen nichts gewußt.

Die russische Industrie ist staatlich oder staatlich konzessioniert überwacht. Die russische Ausfuhr ist staatlich monopolisiert. In Rußland kann nichts fabriziert werden, aus Rußland kann nichts exportiert werden, wovon die Behörden nichts erfahren.

Und dennoch Waffen und Munition nach Deutschland? Da erhebt sich die Frage:

Waren die Gewehre, die in Sachsen, Thüringen, Hamburg auf kommunistische Arbeiter losgingen, etwa mit russischen Kugeln geladen?

Es wäre wahrhaftig das Tollste vom Tollen! Die Moskauer Kommunisten predigen die Weltrevolution. Ihre deutschen Anhänger rufen von der Reichstagstribüne herab — das taten sie vor zwei Jahren, jetzt tun sie es freilich nicht mehr — das Proletariat zum „bewaffneten Aufstand". Mit einer lächerlich geringen Ausrüstung, unter erbärmlich schlechter Führung, in einer Situation, in der jeder Mensch mit gesunden fünf Sinnen die Niederlage voraussehen muß, schickt man die verblendeten Anhänger ins Gefecht.

Zugleich aber liefert dasselbe Moskau der Reichswehr die Waffen, um die Bewegung niederzuschlagen. Es hetzt deutsche Arbeiter vor Maschinengewehre, die mit russischer Munition geladen sind!

Brudergruß aus Moskau! —

Frankreichs Wiederaufbau

Die französische Kammer hat am Mittwoch die Budgettitel für das ehemalige Kampfgebiet angenommen.

Bei Besprechung des letzten Punktes wurde vom Berichterstatter bekanntgegeben, daß der Wiederaufbau große Fortschritte gemacht habe. So seien 541484 Häuser endgültig wieder aufgebaut worden, 53 165 Kilometer Wege wiederhergestellt, 2361 Kilometer Eisenbahnstrecken wieder betriebsfähig gemacht und 1 815 444 Hektar Boden wieder für die Landwirtschaft erschlossen worden. 9615 Schulen seien wieder aufgebaut worden und würden heute von mehr als 500 000 Schülern besucht.

Die unmittelbare glückliche Folge dieser Lage sei, daß in den betreffenden Departements die Produktion in vollem Umfang oder doch fast in vollem Umfang wieder aufgenommen worden ist. Von den Departements sind hierfür nach dem Stande vom 30. November 1926 über 70 Milliarden Frank Kredite verwendet worden.

Schließlich machte der Berichterstatter noch den Vorschlag, von den bis 1930 zu erwartenden Anteilen Frankreichs an den Annuitäten des Dawesplans in Höhe von 15 Milliarden Frank 4 Milliarden Frank in bar den betreffenden Gemeinden zur Wiedererschließung von Ackerbau und zum Wiederaufbau von Gütern auszuwerfen, 2 Milliarden für Sachlieferungen zu verwenden und 9 Milliarden zur Ausgabe von Bons mit 10jähriger Laufzeit.

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, schloß die Debatte über das ehemalige Kampfgebiet mit dem Hinweis, daß der Wiederaufbau schon zu drei Vierteln erfolgt sei. —

Notizen

Geßlers Pläne. Der Reichswehrminister plant in nächster Zeit eine Reihe von Veränderungen an wichtigen Stellen der Reichswehr. Es verlautet, daß u. a. ein Wechsel auf dem Posten des Reichswehr-Gruppenkommandos 1 Berlin, den jetzt General von Loßberg innehat, in Aussicht genommen ist. Diesem Gruppenkommando untersteht die Reichswehr in Nord- und Ostdeutschland.

Das Schankstättengesetz. Der Entwurf eines Schankstättengesetzes ist nach seiner Beratung im Reichswirtschaftsrat dem Reichsrat zugegangen. Die Reichsregierung hat an dem Entwurf nur einige Aenderungen vorgenommen, die den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats entsprechen. Man hofft, daß der Reichsrat das Gesetz noch in diesem Jahre verabschiedet, so daß es etwa Mitte Januar dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegen kann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereitet einen neuen Antrag vor, der das Gemeindebestimmungsrecht in den Entwurf einfügen will. Das gleiche Ziel verfolgt ein Gegenentwurf, den die Vereine der Abstinenzler gemeinsam aufgestellt haben. —

Wehrsteuer in Polen. In Polen wird eine besondere Wehrsteuer eingeführt, die für das Steuerjahr 1926 bereits erhoben werden soll. Steuerpflichtig sind dabei alle Männer, die zur Ableistung der Wehrpflicht in der Armee als untauglich befunden werden. —

Richtigstellung. Wir brachten gestern die von Berlin aus verbreitete Nachricht, daß unser Parteigenosse Rechtsanwalt Dr. Baerensprung zum Regierungsrat ernannt sei. Dr. Baerensprung bittet uns, mitzuteilen, daß eine solche Ernennung nicht erfolgt ist und daß er lediglich zu seiner Information einige Wochen beim Polizeipräsidium Berlin tätig ist. —

Depeschen

Französische Truppen gegen Faszisten

Wb. Paris, 6. Dezember. Eine vom 4. Dezember aus Nizza datierte und als bei der Uebermittlung verzögert bezeichnete Meldung der französischen Zeitung „Oeuvre" besagt:

„Wir haben bisher nichts von der außerordentlichen Truppenbewegung, die im Grenzgebiet von Mentone und an der sonstigen Mittelmeerküste im Gange sind, melden wollen. Ein Rundschreiben des Präfekten jedoch gestattet uns nun, ohne befürchten zu müssen, den französischen Behörden Verlegenheit zu bereiten, darüber zu berichten. Seit 14 Tagen passieren fast jede Nacht große Militärtransporte den Bahnhof von Nizza in Richtung Mentone. Im Hafen von Nizza liegen vier Torpedoboote und drei Unterseeboote vor Anker. Gestern (also am Freitag) ist in einer Kaserne eine vollständige Panzerwagenabteilung eingetroffen."

Alle diese Maßnahmen, so erklärt das Rundschreiben, sind getroffen worden im Hinblick auf die Möglichkeit von Zwischenfällen. Das Rundschreiben fordert die Bevölkerung auf, sich nicht zu erregen, wenn ernste Ereignisse eintreten sollten. Die Geschäftsleute von Nizza sind jedoch trotzdem stark beunruhigt. Es ist Zeit, so schließt die Meldung, zu betonen, daß die französisch-italienische Grenze streng bewacht wird, und daß alle Maßnahmen getroffen sind für den Fall eines Angriffs der Schwarzhemden. —

Paris, 6. Dezember. (Eigner Drahtbericht.) Die heutige Pariser Morgenpresse bestätigt allgemein, daß umfangreiche Truppenverstärkungen nach der französisch-italienischen Grenze geschickt worden sind. Seit etwa vierzehn Tagen passieren täglich große Transportzüge mit Truppen, Munition, Tanks und Geschützen den Bahnhof von Nizza in der Richtung nach Mentone. Mehrere Regimenter Infanterie, Artillerie und ein volles Regiment Tanks sind zur Verstärkung des Grenzschutzes kommandiert worden.

Offiziös wird diese Truppenkonzentration damit „begründet", daß man von den Mitgliedern der Garibaldi-Verschwörung eine Beunruhigung in der französischen Riviera befürchte. —

Unwetter

Wb. Ancona, 6. Dezember. An der ganzen Küste der Provinz Marche wüteten gestern schwere Unwetter. Zahlreiche Fischerboote sind gesunken. Zwischen Ancona und Fraknovaro überflutete das Meer die Eisenbahnstrecken und richtete großen Schaden an. Der Zugverkehr war mehrere Stunden unterbrochen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wb. Paris, 6. Dezember. In der Nacht zum Sonntag hat ein schwerer Sturm die Küste von Dünkirchen heimgesucht. Ein norwegischer Dampfer strandete. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Dampfer „Annie", dessen Nationalität noch nicht festgestellt ist, sandte Hilferufe aus. Die Rettungsboote konnten ihn aber nicht erreichen. —

Auch Beppino Garibaldi?

Nach der Aufdeckung der Affäre des Ricciotti Garibaldi kam dessen Bruder, General Beppino Garibaldi, aus Amerika nach Europa zurück, um die Ehre der Familie zu verteidigen. Jetzt wird er jedoch in italienischen Emigrantenkreisen in Paris beschuldigt, von der italienischen Botschaft in London 500 000 Lire erhalten zu haben, um in Amerika den gleichen Dienst zu leisten, der Ricciotti in Frankreich leistete. Es sollen bereits eine Anzahl Zeugen festgestellt sein, welche diese Beschuldigung in konkreter Form bestätigen.

Während der Anwesenheit Beppinos in Amerika kam es wiederholt zu faszistischen Kundgebungen gegen antifaszistische Wirte in Neuyork, von denen auch zwei zerstört wurden. Dieses ereignete sich genau zur selben Zeit, während Ricciotti in Frankreich im Dienste der italienischen Polizei wirkte. Jedenfalls sind die Kampfmethoden des Faszismus überall dieselben, in bezug auf die Propaganda, auf die Einschüchterungen, Erpressungen und die Spionage.

Die Enthüllungen im Pariser „L'Oeuvre" über die mysteriöse Rolle Beppino Garibaldi in Amerika und in Europa scheinen nur ein Teil der Wahrheit, und die ganze Wahrheit noch ärger zu sein.

Ferner haben Pariser Zeitungen enthüllt, daß Albino Volpi, einer der Mörder Matteottis, in Paris eingetroffen sei, um Anschläge auf italienische Emigranten in Paris zu vollführen, welche kompromittierende Dokumente gegen Mussolini besitzen. Der Ueberwachungsdienst der Emigranten hat festgestellt, daß sich der Polizeikommissar der italienischen Gesandtschaft, M. Sabertini, zur Pariser Polizeidirektion begeben habe, um diese von der Ankunft des Volpi in Kenntnis zu setzen.

Jedermann weiß, daß Volpi nur auf Befehl seiner faszistischen Vorgesetzten handelt. Auch steht fest, was sogar die italienische Presse zugibt, daß die ganze italienisch-französische Grenze von der faszistischen Miliz überwacht wird. Was heißt es also, wenn gedungene Mörder des faszistischen Regimes in Paris ankommen? Es kann sich doch nur um bestellte Verbrechen handeln. —

ak.

Deulig-Palast

Die führende Filmbühne!

Heute Dienstag 4 Uhr

Premiere!

Die Flucht in den Zirkus

[illegible]

Hauptdarsteller:

[illegible]

Regie: [illegible]

Daneben:

Immer ein Vergnügen

Ein Film mit Adolphe Menjou!!

Durchlaucht macht eine Anleihe!

Ein ganz reizende Geschichte aus einem kleinen Königreich

KL

Kammer-Lichtspiele

Das Riesen-Programm der großen Namen und der großen Filme!

Wady Christians
Imogene Robertson
Harry Liedtke
Georg Alexander
Walter Rilla
Paul Biensfeldt
Eugen Rex
Paul Morgan

in

Die Welt will belogen sein

Ein Film von Liebe und Lüge.

Dorothea Wieck

Hauptdarstellerin von „Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren".

Harry Hardt
Oscar Marion

in

Die kleine Inge und ihre 3 Väter

Ein Film voller Schmiß, Tempo und Humor.

Ein Groß-Lustspiel wie es noch nicht gezeigt wurde.

Die neueste Deulig-Woche!

Beginn: Wochentags 4 Uhr.

Man besuche tunlichst die Nachmittags-Vorstellungen.

Sonntag den 11. Dezember
— vormittags 11 Uhr —
Wiederholung des Filmvortrages

Amerika

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Erläuterungsvortrag des Korvetten-Kapitäns a. D. Breitbarpt

Die Presse sagt:
Dieser Film sagt mehr als [illegible]

Gewöhnliche Preise
2 Kinder = 1 Karte
Vorverkauf: Reisebureau des Havag und Theaterkasse

Vorboten kommender Weihnachts-Freuden

sind die Bäckereien aller Art, die schon lange vor dem Fest unter den fleißigen Händen der Hausfrau entstehen, vor allem der leckere Weihnachtsstollen. Je schöner er gerät, desto herzlicher die Vorfreude aufs Fest. Mit „Rama-Margarine butterfein" gelingt das Weihnachtsgebäck aufs Köstlichste, lecker und zart, im Geschmack und Nährwert reinster Butter, und zugleich aufs Billigste, denn „Rama-Margarine butterfein" kostet nur

50 Pfg. ½ Pfund.

Einbrechung „Der kleine Koch" oder „Rat. für kalten Tage", kostenlos.

Mit großem Erfolg

zeigen wir:

Das neueste Spielprogramm

Das Geheimnis von St. Pauli

Ein Tiefenbild aus dem Sündenpfuhl Hamburgs.

Unter Mitwirkung
der Hamburger Polizei- u. Sittenpolizei.

Hauptrollen:

Carl de Vogt — **Hanni Weiße**
Maria Zelling — **Ernst Rückert**
Gerda u. Walter Julius Brandt

Beiprogramm

Ein mächtiges Drama aus heißer Liebe

Die letzte Schlacht des Rapitän Grant

Beginn: [illegible] Uhr. Beginn: [illegible] Uhr.

Hofjäger

Nur noch heute und morgen

Leipziger

Fritz-Weber-Sänger

Tränen werden gelacht.

Scala

Lichtspiele

Nur bis Donnerstag:

Ein prächtiges Programm

Henny Porten

in ihrem neuesten u. schönsten Werk

Wehe, wenn sie losgelassen

Außerdem:

Walter Slezak, Hilde Sanda, Georg Alexander

Lee Parbury

in prachtvollen Bestfilm:

Mein Leopold

Walhalla-Lichtspiele

Unser Zwei-Schlager-Programm

ein Treffer

Das Finale der Liebe

Ein Kriminal-Gesellschaftsfilm voll dramatischer Spannung

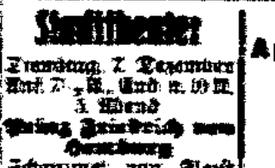
Hauptrolle:

Lucy Doraine

Künstlerliebe

Die Tragödie eines Preisgekrönten

Beginn 4.30 Uhr



2. Woche! — Anfangen! — und täglich ausverkauft! 4.30 Uhr — Größter Lachschlager aller Zeiten!

Nachtbesuch

Jugendliche haben Zutritt!

Sensationell 3½ Uhr:
Das mit Kriminalfall aufgenommene Weihnachts-Märchen:

Sternenreiter

[illegible]

Vorverkauf: 10 Uhr 1 Uhr.

Ausstellungen für den Weihnachtstisch
[illegible]

Lichtspiele-Institut

[illegible]

Stadttheater

Dienstag, 7. Dezember
Anf. 7½ U., Ende n. 10 U.
3. Abend
Prinz Friedrich von Homburg
Schauspiel von Heinr. Kleist
Schülerkarte f. Gültigkeit
Mittwoch, 8. Dezember, nachm. 3 Uhr
Das tapferige Schneiderlein
Anfang 7½ U., Ende g. 10 U.
6. Abend
Tiefland

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen
Donnerstag, 9. Dez., 8 Uhr
Gastspielgast
Lewis-Geschwister
Harry Wiemann
Freitag, 7 Uhr, 4 Uhr
Preise 0 Anfang 8 Uhr
Die Vorführung a. d. Bereich

Sportpalast

Freitag, Samstag, Sonntag
[illegible]
Wochenschau vom ersten Schneidertag.

Das beste für den Magen
Apotheker Warms Magenlikör

Alleinverkauf für Magdeburg u. Umg.
Bremsen eingetragene, Kaiserbrücke 12.

Pianos

neuwertig 50,00
Ohne Anzahlung
Paul Schumann & Sohn
Kleiner Weg 5-6
Tel. 7303 Tage 1000

Achtung!

Bauer Sie Jahrelang Frauen, überzeugen Sie sich von meiner guten Qualität und zu billigen Preisen. Ein Kleider aus guter [illegible] Füllung und [illegible] Futter [illegible] bis 25 Pfg., [illegible] Bezug [illegible] bis 40 Pfg.

[illegible]

Heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr
im Sangerhaus

G. Schlunck-Sammlung

in Magdeburger Museum

Gedächtnis-Ausstellung
Museum-Gesellschaft

Gutes Fett-Mehl

Sensation

[illegible]

Aktion der Eisenbahner

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wendet sich an die Regierungen und Parlamente des Reiches und der Länder mit einer Eingabe, die eine Neuregelung der Stellung der Reichsregierung, des Reichstags und des Reichsbahnpersonals gegenüber der Reichsbahngesellschaft fordert, damit endlich sowohl den staats- und wirtschaftspolitischen wie den sozialpolitischen Notwendigkeiten Genüge geleistet werde.

Die Eingabe geht von einer am 21. August d. J. von den Delegierten des Einheitsverbandes einstimmig gefaßten Entschließung aus, die nach einer scharfen Kritik des Willkürregiments der Reichsbahnverwaltung in der Forderung auf

Aendrung der Reichsbahngesetze

gipfelt und zu diesem Zwecke zwei Grundforderungen aufstellt:

1. Der Reichsregierung wie dem Reichstag ist auf die Leitung und Verwaltung der deutschen Reichsbahn eine entscheidende Aufsicht einzuräumen.

2. An die Stelle der für das Personal geltenden, zum Teil unklaren Gesetzesbestimmungen muß künftig eine gesetzliche Reglung treten, die Gewähr dafür gibt, daß das deutsche Beamten- und Arbeiterrecht nach dem Wortlaut der Reichsgesetze in vollem Umfang wirksam ist.

Bei der Begründung der Forderungen geht die Eingabe auf die Grundsätze ein, die die Gutachter für die Errichtung der deutschen Reichsbahngesellschaft aufgestellt haben und die folgendes besagen:

1. Die Reichsbahngesellschaft bleibt ein deutsches Unternehmen und wird von deutschen Staatsangehörigen geleitet.

2. Die deutschen Gesetze und Verordnungen finden auf die Reichsbahngesellschaft Anwendung.

3. Der deutschen Reichsregierung steht im Interesse der deutschen Wirtschaft ein notwendiges Aufsichtsrecht zu.

4. Die Betriebsführung wird durch Beamte öffentlich-rechtlichen Charakters wahrgenommen.

5. Das Reichsbahnpersonal soll durch die Umgestaltung keine schlechtere rechtliche Stellung als die übrigen Arbeitnehmer erhalten.

Von dieser Grundlage ausgehend stellt die Eingabe fest, daß bisher der Wille des Gesetzgebers

von der Reichsbahngesellschaft völlig unbeachtet

geblieben ist. Das Aufsichtsrecht des Reiches wird von der Reichsbahngesellschaft bestritten. Trotz mehrfacher scharfer Konflikte, die die gesamte Oeffentlichkeit beunruhigten und die auch im Reichstag zu einer einmütigen Verurteilung des Vorgehens der Reichsbahngesellschaft führten, wird der Kampf der Gesellschaft gegen das Arbeits- und Beamtenrecht weitergeführt. Die Reichsbahnarbeiter sind gegenüber den übrigen Arbeitnehmern besonders benachteiligt worden, weil die Reichsbahngesellschaft für wesentliche Teile des deutschen Arbeitsrechts

eine Sonderstellung beansprucht

und, wie die Vorgänge beim sogenannten Schiedsspruchkonflikt gezeigt haben, Anstrengungen macht, um die Anwendung der deutschen arbeitsrechtlichen Gesetze überhaupt zu verneinen.

Die Reichsbahnbeamten sind der Willkür des Verwaltungsrats völlig preisgegeben. Die für ihr Dienstverhältnis und ihre soziale Stellung maßgebenden Vorschriften beruhen nicht mehr auf Gesetzen, sondern nur auf Grund einer von der Gesellschaft erlassenen Dienstvorschrift, die von ihr jederzeit einseitig zuungunsten des Personals geändert werden kann. Die Tendenz des Vorgehens der Reichsbahngesellschaft führt notwendigerweise zur Beseitigung des öffentlich-rechtlichen Beamtencharakters und damit zu einer Auflösung des Berufsbeamtentums bei der Reichsbahn überhaupt.

In der Begründung der einzelnen Forderungen weist die Eingabe u. a. auch auf die besondere Stellung hin, die die Reichsbahn im deutschen Staats- und Wirtschaftsleben einnimmt und vor allem darauf, daß das Deutsche Reich schon deshalb einen größern Einfluß haben müsse, weil es auf Grund der Reichsbahngesetze als Garant für die Reparationspflichten der Reichsbahn auftreten kann. Weiter wird in ausführlicher Form begründet, warum zur Erreichung der vollen Anwendung der deutschen Reichsgesetze auch auf das Reichsbahnpersonal

die Sonderbestimmungen fallen müssen,

denen das Personal durch die innerdeutsche Gesetzgebung unterstellt ist. Eine notwendige Anpassung auch an die besondern Betriebsverhältnisse der Reichsbahn dürfe auf keinen Fall fernerhin einseitig in das Belieben der Reichsbahn gestellt werden, sondern müsse unter gleichberechtigter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vereinigungen des Personals erfolgen.

Nach einem besonderen Kapitel über die zwingende Notwendigkeit der auch im Interesse der Betriebssicherheit geforderten Reformen und der unerträglichen Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn schließt die Eingabe mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, die Reformen einmal durch die innerdeutsche Gesetzgebung und zum andern durch diplomatische Schritte zwecks Aendrung der Reichsbahngesetze herbeizuführen. —

Schulstreik vor dem Landtag

Am Sonnabend beantragten die Kommunisten zu Beginn der Sitzung, daß Preußen seine Reichsratsvertreter instruieren solle, gegen das Schund- und Schmutzgesetz zu stimmen. Da das Zentrum Widerspruch erhob, kam der Antrag nicht zur Beratung.

Die Besprechung der von uns am Sonnabend schon unter Depeschen mitgeteilten Erklärung des Innenministers Grzesinski in Sachen der Hausuchungen bei Reichsdeutschen und ihren Freunden wird gegen die Stimmen der Kommunisten auf nächsten Donnerstag verschoben. Für die Besprechung selbst stimmen die Kommunisten und die Deutschnationalen.

Es folgt die Besprechung der volksparteilichen und deutschnationalen Interpellation wegen des

Schulstreiks in Dortmund-Land,

der sich gegen den diffidenten Schulrat Nischalke wendet. Die Interpellationen werden begründet von den Abgeordneten Meyer (Gerford, D. Vp.) und Oelze (dntl.). Die Beantwortung erfolgt durch

Kultusminister Becker:

Die Anfragen beweisen eine überraschende Unkenntnis der Rechtslage. Nischalke kann von mir nur dann aus dem Amte entfernt werden, wenn ich Grund zum disziplinarischen Vorgehen hätte. Nischalke ist von meinem Amtsvorgänger, dem volksparteilichen Abg. Dr. Boelitz zum Schulrat in Bartenstein (Ostpreußen), einem rein evangelischen Kreise, ernannt worden. Von seinen Vorgesetzten wird ihm das Zeugnis als besonders tüchtiger Pädagoge und guter Verwaltungsbeamter ausgestellt. Er ist nach Dortmund gekommen, weil er bei der großen Zahl weltlicher Schulen dort besser am Platze ist. Von den 34 Schulräten des Regierungsbezirks Arnsberg ist er der einzige Dissident. Seine Versetzung nach Dortmund entspricht durchaus frühern Beschlüssen des Landtags.

Für meine Stellung als Minister sind maßgebend die Bestimmungen des Reichs- und der preußischen Landesverfassung. Es ist unzweifelhaft, daß die evangelische Bevölkerung ganz

unglaublich zum Streike verhetzt worden

ist. Ich hätte Grund gehabt, mit der ganzen Stärke des Gesetzes gegen die Eltern vorzugehen. Ich habe das aber im Interesse einer Verständigung unterlassen.

Der Minister appelliert zum Schluß an die Parteien, dafür zu sorgen, daß das Reichsschulgesetz im Reichstag möglichst bald verabschiedet wird, damit künftig solchen unliebsamen Auseinandersetzungen der Boden entzogen wird.

Abg. **König** (Soz.):

Die Volkspartei desavouiert mit ihrer Anfrage ihren eignen Parteifreund Boelitz, der als Kultusminister Nischalke 1924 in einen rein evangelischen Kreis nach Ostpreußen berufen habe. Das Argument, daß durch den diffidentischen Schulrat die evangelischen Kinder vergewaltigt werden, ist an den Haaren herbeigezogen.

Die Interpellationen sind nichts andres als ein Vorstoß gegen die staatliche Schulhoheit, um die

Auslieferung der Schule an die Kirche

vorzubereiten. Die Lehrerschaft hat sich hinter Nischalke gestellt. Wir fordern den Minister auf, unter allen Umständen fest zu bleiben. (Beifall links.)

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Frau **von Tiling** (deutschnational) und **Gottwald** (Ztr.) gibt Abg. **Dr. Boelitz** (D. Vp.) zu, Nischalke nach Ostpreußen geschickt zu haben. Er empfiehlt dem Minister, den Schulrat zu versetzen und durch Verhandlungen mit der Elternschaft den Konflikt beizulegen.

Kultusminister **Dr. Becker:** Einen Schulstreik anzuzetteln und auf dem Rücken der Kinder auszutragen, weil ein Schulrat alle Jahre einmal auf eine halbe Stunde in eine Schulklasse kommt, ist ekelhaft! (Große Unruhe rechts!) Das Kompromiß, das Sie von mir verlangen, ist nichts andres als ein völliges Nachgeben der Regierung. Daran ist nicht zu denken. (Beifall links.)

Abg. **Klupsch** (Soz.)

schildert die Schwierigkeiten, mit denen Nischalke zu kämpfen hatte, als er seinen Dienst antrat und die auf eine völlige Sabotage seiner amtlichen Tätigkeit hinausliefen. Es muß festgestellt werden, daß die Elternschaft sich zuerst überhaupt nicht darum gekümmert hat. Erst bestimmte parteipolitisch auch von Berlin beeinflußte und vor allem evangelisch-kirchliche Kreise hätten nachweislich die Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen und ständig geschürt.

Der Redner führt Fälle an, in denen versucht wurde, die Eltern mit den Zwangsmitteln des Terrors zu beeinflussen. Die Rechtskreise werden in diesem Kampfe keine Lorbeeren ernten. Wir sagen jetzt schon voraus, daß sich der Streik gegen die Drahtzieher auswirken wird. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Meyer** (Gerford, D. Vp.) kündigt nach telegraphischen Meldungen weitere Ausdehnung des Streikes in der nächsten Woche an. (Heiterkeit links.) — Danach werden die Interpellationen durch die Besprechung für erledigt erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag den 9. Dezember, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen; Hausuchungen bei reaktionären Politikern, Denkschrift des Innenminister über Auflösung des Bundes Wiking und des Sportvereins Olympia. —

Zur Fürstenabfindung

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern eingebracht:

§ 1. Die Länder werden ermächtigt, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Mitgliedern der Fürstenhäuser, die bis zur Staatsumwälzung des Jahres 1918 regiert haben, unter Ausschluß des Rechtsweges durch Landesgesetz vorzunehmen.

§ 2. Wird durch ein Landesgesetz eine Enteignung ausgesprochen, so kann die Entschädigung ebenfalls durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt werden. Eine Enteignung ohne Entschädigung ist zulässig.

§ 3. Die Länder werden ermächtigt, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges die Ansprüche der in den Artikeln 57, 58 Absatz 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch sowie in dem Gesetz vom 25. März 1904 (Reichsgesetzblatt Seite 149) bezeichneten Häuser und ihrer Rechtsnachfolger (Standesherren) auf Staatsrenten oder ähnliche Staatsleistungen mit oder ohne Entschädigung für erloschen zu erklären.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Mit diesem Antrag greift die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf einen Vorschlag zurück, den sie bereits im Jahre 1923 gemacht hat und der jetzt nach dem Scheitern des Volksbegehrens die Möglichkeit bietet, die Interessen des Landes gegen die Fürsten durchzusetzen, die sich immer noch weigern, die Interessen der Länder berücksichtigen und nur ihre egoistischen Interessen wahrnehmen.

Der Antrag soll auch den Ländern das Recht geben, mit den Ansprüchen der Standesherren fertig zu werden, die zum großen Teile nur deshalb noch Geldansprüche stellen, weil ihre Vorfahren bis zum Jahre 1806 in irgendeinem kleinen Lande Deutschlands regiert haben. —

Aus der Wirtschaft

Differenzen der Kaliinteressenten.

Der Kaliindustrielle Fritz Rechberg hat den Vorsitz im Aufsichtsrat der Kaliindustrie-A.-G. (Wintershall) niedergelegt, nachdem sein Austritt aus dem Grubenvorstand des Wintershallkonzerns bereits früher erfolgt ist.

Wie es heißt, soll der neue Schritt Rechbergs darin begründet sein, daß er die Bestrebungen des Generaldirektors Rosterg vom Wintershallkonzern in Gemeinschaft mit den Klöcknerwerken, ein neues Düngemittel zu schaffen, nicht billigt. Außerdem wird darauf verwiesen, daß sich die bisherigen Maßnahmen Roslergs bezüglich der chemischen Weiterverarbeitung des Kalis in besonders nachteiligen Gebieten (Heringsrogen) als Fehlschlag erwiesen haben. Rechberg soll mit ihnen nicht einverstanden sein.

Daß Rosterg mit seinen Rationalisierungsmaßnahmen nicht allzuviel Glück gehabt hat, ist bekannt, seitdem der Wintershallkonzern, der früher immer auf eine Kalipreisverbilligung zwecks Absatzsteigerung gedrungen hatte, unter die heftigsten Befürworter einer Kalipreiserhöhung ging. Damit kann man die Stellungnahme Rechbergs wohl kaum erklären. Vielmehr scheint uns die Annahme richtig zu sein, daß Rechberg Fühlung mit dem Farbentrust sucht.

Die Vorbedingungen sind durch das neue Volldüngemittel der J. G. Farbenindustrie, Nitrophoska, gegeben. Auf Grund der Organisation des Kalisyndikats und des Kaliwirtschaftsgesetzes übt die Kaliindustrie eine weitgehende Kontrolle auf die J. G. Farbenindustrie aus, soweit der Absatz von Nitrophoska in Frage kommt; denn der im Nitrophoska bis zu 20 und 25 Proz. enthaltene Kali unterliegt eben der durch Gesetz dem Kalisyndikat zugesicherten Absatz- und Preisreglung. Eine solche Kontrolle muß der J. G. Farbenindustrie unbequem werden. So erklärt sich der durchausmögliche Plan des Farbentrustes, eben die Kontrolle des Kalisyndikats nichtig zu machen, indem er das Kalisyndikat unter seine Kontrolle bringt.

So unmöglich ist dieser Plan nicht! Der Farbentrust hat schon andre Dinge gedeichselt. Für die Oeffentlichkeit und die Arbeiterschaft, insbesondere für die Bergarbeiterschaft, dürfte es nun von Interesse sein, daß ein solcher Plan der J. G. Farbenindustrie nur durch Zertrümmerung des Kaliwirtschaftsgesetzes möglich wird. Der erste Vorstoß der J. G. Farbenindustrie gegen die Kalikontrolle würde sich also gegen das Kaliwirtschaftsgesetz richten müssen. Die Dinge sind wichtig genug, um sie scharf im Auge zu behalten. —

Wo tagt die Weltwirtschaftskonferenz? In Anbetracht der Anwesenheit des holländischen Außenministers van Karnebeek in Genf wird die Frage der Abhaltung der Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes in Amsterdam abermals eifrig besprochen. Die Aussichten dafür sollen jedoch nicht größer sein als beim ersten Auftauchen der Nachricht. Der holländische Außenminister bewahrt eine zurückhaltende Stellung und soll nur dann zu einer Einladung der Konferenz nach Amsterdam bereit sein, wenn damit dem Völkerbund ein wesentlicher Dienst geleistet und dem Generalsekretariat ein Wunsch erfüllt wird. Das scheint aber nach wie vor gar nicht der Fall zu sein. —

Reichseinnahmen im Oktober. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen für den Monat Oktober mit 786 Millionen an; davon sind 741 Millionen Mark Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben. Die Ausgaben stellen sich auf 619,3 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein unverhältnismäßig hoher Ueberschuß von 166,7 Millionen Mark. Dieser verringert sich aber für die Zeit vom April bis Oktober auf 151 Millionen Mark, weil aus laufende Steuerjahr 330,1 Millionen Mark erbrachte, dem 4179,1 Million Mark an Ausgaben gegenüberstehen. —

Der Kaliabsatz. Das Kalisyndikat stellt für den Monat November einen Absatz von 600 000 Doppelzentner Reinkali fest. Der Absatz im Monat November 1925 betrug 630 821 Doppelzentner.

Steigende Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist in der vergangenen Woche wieder um rund 4000 Personen auf annähernd 242 000 gestiegen. Seit dem Umschwung auf dem Arbeitsmarkt also eine neue Steigerung der Arbeitsuchenden um 12 563 Personen. Die Vermehrung der Arbeitslosen liegt vor allem in der weitern Einstellung der Außen- und Bauarbeiten und in der bei der schwachen Kaufkraft der letzten Verbraucher nicht weiter verwunderlichen geringen Beschäftigung des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes und andrer Gewerbezweige, die sonst vor Weihnachten eine weit bessere Beschäftigung aufweisen. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Rottenführer als Sündenböcke.

Seit einiger Zeit mehren sich die Fälle, daß Rottenführer der Reichsbahn verurteilt werden, weil sie angeblich auf der Strecke nicht genügend Sicherheitsmaßnahmen gegen Unglücksfälle getroffen haben. Aus diesem Grunde wurde erst vor kurzem ein Rottenführer vor dem Waldenburger erweiterten Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Daß fast in allen diesen Fällen nicht der Rottenführer, sondern die Reichsbahn auf die Anklagebank gehört, zeigt der Ausgang eines Berufungsverhandlung, die vor einigen Tagen vor der Bielefelder Strafkammer stattfand. Es handelte sich um die Anklage gegen einen 23 Jahre im Eisenbahndienst stehenden Rottenführer, dem die Schuld aufgebürdet wurde für das Unglück auf der Bahnstrecke Oeynhausen—Minden, wo am 17. Oktober vorigen Jahres eine Lokomotive in eine Gruppe von sieben Arbeitern hineinfuhr und fünf Familienväter tötete. Von dem Schöffengericht in Minden war der Rottenführer zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung wurde er jetzt freigesprochen.

Bezeichnend ist die von der Verteidigung hervorgehobene Tatsache, daß nach dem Unglück die Eisenbahndirektion Hannover die Kann-Vorschriften über die Sicherung durch Außenposten bei viergleisigen Bahnen in Soll-Vorschriften umgeändert hat. In der Urteilsbegründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß ein Verschulden, wenn man im vorliegenden Falle von einem solchen reden könne, nicht bei dem Angeklagten, sondern bei der Reichsbahnverwaltung liege. —

Lohnbewegung der Wasserstraßenarbeiter. Der Deutsche Verkehrsbund hat im Auftrag der übrigen freien Gewerkschaften an den Reichsverkehrsminister den Antrag gestellt, den Wasserstraßenarbeitern, soweit sie länger als 6 Monate im Dienste der Verwaltung stehen, eine einmalige Zulage in Höhe von 75 Reichsmark, und soweit sie 3 bis 6 Monate beschäftigt sind, eine einmalige Zulage in Höhe von 50 Reichsmark gewähren zu wollen. Die Notwendigkeit dieser Zulage ist ohne weiteres durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und im besondern durch die für Reichsarbeiter besonders niedrigen Löhne begründet. Ueber allgemeine Lohnerhöhungen sollen in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden. —

Weihnachtszulage auch für die Eisenbahner. Wie wir erfahren, wird für den Fall, daß die zwischen den Parteien des Reichstags getroffene Vereinbarung über die Gewährung einer einmaligen Notstandsbeihilfe für die Beamten in der kommenden Woche zur Annahme gelangt, auch die Reichsbahn ihren Beamten und Arbeitern eine Weihnachtszulage gewähren. Der Gesamtbetrag der Zulage wird auf etwa 50 Millionen beziffert. —

Achtstundentags-Ratifikationsmanöver. Trotzdem der zuständige Ausschuß des französischen Senats vor einigen Tagen das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag gutgeheißen und durch den Berichterstatter die Annahme der Vorlage empfohlen hatte, hat der Senat, getreu seiner bisher verfolgten Sabotagepolitik, die Vorlage mit einem Vorbehalt an den Ausschuß zurückgewiesen. Er verlangt, daß das Inkrafttreten des Abkommens von der vorherigen Ratifizierung nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch England, Italien und die Schweiz abhängig gemacht wird. In den Blättern der Linken findet dieses Manöver des Senats eine außerordentlich scharfe Kritik. —

Gewinnanteil. Für das Rechnungsjahr 1926 verteilt die Firma Carl Zeiß in Jena eine Dividende von 4 Prozent des Arbeitseinkommens jedes Arbeiters und Angestellten an die Arbeitnehmer der Firma. In den letzten Jahren war keine Dividende verteilt worden. —

Turnen, Rasenspiele, Wassersport **Volkssport** Radfahren, Athletik, Wandern

Fichte-Generalversammlung

Der Turn- und Sportverein Fichte Magdeburg hielt am Sonnabend seine Jahres-Generalversammlung ab. Der Besuch der Versammlung war als gut zu bezeichnen. Besonders war es die Jugend, die ihr Interesse an der Sportbewegung durch den Besuch der Versammlung bekundete. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung gab der Männerturnwart, Genosse Klaus, seinen Tätigkeitsbericht. [illegible]

[illegible]

Dann gab der Genosse Kaeber seinen Geschäftsbericht [illegible]

[illegible]

Genosse [illegible] als Kinderturnwart [illegible]

[illegible]

Gruppenmeisterschaftsturnen

2. Bezirk, 7. Gruppe.

Am 5. Dezember veranstaltete die 7. Gruppe in Diesdorf [illegible]

[illegible]

Im der Hoffnung, daß [illegible] zu sehen ist, schloß der Turnwart die Versammlung. —

Fußball

[illegible]

[illegible]

Ohne Pause werden die Seiten gewechselt. Abermals verpassen beide Vereine reiche Torgelegenheiten. Nachdem der rechte Verteidiger von Eintracht infolge Verletzung das Spielfeld verläßt, sendet der Klub in der 11. Minute zum zweiten Tor ein. Nur 2 Minuten dauert die Freude und durch Einsenden hat der Platzbesitzer wiederum den Ausgleich. Jetzt ist es Eintracht, das das Kommando kurze Zeit übernimmt, damit auch gleichzeitig den Sieg einleiten. Der Mittelstürmer von Eintracht verwandelt eine schöne Vorlage vom Linksaußen zum dritten Tor. Hierauf tritt Eintrachts rechter Verteidiger wieder in das Spielfeld ein. 7 Minuten vergehen und Halblinks schießt zum vierten und damit siegbringenden Tor ein. Dann müssen zwei Spieler den Platz verlassen, je ein Spieler von Eintracht und Ballspielklub. So leicht sollte Eintracht jedoch der Sieg nicht gemacht werden. Von jetzt an gibt der Klub bis zum Schluß den Ton an. Ballspielklub stellt um, der Mittelläufer geht auf seine alte Stellung als Rechtsaußen und ehe es sich der Platzbesitzer versehen läßt, sandt ein blendender Schrägschuß von dem jetzt spielenden Rechtsaußen in die obere linke Ecke. Die Gäste drücken mit aller Macht, es scheint, als sollte ihnen der Ausgleich kurz vor Schluß nochmals winken. [illegible]. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei. Ecken 6 : 2. —

Eintracht 02 gegen Sportfreunde 5 : 5 (3 : 1). Im Freundschaftsspiel standen sich genannte Mannschaften auf dem Eintracht-Sportplatz gegenüber. Das Spiel wurde flott, aber [illegible] [illegible]

[illegible] gegen Eintracht Süd II 2 : 2.

Borussia gegen Fortuna Neuleben 6 : 2 (4 : 2). Die Fortunen weilten am Sonntag auf dem Borussia-Platz, um dort dem Platzbesitzer ein Freundschaftsspiel zu liefern. [illegible]

[illegible]

[illegible] gegen [illegible] 3 : 3 (2 : 3). [illegible]

[illegible]

Freie Turnerschaft [illegible] gegen Freie Turner [illegible]. [illegible]

[illegible]

[illegible] 1 gegen [illegible] 1 (2 : 0, 1 : 0). [illegible]

[illegible]

[illegible] gegen Cracau I (2 : 0). [illegible]

[illegible]

[illegible] Jugend gegen [illegible] Jugend 0 : 2. —

Handball

Tabellenstand der Klasse A.

Name	Spiele	Spiele gew.	Spiele verl.	Spiele unentsch.	Punkte +	Punkte –
Diesdorf	7	7	—	—	14	—
Schönebeck	8	7	1	—	14	2
Hohendodeleben	9	4	4	1	9	9
Buckau	8	3	3	2	8	8
Sturm 07	7	3	2	2	8	6
Südost	8	3	4	1	7	9
Sudenburg	6	2	2	2	6	6
Fermersleben	6	2	4	—	4	8
Groß-Ottersleben	7	2	5	—	4	10
Bennedenbeck	8	—	—	8	—	16

Freie Turner Südost gegen Groß-Ottersleben 2 : 0 (1 : 0). Genannte Mannschaften standen sich am Sonntag zum fälligen Serienspiel in Südost gegenüber. Beide Gegner traten mit Ersatz an. Zu rügen ist, daß Südost nur mit neun Mann zur Stelle war und nach kurzer Zeit sich auf zehn erhöhte. Der schlüpfrige Boden ließ ein gutes Spiel nicht aufkommen. Mit Anwurf von Groß-Ottersleben entwickelt sich ein flottes Spiel. Der Ball wandert auf und ab. Das Spiel bleibt offen. Eine kleine Ueberlegenheit von Südost ist nicht zu verkennen, aber Groß-Ottersleben kann durch gute Störungsarbeit alle Angriffe verhindern. Südost ist im Stellungsspiel besser und nach 25 Minuten Spieldauer kann der Halblinke von Südost zum ersten Tor einsenden. Bis Halbzeit wird auf beiden Seiten trotz eifrigen Spieles beiderseits nichts mehr erreicht. Nach Seitenwechsel ist Südost mehr im Vorteil und setzt sich meist in des Gegners Spielhälfte fest, aber der Torhüter von Groß-Ottersleben ist auf der Hut und hält mehrere gute Sachen mit guter Manier. Ottersleben kommt nochmals auf, aber es kommt selten zum Schuß oder der Ball wird eine Beute des Tormarts. Nach 30 Minuten Spieldauer kann der Rechtsaußen von Südost durch gutes Zuspielen zum zweiten Tor einsenden. Ottersleben ist immer noch eifrig, aber es kommt nicht zum Ehrentor, das verdient hatte. Das Spiel geht bis zum Schluß so weiter und es wird beiderseits nichts mehr erreicht. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei. —

Fichte Sudenburg gegen Sturm 07 1 : 1 (1 : 0). Zum Punktspiel stellten sich am Sonntag diese Mannschaften dem Unparteiischen, Genossen Kann, auf dem Platze am Königsweg. Leider war die untere Spielseite sehr schlüpfrig und wurde daher die Genauigkeit im Zuspiel und Schuß bei beiden Mannschaften sehr ungünstig beeinflußt. Vom Anstoß der Gäste an entwickelte sich ein gutes Durchschnittsspiel, das die Erwartungen der Zuschauer nicht ganz erfüllte. Es war nicht nur eine Ungleichheit der Bodenverhältnisse, sondern auch der Spielform und Spielstärke bei den Gegnern festzustellen. Die Fichte-Mannschaft, bedeutend verstärkt durch einen neuen Mittelstürmer, erkämpft sich sofort durch ihre bessere Technik und Ballbehandlung eine klare Feldüberlegenheit, die sie sich auch, von einer ganz kurzen Ausnahme nach Halbzeit abgesehen, auch bis Schluß nicht rauben ließ. Wenn trotzdem kein andres Torresultat herauskam, so lag das an der Spielenstellung der Gäste. Da sie an die Spielstärke des Platzbesitzers [illegible] heranreichten, legten sie sich, zum Teil aus Klugheit, meist aber gezwungen, auf eine reine Verteidigungsarbeit, in der sie durch Zurückziehung der Spieler aber so Vorzügliches leisteten, daß dem Platzbesitzer erst ½ Minute vor Halbzeit das erste und einzige Tor möglich wurde. Durch dieses Festliegen der beiden Elfen vorm Sturm-Tor und das leider zu starke Aufrücken der Hintermannschaft fiel dann auch den Gästen ein billiger Ausgleich zu, der dem Gäste-Mittelstürmer nach gutem Zusammenspiel des Innentrios in der 16. Minute nach Seitenwechsel glückte. Trotz aller Mühe, die sich der Fichte-Sturm gab, gelang es diesem doch nicht, das ehrlich verdiente Siegestor zu werfen, da fast immer jeder Spieler des so gefährlichen Innensturms von drei Mann abgedeckt war. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage hätten die Fichte-Spieler durch ein ausgeprägtes Flügelspiel bei genauerem Stellunghalten das Spiel weiträumiger gestalten und dadurch Durchbruchsstellen schaffen müssen, dann wäre ihnen auch der verdiente Sieg geworden. —

Fichte Buckau gegen Arbeiterturner Diesdorf 0 : 2. Fichte Buckau hatte sich die Diesdorfer Turner zum Gesellschaftsspiel verpflichtet. Beide Mannschaften hatten Ersatz eingestellt. Der Anwurf der Fichte-Mannschaft wird von Diesdorf abgefangen und sofort liegt Diesdorf im Angriff. In den ersten 10 Minuten sind beide Mannschaften äußerst nervös, so daß die Spielweise darunter leidet. Die Folge davon ist, daß die besten Torgelegenheiten von beiden Seiten ausgelassen werden. Diesdorf beginnt allmählich systematischer zu arbeiten. Doch zunächst meistert der gute Buckauer Tormart auch die gefährlichsten Schüsse. Er läßt sich aber in der 20. Minute von einem Kunstschuß des Diesdorfer Mittelläufers überraschen. Diesdorf bleibt durch genaues kräftiges Zusammenspiel auch weiter im Vorteil. Die Fichte-Mannschaft leistet gute Störungsarbeit. Sie kommen aber mit ihrer Spielweise der weiten Vorlagen gegenüber dem kurzen Kombinationsspiel der Diesdorfer nicht zum Erfolg. In der 25. Minute sendet Diesdorf zum zweiten Tor ein. Die Buckauer Spieler warteten bei diesem Spielmoment auf den Pfiff des Schiedsrichters, der aber die Körperfehler der Diesdorfer übersehen hatte. Ohne Pause beginnt dann die zweite Halbzeit. In der zweiten Spielhälfte war ebenfalls eine leichte Ueberlegenheit der Diesdorfer Turner nicht zu verkennen. Es gelang Buckau aber stets, das Spiel offen zu halten. Zu Torerfolgen reichte es auf beiden Seiten nicht mehr. —

Freie Turner Langenweddingen gegen Freie Turner Cracau 1 : 0. Am Sonntag standen sich genannte Mannschaften in einem Gesellschaftsspiel gegenüber. Sofort nach Anwurf entwickelt Langenweddingen ein sehr flottes Druckspiel, das den Cracauern etwas unerwartet kam. Durch Fallen des linken Verteidigers von Cracau konnte Linksaußen von Langenweddingen in der 2. Minute zum einzigen Tore des Tages einsenden. Cracau findet sich mit zwei Mann aus der Jugend und nur mit vier Mann im Sturm während des ganzen Spieles nicht recht zusammen. Langenweddingen trägt Angriff auf Angriff immer wieder bis vor des Gegners Tor. Cracaus Verteidigung und Tormart sind aber auf der Hut und verhindern eine größere Niederlage. Der Platz war an vielen Stellen so lehmig, daß wohl jeder Spieler mit der Erde Bekanntschaft machte. Der Schiedsrichter Biener leitete korrekt und einwandfrei. —

Freie Turner Hohendodeleben gegen Freie Turner Schönebeck 0 : 2 (0 : 1). Das Spiel fand in Hohendodeleben statt. Der Sportplatz war nicht in besonders guter Verfassung, so daß nur ein unter Durchschnitt stehendes Spiel zustande kam. Der Kampf bot zunächst durchaus verteilte Leistungen. Die Schönebecker fanden sich nur schlecht mit den Bodenverhältnissen ab, so daß sie in den ersten 10 Minuten sogar im Nachteil waren. Da aber Hohendodeleben im Sturm zu ungenau spielte, vielfach auch durch eigenmächtige Spielweise eines Spielers gute Tormöglichkeiten ausließ, kam zunächst keine Mannschaft zu Torerfolgen. In der ersten Halbzeit kam Schönebeck zu einem Tore. Der Ball wurde scharf eingeschossen nach einem Durchbruch des Linksaußen. Nach Seitenwechsel nahm das Spiel an Härte zu. Spielstrafen werden beiderseits nicht gezeigt. Schönebeck errang nach guter Kombination auch noch das zweite Tor. Zwei Dreizehnmeterbälle mußten verhängt werden. Zu Torerfolgen wurden sie aber nicht verwandelt. Hohendodeleben legte Protest ein. —

Vorwärts Fermersleben gegen Freie Turner Bennedenbeck 8 : 0. Die Fermersleber Mannschaft spielte überlegen und gewann verdient. —

Weitere Resultate. Freie Turner Schönebeck Schüler gegen Vorwärts Fermersleben Schüler 2 : 0. Fichte Sudenburg II gegen Eintracht 02 (3. 5. A.) 3 : 0. Fichte Sudenburg 2. Jgd. gegen Freie Turner Cracau 1. Jgd. 1 : 1. Fortuna-Cracau II gegen Freie Turner Klein-Ottersleben II 2 : 1. Buckau II gegen Diesdorf II 0 : 2. Freie Turner Langenweddingen II gegen Langenweddingen Jugend 2 : 0. —

Sportlerinnenspiele.

Bei den Serienspielen der Sportlerinnen konnte Borussia gegen Vorwärts Fermersleben durch ein 2 : 0-Resultat die Punkte erringen. In dem Spiele Winker Neuhaldensleben gegen Freie Turner Schönebeck gewann Neuhaldensleben 1 : 0. Schönebeck war nicht vollzählig. —

Boxen.

[illegible]. Am [illegible] weilte die Kampfmannschaft des Touristenvereins Cracau [illegible] in Hildesheim. [illegible] Trotzdem Geberle gegen Schulze ein Gewichtsplus von 13 Pfd. hatte, gelang es dem kleinen wendigen Magdeburger ein ehrenvolles Unentschieden zu erringen. Im Kampfe Holzendorf 2 gegen Bräuer (Hildesheim) standen sich zwei gleichwertige Gegner gegenüber. Auch dieser Kampf endete unentschieden. Der Federgewichtskampf brachte für Magdeburg die erste Ueberraschung. Trotzdem Brunner die Führung des Kampfes hatte, gelang es Krause (Hildesheim) diesen durch [illegible] in der 2. Runde [illegible] zu schlagen. Die Sensation des Tages war das Leichtgewichtstreffen zwischen Holzendorf 1 und Sarmann, der als Favorit in den Ring ging und in diesem Kampfe nichts zu bestellen hatte. Er wurde von Holzendorf mit blendender Technik ausgepunktet. Im Weltergewichtskampf Fischer 1 gegen Schaper [illegible] (Hildesheim) konnte sich Fischer gegen die Härte seines Gegners nicht durchsetzen und gewann knapp nach Punkten. Im Mittelgewicht siegte der [illegible] Kruger [illegible] Einsatz. Das Schwergewicht fiel kampflos an Hildesheim. Die Einlagekämpfe brachten im Federgewicht [illegible] gegen Heidelberg. Sieger Heidelberg. Im Leichtgewicht [illegible] gegen [illegible]. Sieger [illegible] nach Punkten. Die Kämpfe fanden bei den zahlreichen Zuschauern lebhaften Anklang. Leiter war der Hannover [illegible] Brunnann. —

Mitteilungen der Sportvereine

Fichte Sudenburg. Am Dienstag treffen sich alle Turnspieler um [illegible] Uhr bei Sportwart [illegible]. Da Neuwahlen auf der Tagesordnung stehen, und eine auch wichtige technische und organisatorische Fragen erörtert werden, ist das Erscheinen aller Handball- und Fußballspieler notwendig. —

[illegible] Die Naturfreunde. Einen Lichtbildervortrag über [illegible] hält am Freitag im [illegible], Zimmer 10, Herr [illegible] Schirmer. Beginn 8 Uhr. Eintritt frei. Gäste sind willkommen. — [illegible] Dienstag in der [illegible] Mitgliederversammlung. —

[illegible] der 5. Gruppe. Am Sonntag den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr, findet im [illegible] [illegible] Gruppen[illegible]. Tagesordnung: 1. [illegible]. 2. Berichte. 3. Wahl[illegible] Jugend[illegible]. 4. Veranstaltungen 1927. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. Pflicht der Vereine ist es, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. —

Magdeburger Angelegenheiten

Magdeburg, den 6. Dezember 1926.

Gegen die Konsumfinanzierung

Von der Industrie- und Handelskammer zu Magdeburg wird uns geschrieben:

„Die Industrie- und Handelskammer zu Magdeburg spricht sich aus schwerwiegenden Bedenken einmütig gegen die organisierte Kundenkreditgewährung, wie sie in letzter Zeit an einigen Plätzen nach verschiedenen Systemen zur Einführung gelangt ist, aus, und warnt die Einzelhändler und die Verbraucher davor, in der sogenannten Konsumfinanzierung ein geeignetes Mittel zur Hebung der Kaufkraft und damit zur Ueberwindung der jetzigen Absatzkrise zu erblicken. Die Organisierung des Konsumentenkredits würde zwar eine einmalige Belebung des Geschäfts, aber keine dauernde Stärkung der Kaufkraft herbeiführen. Vielmehr wäre nach der anfänglichen Belebung, die nur kurze Zeit anhalten würde, mit Sicherheit ein empfindlicher Rückschlag zu erwarten, denn die Kaufkraft derjenigen Konsumenten, die Kredit in Anspruch genommen haben, würde für die Dauer des Kredits um die zu dessen Abdeckung erforderlichen Zahlungen (Kaufpreisraten und Zinsen) gemindert. Wenn das Einkommen nicht wächst, können bei geordnetem Haushalt auch die Ausgaben nicht wachsen. Man kann zwar mit Hilfe des Kredits die Ausgaben anders verteilen, statt mehrerer kleinerer eine größere Anschaffung machen, aber die Kaufkraft ändert sich damit nicht. Sie steigt nur, wenn sich das Realeinkommen erhöht.

Die Anhänger der Konsumfinanzierung glauben, durch diese Einrichtung, die nach ihrer Meinung Absatz und Produktion vermehren soll, auch eine Verbilligung der Waren herbeiführen zu können. Das Gegenteil würde eintreten. Für den Kreditkunden würden sich die Waren um den Prozentsatz, den er als Zinsen für den Kredit zu entrichten hat, verteuern. Dazu kommt, daß der Einzelhändler den Teil der Kreditspesen, der ihm selbst aufgebürdet wird, in die Preise einkalkulieren müßte, was ebenfalls eine Verteuerung der Waren zur Folge hätte. Hierdurch würde sogar, da der Kreditkäufer nicht anders wie der Barkäufer behandelt werden soll, eine allgemeine Erhöhung herbeigeführt werden. Der Barkäufer würde aber zweifellos einen entsprechenden Rabatt verlangen. Die Organisierung des Kreditkaufs würde ferner dem Sparsinn, den man sonst mit allen Mitteln zu heben trachtet, außerordentlichen Abbruch tun und das Publikum zur Leichtfertigkeit im Kaufen verleiten. Statt daß sich die dringend notwendige Bildung von neuem Sparkapital vollzöge, könnte die Konsumfinanzierung leicht zu einer dauernden Verschuldung breiter Bevölkerungsschichten führen.

Die Erfahrungen, die man in Nordamerika mit der Kundenkreditgewährung gemacht hat, lassen sich wegen der wesentlich günstigern Einkommensverhältnisse der dortigen Angestellten und Arbeiter nicht auf Deutschland übertragen. Schließlich gibt es eine ganze Reihe von Waren, insbesondere Kleidungsstücke und Schuhe, die sich für den Kreditkauf überhaupt nicht eignen, weil sie einem verhältnismäßig schnellen Verbrauch, auch dem raschen Wechsel der Mode und der Saison unterworfen sind."

Diese Aeußerung der Industrie- und Handelskammer ist vor allem deshalb wertvoll, weil sie die Notwendigkeit einer Erhöhung der Einkommen als Vorbedingung für eine Steigerung der Kaufkraft anerkennt. Möge die Industrie- und Handelskammer ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß auch bei zukünftigen Lohnverhandlungen die Arbeitgeber sich auf diesen Standpunkt stellen. —

Das Brotgewicht

Gegenwärtig liegt ein Gesetzentwurf vor, durch den das Verkaufsgewicht des Brotes fest geregelt werden soll. Die Hausfrau, die hin und wieder nachgewogen hat und ihre Vermutung bestätigt fand, daß sie nicht das volle Gewicht erhalten hatte, wird zunächst erleichert bei dem Gedanken aufnehmen, daß dem Brotverkäufer bzw. Bäcker in Zukunft strenge Strafen bevorstehen, wenn er unter dem vorgeschriebenen Gewicht liefert. Bei gründlicherer Ueberlegung aber werden wir uns sagen müssen, daß dieser Art gesetzlicher Reglung nicht sehr große Bedeutung zukommt, ja, daß sogar eine gewisse Gefahr darin liegt, wenn man sich damit beruhigt und das Augenmerk von viel wichtigern Zusammenhängen abgelenkt wird.

Das Gewicht ist nämlich gar nicht allein entscheidend für den Wert des Brotes. Mindestens ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger, ist die Reinheit und Zusammensetzung des Mehls, die Menge der verwendeten Flüssigkeit und die Quantität und Qualität der Gärungsmittel. Ferner ist die Beschaffenheit des Backraums von großer Bedeutung für die Güte des Brotes. In kleinern Bäckereien läßt oft die Anlage der Oefen zu wünschen übrig, ganz zu schweigen von der geringen Anwendung maschineller Einrichtungen. Darum sollte vor allem großer Wert auf möglichst vollkommene Produktionsvorrichtungen gelegt werden, wie sie z. B. die mustergültige Großbäckerei des Magdeburger Konsumvereins aufweist. In diesen hellen und luftigen Räumen kommt während des ganzen Produktionsprozesses keine menschliche Hand mit der Brotmasse in Berührung. Dadurch wird ein Grad von Sauberkeit und Hygiene erreicht, der jede Hausfrau begeistern muß.

Die Forderung, die kürzlich von Hedwig Heyl ausgesprochen worden ist, verdient erst recht von den sozialistischen Frauen erhoben zu werden: Errichtung von Großbäckereien durch die Städte, entsprechend den Schlachthöfen, die ja aus den gleichen grundsätzlichen Erwägungen heraus geschaffen worden sind. Wir neigen viel zu sehr dazu, das Gute durch Strafen und Verbote erzwingen zu wollen. Das Minderwertige stirbt ganz von selber aus, wenn das Bessere auf den Plan tritt und ihm den Boden entzieht. —

Ein Reinfall der Gelben

Wenn es gilt, den freigewerkschaftlichen Straßenbahnern in irgendwelcher Weise Schwierigkeiten zu bereiten, so sind die Gelben auf dem Plane. Wenn bessere Lohnverhältnisse errungen werden sollen, fallen sie ihnen durch Streikbruch in den Rücken. Wenn aber für die alten Berufskollegen eine Unterstützungseinrichtung geschaffen werden soll, dann sind die Gelben gleich dabei und errichten auch eine Fürsorgekasse. Sie beteiligen sich auch an Betriebsratswahlen und dergleichen.

Jetzt wollten sie sich auch an den Vertreterwahlen zur Betriebskrankenkasse der Straßenbahn beteiligen, indem sich aber dabei gewaltig in die Nesseln gesetzt. Eine öffentlich einberufene Betriebsversammlung wählte eine einheitliche Vorschlagsliste dazu einreichen, aber bevor diese Liste aufgestellt war, hatten die Gelben auch schon dazu Stellung genommen und ihre eigne Liste, die 12 Vertreter und 24 Ersatzmänner vorsah, präsentiert. Trotzdem die Gelben damit renommieren, daß sie 100 Mitglieder im Privatenbahnerverband, Abteilung Straßenbahner christlicher Richtung, organisiert haben (nicht mehr im nationalen Arbeiterverein), greifen sie wahllos aus den bei der Straßenbahn beschäftigten Handwerkern, Schaffnern und Führern eine Anzahl heraus und nominierten diese als Kandidaten. Die gesetzlich vorgeschriebene Einverständniserklärung der Betreffenden durch Namensunterschrift fälschte man in vier nachgewiesenen Fällen.

Als nun der Wahlvorstand unter diese Sachlage kam und die Unterzeichner der Liste zur Verantwortung zogen wurden, erklärten sie, daß sie die Fälschung anerkennen, aber nicht wissen wollen, wer sie gefälscht habe. Ihren Wahlvorschlag mußten sie nun jedoch zurückziehen, so daß die Wahl nicht stattzufinden braucht, weil nur eine vorschriftsmäßige Liste (die freigewerkschaftliche) eingereicht ist.

Doch mögen sich die Gelben gesagt sein lassen, daß sie nicht immer wie diesmal nur mit der großen Blamage davonkommen werden. In Zukunft wird ihnen begreiflich gemacht werden, daß Urkundenfälschung, auch wenn sie von Gelben begangen wird, nicht gestattet ist. Wenn sie die Wahlvorschriften nicht kennen oder nicht so viel Mannen aufbringen, wie zur Einreichung eines Wahlvorschlags nötig sind, mögen sie gefälligst ihre Finger davon lassen. Die bei der Straßenbahn beschäftigten Angestellten, Handwerker und Arbeiter, die diesen Leuten aber immer noch nachlaufen, und weil sie ein paar Pfennige weniger Beiträge verlangen, mögen aus diesem Vorkommnis ersehen, mit welcher Art Arbeitervertretern sie es zu tun haben. Dieses Vorkommnis zeigt aufs neue, daß die Interessen der Straßenbahner nur vertreten werden in den freien Gewerkschaften, im Deutschen Verkehrsbund. —

Sozialisierung vor 50 Jahren

Die Stadtverordneten-Versammlung hat über eine Vorlage des Magistrats zu beraten: „Ergänzung der Begräbnisordnung". Die Gärtnereibesitzer haben gegen die Stadtverwaltung Klage angestrengt, um zu erwirken, daß Erwerbsgärtnern das Recht zugesprochen wird, auf den städtischen Friedhöfen Gräber herzurichten und gärtnerisch zu pflegen. Die erste Instanz hat den Gärtnern recht gegeben, weil in dem Ortsstatut, das der Stadt allein das Recht gibt, auf ihren Friedhöfen gärtnerische Arbeiten auszuführen, nicht ausdrücklich auch die Schmückung der Gräber aufgeführt ist. Keineswegs bestreitet das Gericht der Stadt das Recht, alle Arbeiten auf ihren Friedhöfen, die als Erwerbsarbeiten gelten, in eigner Hand zu behalten. Nur müsse dieses Gemeinderecht im Ortsstatut klar umschrieben sein.

Die bestimmtere und unzweideutige Fixierung des Rechtes der Stadt an den Friedhofsarbeiten sollte durch eine Aenderung des betreffenden Paragraphen in der Begräbnisordnung erfolgen. Der Magistrat kam mit einer entsprechenden Vorlage heraus, der Kampf begann für und wider die „Sozialisierung" der Friedhofsarbeiten.

Das Wort Sozialisierung haben die bürgerlichen Gegner zwar nicht ausgesprochen, aber sie meinten diese schreckliche Erfindung der Roten. Peinlich war es für sie nur, daß die Friedhofsarbeit nicht erst nach der Revolution in die Hände der Stadt gelegt wurde, sondern schon vor etwa 50 Jahren, von den Vätern der heutigen Demokraten, Volksparteiler, Deutschnationalen und Völkischen. Die Stadtväter in damaliger Zeit haben schon eingesehen, daß die Stadt das Recht haben muß, auf ihren Friedhöfen für Ordnung und Sauberkeit in der wirksamsten Art zu sorgen. Das geschieht am sichersten, wenn städtische Angestellte selbst die notwendigen Arbeiten dort verrichten. Außerdem muß wohl auch der Stadt, die ganz bedeutende Aufwendungen für die Friedhöfe zu machen hat, zugestanden werden, die geschäftlichen Gewinne aus der Friedhofsarbeit zu ziehen.

An der direkten Friedhofsarbeit sind im übrigen durchaus nicht alle Gärtnereibetriebe der Stadt interessiert. Die Betriebe, die nicht in der Nähe der Friedhöfe liegen, würden nichts dabei profitieren, wenn neben den städtischen Gärtnern auch Erwerbsgärtner auf den Friedhöfen arbeiten dürften. Um einer ganz kleinen Zahl privater Betriebe willen soll die Stadt darauf verzichten, in ihren Friedhöfen zu tun, was sie für notwendig und richtig hält?

Es wird behauptet, Gärtnereien müßten Gehilfen entlassen, wenn die Stadt die Friedhofsarbeit für sich restlos in Anspruch nehmen würde. Von den Gärtnergehilfen, die durch den „Anschlag des Magistrats auf die Gewerbefreiheit" und den Stand der Gewerbetreibenden erwerbslos würden, schreiben auch der „General-Anzeiger" und die „Magdeburgische Zeitung". Sie stellen die Sache so dar, als wären bisher Gärtnergehilfen von privaten Unternehmern auf den Friedhöfen beschäftigt worden. Dabei besteht die städtische Regie seit 50 Jahren — wie wir bereits bemerkt haben —, es soll kein neuer Zustand geschaffen, sondern nur ein bestehendes Recht der Stadt durch neue Satzungen gefestigt werden. Zwar sind die Redaktionen des „General-Anzeigers" und der „Magdeburgischen Zeitung" nicht verpflichtet, von den Dingen auch etwas zu verstehen, über die sie schreiben, aber von derartig allbekannten Tatsachen müßten sie eigentlich etwas wissen.

Die Interessengemeinschaft der Erwerbsgärtner schreibt in einer Zuschrift an die Stadtverordneten ebenso falsch wie die erwähnten Zeitungen, daß „zufolge eines Antrags des Magistrats" die Berufsgärtnereien von den Arbeiten auf den Friedhöfen „von nun an" ausgeschlossen sein sollen. Wieder die schiefe Darstellung, nach der jetzt erst die städtische Regie geschaffen werden soll. In der Eingabe wird von schwerster Gefährdung, sogar Vernichtung der Gärtnereibetriebe gesprochen und der Notwendigkeit, Angestellte zu entlassen, wenn . . . usw. An die städtischen Gärtner, die entlassen werden müßten, wenn der bestehende Zustand geändert würde, denkt keiner. Und die Tatsache, daß die Gärtner für die Friedhofsarbeit noch gar keine Gehilfen haben können, wird auch übersehen. Auch die weitere Tatsache, daß die Gärtnereibetriebe zumeist mit sehr jungem Personal, mit Lehrlingen und Junggehilfen arbeiten, bleibt auch unerwähnt. Voll entlohnte städtische Gärtner würden durch diese Arbeitskräfte verdrängt.

Von der unzulässigen und unerträglichen Konkurrenz der städtischen Gärtnereien den kleinen Geschäften gegenüber schreiben die Erwerbsgärtner und Blumengeschäftsinhaber. Zu andern Gelegenheiten wird aber auch von Gärtnereibesitzern selbst festgestellt, daß ohne die leistungsfähige und billige Bezugsquelle der städtischen Gärtnerei viele Magdeburger Gärtnereien und Blumenhandlungen einfach nicht existieren könnten. Also schädigt die städtische Gärtnerei das Gewerbe nicht, sondern fördert und stützt es. Hierbei muß auch betont werden, daß den Gärtnereien der Kranz- und Blumenverkauf für die Gräber auf städtischen Friedhöfen selbstverständlich nicht verboten ist und nicht verboten wird.

Am Donnerstag vergangener Woche hat die Stadtverordneten-Versammlung über Satzungsänderung des Magistrats beraten. Zu einer Entscheidung kam die Versammlung nicht, obgleich eine schnelle Erledigung im Interesse der Stadt dringend nötig ist. Die Vertagung wurde beschlossen mit 33 bürgerlichen gegen 32 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen.

Es muß weiter beraten werden. Sehr unbequem ist den bürgerlichen Wortführern die Tatsache, daß man die „Sozialisierung" in diesem Falle nicht den schlimmen Sozis in die Schuhe schieben kann, sondern als ein Erbe der eignen Väter betrachten muß. Und was du ererbt hast von deinen Vätern ... Nein, sie wollen dies Erbe nicht besitzen, die Herren Schüler, Hennige und Mann, sie wenden sich gegen diese Einrichtung mit großem Geräusch, damit irgendwelche Wähler sehen, die Herren da oben tun etwas. Wenn es auch unlogisch und rückständig ist. —

Die Freigabe der Geschäftsräume

Durch Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 sind für die Mieter von Geschäftsräumen böse Tage angebrochen. Der § 2 lautet: Auf Geschäftsräume finden die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes keine Anwendung; und § 3: Geschäftsräume werden von den Vorschriften des ersten Abschnitts (§ 1 bis 36) des Reichsgesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter ausgenommen. Die Aufhebung des Mieterschutzes gilt nicht für Geschäftsräume, die Teile einer Wohnung bilden oder wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnungen zugleich mit letzteren vermietet sind. Dann § 4: Geschäftsräume werden von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausgenommen.

Daß dieser letzte Satz eine sehr große Gefahr für den Mieter sowohl als auch für die Allgemeinheit ist, liegt auf der Hand. Denn nun beginnen mit dem 1. Dezember nicht nur die Kündigungen, sondern auch die Steigerungen. Und wer muß alles bezahlen? Der Verbraucher. Da kann die Regierung von Preissenkung reden; kein Mensch glaubt ihr das. Und das Heer der Arbeitslosen wird durch die vernichteten Existenzen des Kleinhandels noch vermehrt.

Nun wird vielfach übersehen, daß obige Verordnung in dem einleitenden Satze die Worte enthält: „unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs". Dieser Fingerzeig muß von den Beteiligten verstanden und beachtet werden. Der Minister sagt damit selbst: Wehret euch! Wir sind der Ansicht, man sollte überhaupt nicht mit solchen Experimenten beginnen. Vor Jahresfrist spukte das „Notekartensystem". Eine Anzahl Städte, die gänzlich kapitalistisch eingestellt sind, führten es ein. Der Minister drohte: glückt der Einzelversuch, wird er zum 1. März 1925 obligatorisch angeordnet. Die Mieterorganisation wehrte sich und siehe da, bis heute hat der Minister Abstand genommen. Man hat nämlich die traurigsten Erfahrungen damit gemacht.

Aehnlich liegen die Verhältnisse mit den Gewerberaummietern. Nun stand auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordneten-Sitzung ein Antrag der kommunistischen Fraktion zur Beratung, der verlangte, daß eine Delegation, bestehend aus Vertretern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung beim Wohlfahrtsministerium vorstellig werden und Zurücknahme der Verordnung fordern sollte. Der Antrag wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die Kommunisten hätten wissen müssen, daß der Antrag aussichtslos war, denn das ist nicht der Weg, der zum Erfolg führt. Doch es gibt ein Mittel, die Gewerbetreibenden vor dem Untergang zu bewahren. Sie schließen sich zusammen, bilden eine Mieterschutzorganisation und bearbeiten dann die Regierung. Die Arbeiterparteien werden geschlossen für ihren Schutz eintreten. Es wird einen erbitterten Kampf setzen. Aber ohne Hilfe der großen Mieterorganisation werden die Gewerberaummieter nichts erreichen. Das ist die Lehre, die beherzigt und befolgt werden muß. —

Liedersingende Kanarien

Magdeburg zählt rund ein Dutzend Vereine, deren Mitglieder sich der Zucht von Kanarien widmen. Es ist eine Liebhaberei des „kleinen Mannes", ohne große Unkosten, die er sich weder leisten kann noch darf. Derzeit herrscht unter den Kanarienfreunden, die ihre Zucht nicht auf Geldverdienst eingestellt haben, eine gewisse Unruhe, man spricht in ihren Kreisen, wie ehedem in politischen Zirkeln von einer „gelben Gefahr", heute von einem „gelben Fieber".

Für den Laien sei das erklärt: Amerika, England, Holland fordern heute sehr viel Kanarienvögel an, Deutschland ist überwiegend der Exporteur. Wie überall, fehlt es natürlich auch auf diesem Vogelmarkt nicht an Preisunterbietern. Das Schlimmste aber ist, so sagen die Kanarienzüchter, daß gerade von Deutschland aus, des lieben Mammons wegen, Kanarienweibchen exportiert werden und damit den Vogelzüchtern jenseits des großen Teiches die Möglichkeit geboten wird, selbst zu züchten, statt zu importieren, daß also in etlichen Jahren eine Einfuhr aus Deutschland gänzlich in Wegfall kommt. Durch die Schmälerung der Einnahmen der deutschen Züchter würde auch deren Leistungsfähigkeit vermindert. Das gelbe Fieber. Warum? Die Amerikaner ziehen — wie auch die übrigen Ausländer — rein goldgelbe Kanarienvögel vor, gegen bunte Kanarien, die grün oder grau neben gelb gezeichnet sind, haben sie eine gewisse Animosität, ein Vorurteil. Dabei sind gerade die sogenannten „bunten" Kanarien weitaus die besten Sänger. Die deutschen Züchter verlangen alles Ernstes ein Verbot der Ausfuhr von Kanarienweibchen aus Deutschland.

Die gestrige Ausstellung des Kanarienzüchter- und Vogelschutzvereins Magdeburg-N. konnte einen vollen Erfolg buchen, rein züchterisch sowohl als an Reichhaltigkeit des Materials. 32 Kollektionen waren angefahren, mit edelsten Tierchen. Rein weiße Kanarier, die ebenso selten wie teuer sind, waren vertreten, überall zwitscherte es in allen Tönen, dort ein rassiger „Roller", neben ihm, einer Lerche gleich, ein junger Kanarienhahn — überall freudiges Leben, das sich auf die Besucher übertrug. Dann aber gab es eine Sensation: das Ehrenmitglied Krüger (Halle) war mit seinen liedersingenden Kanarien zur Ausstellung erschienen. In einem halbdunklen Raum setzt er seine Sänger, pfeift ihnen was vor, und bald sind sie „im Bilde", richtiger in der Melodie. Der eine Piepmatz neigt zur Operette, aus dem Bettelstudent singt er „schmalzvoll": „Denn ich hab' sie ja nur auf die Schulter geküßt," der andre ist noch lebensfroher: „So leben wir" klingt's weich aus seiner Kehle, ein andrer bringt die Posthornsignale aus der „Post im Walde" vorzüglich heraus, mitunter schmettern alle drei zugleich ihre Lieder in den Raum. Beinahe ein Jahr Arbeit voll Geduld und Ausdauer braucht es, bis solch Kanarienhahn Volkslieder singt, er nimmt nicht so schnell an wie ein Papagei, Star oder Dompfaff. Dafür ist der Schmelz seines Gesanges ungemein schöner, edler, weicher.

Von den vielen Preisen seien nur die besten erwähnt: Der große goldene Medaille erhielt der Goldleistenkanarienhahn

Zähle, die kleine goldene Medaille der Maler Richter, die große silberne Medaille der Bäcker Tellert, den Wanderpreis gewann zum zweitenmal der Schlosser Sandreder, eine silberne Medaille der Samenhändler Zirnen, ferner gab es fünf erste Zuchtpreise und drei erste Preise in der Konkurrenzklasse. — Bei der Preisverteilung kam mancher zu einem Vogel, der vorher ganz bestimmt beleidigt gewesen wäre, hätte man ihm gesagt: „Du hast ja 'nen Vogel.“ —

Zum amtlichen Sanitätsdienst zugelassen

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat an die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten folgende Verfügung erlassen:

Betrifft: Zulassung des Arbeiter-Samariterbundes zur Unterstützung des amtlichen Sanitätsdienstes.

Die auf meinen Erlaß vom 28. Dezember 1925 — I. M. II. [illegible] eingegangenen Stimmen haben erkennen, daß der Arbeiter-Samariterbund auf dem Gebiete der freien Wohlfahrtspflege, insbesondere auch auf dem der ersten Hilfe bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen, [illegible] eine gemeinnützige Tätigkeit entfaltet hat. Es besteht daher kein Anlaß, seine Mitglieder, soweit sie [illegible] ausgebildet sind, grundsätzlich [illegible] auszuschließen.

[illegible]

gez. Hirtsiefer.

[illegible]

Rettungsdienst im Jahre 1926

[illegible]

Der [illegible] wurde am [illegible] 1926 [illegible] ausgegeben. [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

— [illegible] Samariter [illegible]. [illegible]

— [illegible]

— [illegible]

— [illegible]

lesende Auge. Dagegen die vorzüglichen, wie Schlagwörter anmutenden, wirksamen, einfachen Entwürfe. In wenigen, aber auffällig hervortretenden Zeilen ein Titelblatt, das unbedingt ins Auge fallen muß, sich im Gedanken festheftet. Leicht und übersichtlich geordnet, Ruhepunkte für das Auge bietet, die Schrift klar hervortreten läßt. Es ist erfreulich, daß die Jury gerade diese Entwürfe mit Preisen krönte und dadurch erkennen läßt, daß nicht die Verkürzung reichen Textes in engmaschigen Zeilen, sondern die Schlagkraft der einzelnen, stichflammenartig in freien Raum gesetzte Wörter ein vollendetes graphisches Bild geben und damit die gewollte Wirkung erreicht wird. Zweifellos bot die Ausstellung dem Graphiker wie dem Reklamefachmann eine Fülle von Anregungen. —

— **Verein der Freidenker für Feuerbestattung.** Heute Montag abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Rückefeld und abends 8 Uhr Funktionärsitzung im gleichen Lokal. — Donnerstag abend 8 Uhr Generalversammlung in der Halle der Freireligiösen Gemeinde, Marstallstraße 1. Redner August Kahl (Hamburg) wird Lichtbilder über „Weltschöpfung und Weltuntergang“ vorführen. —

Das neue Silbergeld!

Im Reichsfinanzministerium zeigt man jetzt die Entwürfe des Preisausschreibens, das der Staat zur Ausgestaltung des Silbergeldes für den Wettbewerb unter der Künstlerschaft ausgeschrieben hat. Man plant neue Fünfmarkstücke und Münzen im Werte von 1, 2 und 3 Mark. Den ersten Preis errang der Bildhauer [illegible] aus [illegible] in Bayern, dessen Entwürfe wir im Bilde zeigen. In äußerst geschmackvoller Aufteilung der Fläche hat es der Künstler verstanden, Schrift, Adler und Wertziffer in harmonischer Weise zusammenzufügen. —

— **Umtausch der Ablösungsanleihe in neue Reichsanleihe.** In parlamentarischen Kreisen spricht man von einem Plane des Reichsfinanzministeriums, wonach den Anleihealtbesitzern die Möglichkeit gegeben werden soll, die Ablösungsanleihe, die sie für ihren alten Anleihebesitz erhielten, wieder in ein neues Reichsanleihepapier umzutauschen. Das Umtauschverhältnis soll so gedacht sein, daß auf je 1000 Mark alte 125 Mark neue Reichsanleihe entfallen. [illegible] 30 Jahren [illegible] 4,5 Prozent [illegible] fortlaufenden Zins [illegible] 5, von 4 und von 3½ Prozent [illegible] zu erfahren. [illegible] Der wesentliche Unterschied zwischen der gegenwärtig geltenden gesetzlichen Regelung und dem neuen Plane scheint darin zu bestehen, daß das geltende Gesetz eine rasche Tilgung erstrebt, wogegen der neue Gedanke eine fortdauernde Verzinsung gewähren will. [illegible] 225 Millionen jährlich erforderlich. [illegible] 25 Millionen [illegible] 225 Millionen [illegible] Tilgung enthalten, und außerdem kommt noch der Aufwand für die Vorzugsrenten hinzu, die unmöglich aufgehoben werden können. —

— **Das Ergebnis des Funkbastelwettbewerbs.** Im Rahmen der Funkausstellung des Funktechnischen Vereins Magdeburg in der Maschinenbauschule sind eine große Anzahl von Apparaten ausgestellt, die von Funkfreunden gebastelt worden sind und die von einem Preisgericht auf ihre Leistungsfähigkeit insbesondere auf die Zweckmäßigkeit der Anordnung und Leitungsführung, auf Selektivität, das heißt die Fähigkeit, dicht nebeneinanderliegende Wellenlängen einwandfrei voneinander scheiden zu können, und auf Sauberkeit geprüft worden sind. Die Begutachtung der Empfangsanlagen war nicht ganz einfach und nahm wesentlich mehr Zeit in Anspruch, als ursprünglich vorgesehen war. So ist die endgültige Entscheidung erst am Mittwoch abend gefallen. Den Ehrenpreis des Funktechnischen Vereins Berlin und das Diplom dieses Vereins erhielt der [illegible]. Der erste Vorsitzende des Funktechnischen Vereins Magdeburg für die von ihm ausgestellten beiden Sender und seine Empfangsapparate. Den Ehrenpreis des Funktechnischen Vereins Magdeburg und das Diplom der Stadt Magdeburg erhielt die Arbeit von Hermann Scholl. Dem Trommel-Empfänger von Otto Horn, der fast ausschließlich aus selbsthergestellten Einzelteilen gefertigt ist und ein hervorragendes Erzeugnis der Bastelarbeit darstellt, wurde der 1. Preis, ein Diplom der Stadt Magdeburg, zugesprochen. Ein Detektorapparat von Adolf [illegible], konnte mit der gleichen Auszeichnung bedacht werden. Die beiden 2. Preise und je ein Diplom des Funktechnischen Vereins erhielten G. [illegible] und Adam. Das Gerät von Werner [illegible] und von [illegible] erhielten den 3. Preis und je ein Diplom des Funktechnischen Vereins Magdeburg. Für einen kleinen Reiseempfänger mit Doppelgitterröhre und ein Rückkopplungsgerät wurde [illegible] der 4. Preis und ein Diplom der Stadt Magdeburg zuerkannt. Ebenfalls ein 4. Preis und ein Diplom des Funktechnischen Vereins Magdeburg konnte Willi [illegible] erteilt werden. Für ein Gerät gleicher Konstruktion erhielten E. Wolf ein Diplom der Stadt Magdeburg, Kurt Schumann, Otto Richter und Gensecke je ein Diplom des Funktechnischen Vereins Magdeburg. Der Funktechnische Verein Magdeburg kann mit dem Ergebnis des Wettbewerbs zufrieden sein. Die Funkausstellung erfreute sich in den letzten Tagen eines überaus lebhaften Besuchs. Viele Tausende haben die Gelegenheit wahrgenommen, gerade jetzt vor Weihnachten die neuen Errungenschaften auf dem Gebiet des Radio sich vorführen zu lassen. Am Sonntag abend schließt die erste Magdeburger Funkausstellung ihre Pforten. Am Sonnabend ist von 9 bis 2 und 4 bis 9 und Sonntag ununterbrochen von 9 bis 9 Uhr noch Gelegenheit, die interessante Schau zu besuchen. —

Sozialdemokratische Partei

[illegible]

[illegible] am Sonntag den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im „[illegible] Hof“.

[illegible] am Freitag den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im „[illegible]“.

[illegible] am Sonntag den 19. Dezember, nachmittags 7 Uhr, im [illegible].

[illegible] am 10., 12., 16., 17., 19., 22. und 26. Dezember, abends 8 Uhr, im Wilhelm-Theater zur Aufführung. [illegible] Sozialdemokratischen Partei in der Geschäftsstelle der Magdeburger Volksstimme, Berliner Straße 19 (Wilhelm-Theater), erhältlich.

[illegible] Am Donnerstag, abends 8 Uhr Frauenabend im „[illegible]“.

— **Verhütung von Luftfahrtunfällen.** Zur Verhütung der in der letzten Zeit vermehrt aufgetretenen Unfälle im Luftfahrtverkehr weisen der preußische Handelsminister und der preußische Minister des Innern in einem gemeinsamen Runderlaß darauf hin, daß bei der Benutzung von Landeplätzen, soweit sie nicht gemäß § 7 des Luftverkehrsgesetzes allgemein genehmigt sind, zu berücksichtigen ist, daß die Ausmaße der betreffenden Plätze den Flugeigenschaften der verwendeten Luftfahrzeuge wie den Fähigkeiten der beteiligten Flugzeugführer entsprechen müssen, ferner, daß die Umgebung des Platzes und die Lage der Zuschauerplätze besonderer Beachtung bedürfen. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst“ weiter dem Erlaß entnimmt, wird eine schärfere Ueberwachung der Vorbereitungen der Veranstalter und der Disziplin der Flugzeugführer und des Startpersonals als erforderlich bezeichnet. Besonders ist jedes leichtsinnige Fliegen, vor allem in geringer Höhe oder über Zuschauern unter allen Umständen zu verhindern. Bei besonders schweren Verstößen kann beim Handelsministerium Einziehung des Luftfahrerscheins für den betreffenden Flugzeugführer beantragt werden. Ferner zeigen die Unfallmeldungen, daß die Zahl der Unfälle bei ältern Flugzeugführern größer ist als bei den Jungfliegern, obwohl das Verhältnis umgekehrt sein müßte. Eine schärfere Beobachtung der Eignung dieser Flugzeugführer wird als geboten erachtet. —

— **Das Schulgeld ist fällig.** Die Zahlung des Schulgeldes für die städtischen höhern Lehranstalten muß bis zum 17. Dezember an die Schulkasse unter Vorlegung des Schulgeldhebezettels erfolgt sein. Für die Mittel- und Volksschulen (letztere nur für auswärtige Schüler) muß bis zum gleichen Tage das Schulgeld an die Schulleiter abgeführt werden. Vom 18. bis 22. Dezember ist die Schulkasse geschlossen. Vom 23. Dezember an werden Zahlungen wieder angenommen, jedoch müssen von diesem Tage an die Verzugszuschläge entrichtet werden. Die angegebenen Tage der Schließung der Schulkassen sind unbedingt innezuhalten, da diese Zeit für Revisionen und andre notwendige Arbeiten gebraucht wird. Einzahlungen auf Postscheck und in der Stadtbank werden hiervon nicht berührt. —

— **Zirkus Straßburger,** dessen Gastspiel am 1. Weihnachtsfeiertage in Magdeburg beginnt, wird im Zirkus-Blumenfeld-Gebäude ein Programm von außerordentlicher Großzügigkeit darbieten. Unter anderm wird der gesamte Bestand an kostbaren Rassepferden der beiden Straßburgerschen Unternehmungen vorgeführt werden. Volkstümliche Preise sollen jedem den Besuch möglich machen. —

— **Magdeburg als Kongreßstadt.** Am 11., 12. und 13. August 1927 wird in Magdeburg der 6. Astrologen-Kongreß vom Statistischen Zentralamt der Astrologie München veranstaltet. Die Vorarbeiten für diesen Kongreß hat die astrologische Gesellschaft Magdeburg übernommen. —

× **Schaufensterdiebe an der Arbeit.** Gestohlen wurden in der Nacht zum 28. November aus einem Schaufenster durch Zertrümmerung der Seitenscheibe in der Lübecker Straße eine Berko-Lichtanlage für Fahrräder, eine Bulli-Lichtanlage für Fahrräder, zwei Karbidlaternen, Marke Riemann u. Presto, sechs Batterien, zehn Schachteln Grammophonnadeln, fünf Flaschen Fahrradöl, ein federnder Fahrradlaternenhalter, drei Dosen Fahrradlack, vier Schraubenzieher, ein Rennsattel, zwei Kalliereplatten und acht Stück beschädigte, drei Bekarlatter und zwei Fahrradlaternen mit Batterien. —

× **Gestohlen** wurde am 2. Dezember gegen 5 Uhr nachmittags vor dem Grundstück Alt-Salbke 5 ein Herrenfahrrad, Marke Badenia, Nr. unbekannt, schwarzer Rahmenbau, gelbe Felgen, gerade Lenkstange, Doppelfedersattel Marke Richter A.-G., am Hinterrad ein Gepäckständer, die Glocke mit Firmenschild Lampe u. Drescher, elektrische Batterielampe Ura; am 2. Dezember sind aus einer verschlossenen Bodenkammer Askanischer Platz 2 folgende Sachen gestohlen: eine Kelimdecke, eine Gobelindecke, ein Seidenkissen, ein [illegible]. Sachdienliche Mitteilungen über die Täter und den Verbleib der gestohlenen Sachen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 261 oder 268. —

× **Vermißt** wird seit 29. November der Schlosser Hans Simmlein, am 24. Dezember 1895 in Saarbrücken geboren, Sternbrücke 23 wohnhaft gewesen. Er ist etwa 1,68 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, längliches Gesicht, hohe Stirn, braune Augen, lange Nase, vollständige Zähne, an der Innenseite beider Arme Tätowierungen, Narbe an der rechten Nasenspitze, von einer Schußverletzung herrührend, Operationsnarbe an der rechten Bauchseite. Er spricht rheinische Mundart. Bekleidet ist er mit schwarzem Rock und Weste und braungestreifter Hose, trägt grauen Filzhut und braune hohe Schnürschuhe, unterzogene Windjacke, Trikothemd, Unterhose und grauem Wollschal. Mitteilungen über den Verbleib des Vermißten erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 265. —

— **Die Feuerwehr am Sonntag.** In der Hallischen Straße, Ecke Schönebecker Straße, war am Sonntag vormittag durch Funken aus einer fehlerhaften Herzanlage die Bretterwand der dort befindlichen Milchkuranlage in Brand geraten. Beim Eintreffen des 10.03 Uhr alarmierten Löschzuges 4 (Buckau) war das Feuer schon gelöscht. — Ein Schornsteinbrand war am Sonntag auf dem Grundstück Alter Markt 25 entstanden. Von einer um 11½ Uhr entsandten Abteilung der Feuerwehr wurde die Gefahr behoben. —

— **Der tägliche Verkehrsunfall.** Der Klavierspieler Willi L., St.-Michael-Straße 25 wohnhaft, wurde in der Nacht zum Montag in der Halberstädter Straße von einem Auto angefahren, schlug hin und erlitt eine schwere Kopfwunde. Der Verletzte wurde dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt. —

— **Genommener Selbstmordversuch.** Der Schlosser Gustav H., Neustädter Straße 16 wohnhaft, schnitt sich am Sonntag in geistiger Umnachtung die Pulsadern durch, brachte sich einen Stich in die Brust bei und sprang dann von dem dritten Obergeschoß in dem Lichtschacht hinab und durchschlug das Oberlichtfenster. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Lebensmüde in bedenklichem Zustand dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Das Gesicht des unbekannten Soldaten gelangt am 10., 12., 16., 17., 19., 23. und 26. Dezember, abends [illegible] Uhr im „Wilhelm-Theater“ zur Aufführung. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen sind für die Mitglieder des Reichsbanners in der Geschäftsstelle der Magdeburger Volksstimme, Berliner Straße 19 (Wilhelm-Theater) erhältlich.

[illegible] Magdeburg. Dienstag vollzählige [illegible] Mittwoch [illegible] um 2 und 2 [illegible] Uhr bei [illegible].

Abteilung Neue Neustadt. Am Mittwoch den 8 Dezember, abends [illegible] Uhr, Jugendversammlung im „[illegible]“. [illegible]

Theater, Konzerte, Vorträge usw.

[illegible]

Die Kommunalarbeit der Partei

Bezirksausschuß für Kommunalpolitik

Der Kommunalausschuß der Bezirksorganisation der Partei hielt am Sonnabend in Magdeburg gemeinsam mit dem Vorstand der Vereinigung leitender sozialdemokratischer Verwaltungsbeamter für die Provinz Sachsen und Anhalt eine Sitzung ab, in der die Zusammenarbeit der beiden kommunalpolitischen Stellen eingehend besprochen wurde.

Bezirkssekretär Genosse Ferl berichtete über den Stand der kommunalpolitischen Arbeit im Bezirk, über unsre Einflußnahme im Verband der preußischen Landgemeinden, über die Bildung eines Kommunalausschusses für die Provinz und schilderte den Verlauf und die Arbeiten auf den Konferenzen unsrer kommunalpolitischen Vertreter in den Unterbezirken. Diese Tagungen sind ausgezeichnet besucht und die Referate und Diskussionen sind von hervorragender Beschaffenheit. So konnte überall gute, sachliche Arbeit geleistet werden. In den Kreisen, wo Kommunalvertreter-Konferenzen noch nicht getagt haben, werden sie noch abgehalten werden. Erfreulicherweise ist überall ein lebhaftes Interesse unsrer Vertreter an kommunalpolitischer Arbeit festzustellen.

Der Bezirksausschuß wird sich nächstens mit den wichtigen Fragen der Verwaltungsreform und des Finanzausgleichs beschäftigen. Es wurde beschlossen, eine

Bezirkskonferenz der Kommunalvertreter am 20. März

abzuhalten.

Oberbürgermeister Genosse Weber machte dann Vorschläge für die Zusammenarbeit der Vereinigung der Verwaltungsbeamten mit dem Kommunalausschuß. Die Arbeiten des Ausschusses sollen von den Mitgliedern der Vereinigung nach Kräften unterstützt werden. Es ist dazu beabsichtigt, das kommunalpolitische Arbeitsfeld in Fachgebiete aufzuteilen, für die Sachberater aus der Vereinigung bestimmt werden.

Vorläufig kommen zwölf Fachgebiete in Frage: 1. Kommunales Verfassungs- und Beamtenrecht, Aufsichtsrecht; 2. Polizeirecht; 3. Finanzen, Steuern, Kassenwesen; 4. Kommunale Werke und Anstalten, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Straßenbahn, Marktwesen, Badeanstalt, Straßen-, Kanal- und Fuhrwesen, Friedhöfe, Forsten, Güter usw.; 5. Bauwesen (Hoch- und Tiefbau); 6. Schulwesen (höhere, mittlere, Volks- und Fachschulen); 7. Theater, Museen; 8. Wohlfahrtswesen; 9. Wohnungs- und Siedlungswesen (technisch und rechtlich); 10. Arbeitsrecht (Arbeitsnachweis, Arbeitsgericht); 11. Politisches Dezernat (einschließlich Personaldezernat); 12. Zivilrecht (Erbbaurecht, Lieferungsverträge). Diese Einteilung wäre noch zu ergänzen durch besondere für die Landgemeinden und Kreise notwendigen Aufgabengebiete.

Der Geschäftsführer des Kommunalpolitischen Ausschusses, Genosse Crummenerl, schilderte dann die Maßnahmen zur Schulung und Fortbildung der Kommunalvertreter, die

Notwendigkeit des Erfahrungsaustauschs

auf kommunalpolitischem Gebiet und die Schaffung einheitlicher Richtlinien für unsre kommunalpolitische Arbeit, besonders für die der Landgemeindevertreter.

An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Landrat Poß (Calbe), Stadtrat Wittmaack (Magdeburg), Stadtrat Stollberg (Burg), Landrat Gebhardt (Burg) und Kreisdirektor Günther (Bernburg). Betont wurde, daß die leitenden Verwaltungsbeamten mit den Parteifinanzen enge Fühlungnahme pflegen und ihre Erfahrungen der Partei dienstbar machen werden. Es sollen nötigenfalls Fachausschüsse zur Klärung strittiger kommunalpolitischer Fragen eingesetzt werden.

Der Kommunalpolitische Ausschuß soll seine Hauptarbeit für die Landgemeinden zur Verfügung stellen, denn diese bedürfen in erster Linie der Hilfe. Kommunalpolitische Konferenzen werden in den Unterbezirken nur halbjährlich stattfinden können. Erwogen soll werden, ob in den Kreisen vierteljährlich wenigstens Zusammenkünfte der parteigenössischen Gemeindevorsteher abgehalten werden können, auf denen z. B. das Material des Kommunalpolitischen Ausschusses, des Preußischen Landgemeinde-Verbandes und des Landkreistags besprochen, eine Klärung von Meinungsverschiedenheiten erfolgen und eine einheitliche Linie zu bestimmten kommunalpolitischen Aufgaben festgelegt werden kann.

Der Entwurf einer Mustergeschäftsordnung für Stadtverordneten-Versammlungen, wie ihn die Kommissionen des Städtetags herausgegeben hat, wurde kritisiert. Die Einwendungen gegen die Entwurfsbestimmungen sollen unsern Vertretern in den Stadtparlamenten zur Versendung bei Beratung der Geschäftsordnung zugehen.

Dem Bezirksvorstand wird vom Kommunalpolitischen Ausschuß einstimmig Genosse Crummenerl zur Anstellung als kommunalpolitischer Sekretär empfohlen werden.

Zum Schlusse der Tagung des Bezirks-Kommunalausschusses konnte Genosse Ferl feststellen, daß Einmütigkeit in der Auffassung über die Maßnahmen zur Vertiefung und Zusammenfassung kommunalpolitischer Arbeit im Bezirk besteht. —

*

In allen Unterbezirken werden jetzt Konferenzen für unsre kommunalpolitischen Vertreter in Stadt und Land abgehalten. Sonntag für Sonntag kommen unsre Gemeindevorsteher, Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordnete, Bürgermeister und Stadtverordnete zusammen, um sich über kommunalpolitische Dinge auszusprechen und Richtlinien für eine einheitliche kommunalpolitische Tätigkeit festzulegen.

In Stendal

Am vorigen Sonntag tagte solche Konferenz für die Unterbezirke Stendal-Osterburg in Stendal. Ueber die Kommunalpolitik in den Landgemeinden und Kreisen sprach Gemeindevorsteher Genosse Schrader (Eichenbarleben). Seine Darlegungen haben wir bereits im Bericht über die Konferenz in Tebisfelde veröffentlicht.

Ueber die Politik in den städtischen Körperschaften referierte dann Bürgermeister Genosse Strobel (Calbe). Er wandte sich vor allem dagegen, daß in die Steuerverhältnisse der Gemeinden von allen möglichen Stellen hineingeredet wird. Dadurch ist die Finanzierung der Aufgaben der Kommunen so überaus schwierig. Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer tun alles, um die Steuerschen der Besitzenden noch zu vertiefen. Dazu kommt der Einspruch der Aufsichtsbehörden. So sind neuerlich unterschiedliche Belastungen der verschiedenen Berufsschichten unausbleiblich. Die Gewerbesteuer ist erheblich mehr geneigt als die Grundvermögensteuer. Gerade der Grundbesitz versteht es, sich von den Steuern zu drücken.

Sachwerte haben die Gemeinden früher für sich nicht geschaffen zum großen Schaden für ihre jetzigen Finanzen, denn nun heben sie keine Einnahmequellen. Früher war eben die Politik der kommunalen Körperschaften unerhört kurzsichtig. Die Bürgerlichen, die in den Städten die Macht haben, trieben keine Politik für die Gemeinde und die Allgemeinheit, sondern für die herrschenden Bürgerkreise.

Jetzt schimpfen die Gewerbetreibenden über hohe Steuern, haben aber nicht den Mut, zu ihrer Entlastung

für die stärkere Belastung der Grundbesitzer

zusammen mit den Sozialdemokraten einzutreten.

Die Einnahmen, die Steuern in den Gemeinden sind zurückgegangen, aber die Ausgaben sind gestiegen, besonders die Wohlfahrts- und Schullasten. In den Agrargemeinden aber hat man auch jetzt noch wenig übrig für die Schule. Unerhört ist die Steuerermäßigung für die Besitzenden durch das Reich. Dadurch werden die Gemeinden geschädigt, ohne daß sie es verhindern können. Außerdem wollen auch die Agrarier und Gewerbetreibenden noch die Zuschläge herabsetzen, weil sie meinen, was das Reich kann, müssen auch die Gemeinden können. Wo sollen die Gemeinden bei solcher verantwortungslosen Wirtschaft hinkommen! Schon jetzt können die Gemeinden über 80 Prozent ihres Etats nicht frei entscheiden.

Beim Steuerabbau arbeiten die bürgerlichen Vertreter sehr schnell und große Ungerechtigkeiten kommen bei den Steuerniederschlagungen heraus. Diese Steuererlassungen kommen nämlich Leuten zugute, die an den Waren viel Geld verdienten, aber sehr vorsichtig mit den Steuervorauszahlungen waren. Große Summen gehen den Gemeinden so verloren und kommen nicht der Allgemeinheit, sondern gerade solchen Leuten zugute, die diese Steuern mit Leichtigkeit zahlen können. Gerechter wäre es schon gewesen, die Zuschläge ganz allgemein herabzusetzen, als sie einigen gutsituierten Leuten an den Hals zu werfen. Den Großen schenkte man das Geld, das sie zahlen mußten, die Kleinen aber bekamen nichts zurück. Wer sich vorsichtig eingeschätzt hat, bekommt also noch eine Belohnung dafür.

Diese Zustände sind unerhört.

Wenn die Wirtschaft sagt, die Gemeinden arbeiten zu teuer, es muß abgebaut werden, dann sollten sie erst einmal bei sich selbst Ordnung schaffen und die vielen Direktoren und ihre ungeheuern Gehalte abbauen.

Im nächsten Jahre werden wir uns bei den steigenden Lasten der Gemeinden nicht mit Steuerabbau, sondern mit Steuererhöhungen beschäftigen müssen, wenn die Städte finanziell nicht zusammenbrechen sollen. Jetzt wird schon in vielen Gemeinden so gut wie gar nichts mehr bewilligt. Wo soll das hinführen!

Da wird immer viel von Arbeitsbeschaffung durch Reich, Staat und Gemeinden geredet. Wenn aber Projekte auftauchen und durchgeführt werden sollen, dann streiten sich die Instanzen umher, wer die Kosten tragen soll. Der Bureaukratismus hindert jede Arbeitsbeschaffung; er muß endlich verschwinden. Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende haben ein brennendes Interesse daran, daß Arbeit und Verdienst geschaffen und die Kaufkraft der Massen erhöht wird.

Wenn Vernunft und praktischer Sinn herrschen würden, wie wir das in der Kommunalpolitik verlangen, dann könnte viel mehr erreicht werden für die Bevölkerung.

Für den Landarbeiter-Wohnungsbau sind Mittel zur Verfügung gestellt worden, aber kein Landwirt hat einen Antrag gestellt zum verbilligten Bau von Arbeiterwohnungen. Und dann wundern sich die Agrarier, daß sie keine einheimischen Arbeitskräfte bekommen.

Ueber eine Verwaltungsreform wird viel geredet, aber getan wird nichts. So viel Unverstand ist noch in der Verwaltung vorhanden und so viel unnütze Arbeit wird noch geleistet. Den Gemeinden wird die vernünftige, praktische Arbeit einfach durch die obern Instanzen verleidet.

Die Verwaltungsreform

muß deshalb von oben kommen. Abbau der verknöcherten Beamten tut not. Die Kleinstaaterei muß verschwinden. In der

Demokratisierung der Verwaltung

können wir gar nicht rigoros genug vorgehen. Wir sollten keine Rücksicht auf andre nehmen, denn sie nehmen ja auch nicht auf uns Rücksicht.

Wir müssen aber unablässig daran arbeiten, die Massen zur Demokratie zu erziehen. Das ist gerade in den Gemeinden nötig. Darum müssen wir uns viel mehr mit Gemeindeangelegenheiten beschäftigen. In Parteiversammlungen müssen wir zu kommunalpolitischen Fragen Stellung nehmen. Wir müssen auch unsre Kommunalarbeit bei den Einwohnern in das rechte Licht rücken. Wir müssen der Oeffentlichkeit sagen, was die bürgerliche Mehrheit unterlassen und falsch gemacht hat und was wir mit der sozialdemokratischen Mehrheit in den Gemeinden erreicht haben.

Die Konferenz, die sehr stark besucht war, nahm in einer ausgedehnten, anregenden Debatte eingehend Stellung zu den Ausführungen der Redner. Die Diskussion stand auf einer außerordentlichen Höhe und bewies, daß unsre Genossen in der Kommunalpolitik ihren Mann stehen. Alle Genossen begrüßten die Abhaltung von Kommunalkonferenzen und wünschten deren regelmäßige Wiederholung. Es sprachen die Genossen Gose, Trumpf, Eckern, Treumann, Maschke, Hinze, Müller, Crummenerl und Genossin Straube. Genosse Hallmann schloß die gut verlaufene Konferenz mit der Aufforderung, das Gehörte im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu verwenden.

In den kommunalpolitischen Unterbezirksausschuß für Stendal-Osterburg wurden gewählt die Genossen Gose (Seehausen), Herms (Goldbeck), Trumpf (Stendal), Saage (Tangermünde) und Ebeling (Wahrburg).

In Wolmirstedt

Diesen Sonntag fanden im Kreise Wolmirstedt zwei Konferenzen statt, und zwar in Wolmirstedt und Irxleben. Es nahmen daran über 100 Kommunalvertreter teil.

In Wolmirstedt leitete Unterbezirksvorsitzender Genosse Dobberkau (Meitzendorf) die Konferenz. Parteisekretär Genosse Bernick sprach über den Verband der preußischen Landgemeinden und forderte die Gemeindevorsteher und -vertreter auf, dafür zu sorgen, daß alle Gemeinden diesem Verband beitreten. Der Verband darf nicht im reaktionären Fahrwasser bleiben und in deutschnationalem Sinne die kommunalen Fragen behandeln. Wir müssen hinein in den Landgemeindeverband und dort mitarbeiten, um größern Einfluß zu gewinnen und den Verband zu reformieren.

Ueber Steuerfragen und Erwerbslosigkeit hielt dann Genosse Schrader (Eichenbarleben) ein interessantes Referat. Er betonte: die politische Macht sitzt in den Rathäusern, in den Gemeindevertretungen. In den Landgemeinden bringt die Gewerbesteuer so gut wie keine Mittel, da muß die Grundvermögensteuer die Haupteinnahmequelle bilden. Mit Hilfe des Dekrarmausgesetzes von 1906 muß sie gemildert werden, um den leistungsfähigen Grundbesitz stärker zur Gemeindefinanzierung heranzuziehen. Der Grundbesitz darf gegenüber dem Hausbesitz nicht geschont werden.

Jetzt wird eine unsinnige Steuerpolitik betrieben: die niedrigen Besitzbelastungen werden noch abgebaut, die hohen Massenbelastungen bleiben. An interessantem statistischem Material bewies der Referent diese steuerliche Ungerechtigkeit. Aehnlich bekommen auch die großen Gewerbetreibenden Steuernachlaß, die kleinen aber müssen bezahlen und sind die Dummen.

Eingehend schilderte dann Genosse Schrader die Erwerbslosenfürsorge und die Verordnung über die Krisenfürsorge, kritisierte die Bestimmungen über Bedürftigkeit, Kriegsfolge, Arbeitswilligkeit und -fähigkeit und betonte, daß die Bedürftigkeitsfrage sehr weit ausgelegt werden muß und kann, wenn man sich mit Recht auf das Kammergerichtsurteil beruft, das eine Lehrerin mit 180 Mark Monatseinkommen als minderbemittelt ansieht. Wer Erwerbslosenbeiträge zahlt, muß auch im Falle der Erwerbslosigkeit unterstützt werden. Das ist nicht mehr als recht und billig. Aber leider werden vielfach Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen unsozial und bureaukratisch ausgelegt. Ja die Auslegungen sind oft so unsinnig, daß man sich fragen muß, wie es möglich ist, daß man so schikanös und hart vorgehen kann.

Wenn wir praktische Arbeit leisten wollen, müssen wir uns auch gegen die unsinnigen, undurchführbaren Agitationsanträge der Kommunisten mit aller Entschiedenheit wenden. Ueber gesetzliche Bestimmungen können wir uns nicht hinwegsetzen, aber wir wollen sie sozial und modern, nicht bureaukratisch auslegen.

Ueber die

Wohlfahrtspflege in den Landgemeinden

sprach dann Genosse Kempf (Wanzleben). Er gab einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der Wohlfahrtspflege sowie über den Aufbau und die Leistungen der Fürsorge. Früher wurden Almosen gegeben, heute entwickelt sich die Fürsorge immer mehr zu einem gesicherten Anspruch auf ausreichende Unterstützung. Wenn auch noch vieles besser werden muß, so ist es doch dem Wirken der Sozialdemokraten gelungen, ganz erhebliche Fortschritte gegen früher im Wohlfahrtswesen zu erzielen. Wir Sozialdemokraten haben erst den Grund zur modernen sozialen Fürsorge gelegt. Zur wirklichen Behebung der Notlage der breiten Schichten des Volkes sind aber bei der Dauerkrisis alle Fürsorgemaßnahmen nur unzureichende Mittel und dienen nur zur Linderung, nicht zur Beseitigung der Notstände.

In der Buntscheckigkeit der Verordnungen und Bestimmungen herrscht im Wohlfahrtswesen noch ein furchtbares Durcheinander, durch das sich kaum ein Fachmann hindurchfindet. Auch die Reichs-Fürsorgepflichtverordnung von 1924 hat noch nicht das gebracht, was wir verlangen müssen, obwohl wir manche Vorteile darin anerkennen. Die weitherzige Auslegung ist aber durch die Pflichtverordnung stark eingeengt. Und auch die Abwälzung der Fürsorgelasten vom Reich auf die Kreise und Gemeinden ist unerträglich.

Der Referent schilderte dann die Aufgaben der Träger der Fürsorge, des Landesfürsorgeverbandes und der Bezirksfürsorgeverbände. In den Kreisen liegt jetzt das Schwergewicht der Wohlfahrtspflege. 70 Prozent der Fürsorgelasten trägt der Kreis, mit 30 Prozent sind die Gemeinden belastet.

Den Ortsausschüssen für Wohlfahrtspflege

in den Gemeinden ist die größte Beachtung zu schenken. Leute mit sozialem Verständnis gehören da hinein. Dort werden die Anträge der Hilfsbedürftigen geprüft. Also unsre Genossen müssen hinein in diese Wohlfahrtsausschüsse. In allen Gemeinden müssen solche Ausschüsse eingerichtet werden. Ihre Beschlüsse über die Anträge gehen an die Gemeindevorsteher oder den Bürgermeister, und dieser leitet sie an das Kreiswohlfahrtsamt. Wo solche Ortsausschüsse bestehen, haben sie schon gute und wertvolle Arbeit geleistet.

Eingehend wurden dann noch Art und Umfang der Fürsorge besprochen. Geldquellen müssen erschlossen werden zur Bestreitung der Ausgaben der Wohlfahrtspflege. Kritisiert wurde die Unzulänglichkeit der Richtsätze für Unterstützungen. Ein Bezirksverband zahlt diese, der andre jene Beträge. Zwar ist keine völlige Einheitlichkeit zu erreichen, weil in einer Gegend die Notlage größer ist als anderswo, aber der Lebensunterhalt der Notleidenden muß sichergestellt werden durch ausreichend hohe Richtsätze. Wohl ist die Durchführung der Fürsorge außerordentlich schwierig wegen der Geldknappheit bei den Trägern der Fürsorge, aber es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um ausreichend helfen zu können. Die Bestrebungen der Gegner, die Wohlfahrtspflege abzubauen, müssen mit allen Mitteln bekämpft werden.

Durch Gründung von

Ortsausschüsse der Arbeiterwohlfahrt

müssen wir Einfluß in allen Gemeindeparlamenten und in den Kreisausschüssen gewinnen, um die Wohlfahrtspflege vorwärts zu treiben. Die örtlichen Wohlfahrtsausschüsse müssen sich auch mit den Arbeitsnachweisen in Verbindung setzen, um die Unterstützten baldigst wieder aus der Fürsorge herauszubringen und in das Erwerbsleben zurückzuführen. Wir müssen auch überall die Durchführung der Richtsätze erreichen, damit diese nicht bloß auf dem Papier stehen. Schulung unsrer Genossinnen und Genossen in fürsorgerischer Hinsicht ist nötig. Unsre Pflicht ist es, den notleidenden Menschen zu helfen. Weitherzigste Behandlung der Hilfsbedürftigkeitsfrage ist nötig. Her mit ausreichenden Mitteln für die Wohlfahrt. Kampf gegen Abbau, für Ausbau der sozialen Fürsorge. Das ist das Gebot der Stunde.

In der Aussprache ging Genosse Dobberkau (Meitzendorf) auf die Erwerbslosenfürsorge für Landarbeiter ein. Es ist vorgekommen, daß Landarbeiter, die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge entrichtet haben, als sie ohne Grund entlassen wurden, keine Unterstützung bezieben. Da muß der Verwaltungsausschuß sich mit dieser unterschiedlichen Behandlung der Landarbeiter gegenüber den Industriearbeitern beschäftigen.

Es beteiligten sich ferner an der Aussprache die Genossen Landrat Böttger (Wolmirstedt), Riemann (Kolbitz), Altmann (Jersleben) und Thiele (Wolmirstedt). Es wurde betont, daß nicht nur die Gemeinden, sondern auch der Kreis zur Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere der Wohlfahrtspflege, großer Mittel bedarf. Unsre Gemeindevertreter dürfen auch in den kleinen Landgemeinden nicht ängstlich sein in der Verfechtung ihrer Ansichten und der Vertretung unsrer Anträge; sie müssen auch alles tun, um ihre Kenntnisse zu erweitern.

Parteisekretär Genosse Bernick regte an, daß

Gemeindewähler-Versammlungen

durch unsre Gemeindevertreter in allen Orten einberufen werden, in der örtliche kommunale Fragen besprochen werden müssen, um der Nörgeleien, den unberechtigten Kritiken und Forderungen entgegenzutreten. In solche Versammlung müssen unsre Gemeindevertreter gut informiert über alle Gebiete des kommunalen Lebens hineingehen, nachdem die Sache durch Besprechung mit der örtlichen Parteileitung gut vorbereitet ist. Unsre Gemeindevertreter sind auch Parteifunktionäre, sie müssen sich ständig um die Partei kümmern und für die Partei einsetzen.

Die politischen Machtverhältnisse in den bürgerlich regierten Gemeinden müssen wir bei der nächsten Wahl ändern. Deshalb müssen wir uns in der Kommunalpolitik schulen, auch dort wo wir augenblicklich nicht viel zu sagen haben, damit wir bei gegebener Gelegenheit als verantwortliche Leiter der Gemeinde den kommunalpolitischen Aufgaben gewachsen sind.

In den Gemeinden muß Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden. Das muß durchgeführt werden. So können z. B. in den meisten Gemeinden einige tausend Mark für Straßenverbesserung, für Schulausbesserungen usw. aufgebracht werden. Auch die Straßenreinigung muß in vielen Orten besser werden.

Durch unsre Frauengruppen sind Ortsausschüsse der Arbeiterwohlfahrt zu gründen. Es ist auch Pflicht, aus jedem Orte das Wichtigste über die Gemeindevertreter-Sitzung an die „Volksstimme" zu berichten.

Im Schlußwort wies Genosse Schrader darauf hin, daß durch Auflösung der Gutsbezirke die Gemeinden, die mit Gutsbezirken zusammenliegen, viel mehr die Möglichkeit bekommen würden, notwendige Ausgaben bestreiten zu können. Die Kleinarbeit in den Gemeinden ist jetzt die wichtigste Parteiarbeit. Auch die Kleinbauern gehören zu uns; wir werden sie organisieren und ihre Interessen vertreten.

Genosse Dobberkau schloß die Versammlung mit der Aufforderung, das Gehörte nutzbar zu machen im Interesse der werktätigen Bevölkerung.

Zu Irxleben

Die zweite Versammlung für den Kreis Wolmirstedt in Irxleben war sehr stark besucht; sie wurde vom Genossen Krüssel geleitet. Es sprachen auch hier die Genossen Schrader und Kempf. Genosse Pernid gab praktische Anregungen für Arbeitsbeschaffung in den Landgemeinden und verlangte Erhöhung der Mittel für Unterstützungen. Es nützen keine Reden und keine Klagen, sondern die Dinge müssen angepackt werden. Dann können wir sie auch meistern.

In der Aussprache beteiligten sich die Genossen Kranke (Dahlenwarsleben), König (Ebendorf), König (Irxleben) und Braune (Schnarsleben).

Gerade diese Konferenz zeigte ein besonders lebhaftes Interesse an den kommunalpolitischen Fragen. Es wurde eine ganze Reihe von Anfragen beantwortet. Mit einem wirkungsvollen Schlußwort erreichte die [illegible] Konferenz ihr Ende.

In beiden Konferenzen des Wolmirstedter Kreises wurde ein kommunalpolitischer Unterbezirksausschuß für den Kreis Wolmirstedt in folgender Zusammensetzung gewählt: Bürger (Wolmirstedt), Prog (Rogätz), Schrader (Schnarsleben), Dallmann (Wolmirstedt) und Pfeffer (Ebendorf).

Alle diese drei Konferenzen haben bewiesen, wie dringend die kommunalpolitische Schulung unsrer Kommunalvertreter von diesen selbst gewünscht wird. Sie haben aber auch gezeigt, daß unsre Partei eine große Anzahl eingearbeiteter, in der Kommunalpolitik durchaus erfahrener Männer besitzt. Daß immer mehr und mehr solcher bewährten Kräfte für die Kommunalpolitik und gerade in den Landgemeinden herangebildet werden, ist die Aufgabe, die wir durchführen müssen. —

Nachrichten aus der Provinz

Kreis Wanzleben

Groß-Germersleben. [illegible] am Montag abend 7½ Uhr in den [illegible]. Alle Gemeindevertreter und [illegible] müssen pünktlich erscheinen. — [illegible] am Montag abend 8 Uhr in den [illegible]. [illegible] — Der Wohltätigkeitsabend am Sonntag in den [illegible], veranstaltet von der Arbeiterwohlfahrt, war ein voller Erfolg. [illegible] Genosse Emil Welle [illegible] [illegible] — [illegible] Mittwoch den 8. Dezember, abends 8 Uhr, [illegible] in der Schule Magdeburger Straße [illegible]. —

Eichenbarleben. Die Monatsversammlung unsrer Ortsgruppe findet am Donnerstag den 9. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Reichskrone" Zimmer [illegible] statt. Genosse Porzel spricht über „Das Weltbild des modernen Naturwissenschaftlers" und gibt eine Uebersicht über die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Zeit. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. —

Kreis Jerichow 1 und 2

Gommern. Die Lage des Arbeitsmarktes verschlechtert sich weiter. Die Zahl der Entlassungen übersteigt die Zahl der Einstellungen. Die Arbeitsuchenden im Baugewerbe [illegible] sich in [illegible] Umfang. In der Landwirtschaft ist nach Beendigung der Rübenernte ein Stillstand eingetreten, so daß auch neben den Saisonarbeitern ständige Arbeitskräfte abgebaut werden. Die Nachfrage nach ledigen Arbeitskräften ging ebenfalls wesentlich zurück. In den Steinbrüchen wurden [illegible] [illegible]. Der Arbeitsnachweis in Gommern benötigte für [illegible] 35 ledige Arbeiter von 22 bis 26 Jahren, [illegible]. Auch an [illegible] wurden noch Arbeitskräfte [illegible] und [illegible]. Für Schneider, Schuhmacher und ähnliche Berufsgruppen ist die Beschäftigungsmöglichkeit ungünstig. Im Schlachtungs- und Genußmittelgewerbe fanden einige Einstellungen statt. [illegible] weibliche Arbeitskräfte [illegible]. [illegible] und Dienstmädchen konnten nicht in Stellen gebracht werden. [illegible] in landwirtschaftlichen und Gärtnereien wurden Arbeitnehmer nach Erledigung der notwendigen Arbeiten wegen Mangel an Arbeit entlassen. Erwerbslos waren in der Berichtswoche 141 männliche und 48 weibliche. Erwerbslosenunterstützung bezogen 65 männliche und 11 weibliche. Die Erwerbslosenunterstützungsempfänger verteilen sich auf die Ortschaften: Gommern 31, Loburg 20, Möckern 4, Leitzkau 3, Plötzky 2, Prezien 2, Karith 1, Nedlitz 6, Schweinitz 3, Vehlitz 3. —

Stadtkreis Burg

Parteiversammlung. Am Dienstag abend 8 Uhr findet bei Schrader eine Mitgliederversammlung der Partei statt. Die Genossen werden gebeten, die Frauen mitzubringen. —

Betriebsvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre. Die zu Dienstag in der Aula der Mädchenmittelschule einberufene Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaften findet nicht statt, da der Redner, Oberarzt Dr. med. Weinert (Magdeburg), erkrankt ist. —

Wichtige Besprechung. Heute (Montag) abend 8 Uhr treffen sich die S.P.D.-Mitglieder, die im Schuhmacherverband organisiert sind, zu einer wichtigen Besprechung. Keiner darf fehlen. [illegible] dient als Ausweis. —

Gefunden. Beim letzten Feste des Reichsbanners im „Schützenhaus" ist ein Klemmer gefunden worden. Er ist beim Kameraden Münch, Burgstraße 7e, abzuholen. —

Vom Schöffengericht. Am 18. Juli fand in Leitzkau das Kreisfest des Reichsbanners statt und war infolgedessen die Chaussee Leitzkau—Dannigkow stark belebt. An demselben Tage wollte der Chauffeur F. D. mit dem Motorrad von Leitzkau nach Dannigkow fahren. Auf dem Wege dorthin kamen ihm einige Radfahrer entgegengefahren. D. benutzte entgegen den Vorschriften den Fußgängerweg, wie die Radfahrer. Als D. die Radfahrer passiert hatten, hatten diese gleich das Gefühl, als ob die Fahrt des D. auf dem Fußgängerweg nicht ganz glatt abgehen würde. Was man ahnte, trat auch ein. Die Witwe Fr. fuhr per Rad nach Leitzkau und bemerkte zu spät, daß ihr der Motorradfahrer entgegenkam. Sie wollte noch ausbiegen, aber es war bereits zu spät. Ein Zusammenstoß war die Folge. D. erlitt eine schwere Augenverletzung und Frau Fr. wurden sämtliche Zähne ausgeschlagen. An dem Unfall hatten beide durch falsches Fahren Schuld. Beide wurden wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt. Das Gericht nahm mildernde Umstände an, da beide durch die Verletzungen genug bestraft waren. D. erhielt eine Strafe von 20 Mark und Frau Fr. von 30 Mark. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben

[illegible]leben. Rücksichtsloser Motorradfahrer. Auf der Chaussee von [illegible] nach [illegible] wurde der Metalldreher [illegible] von hier in der Dunkelheit von einem Motorradfahrer mit dem Rad überfahren und schwer verletzt. Ohne sich um den Verletzten weiter zu kümmern, fuhr der rücksichtslose Fahrer weiter. Zwei Stunden lag der Verletzte bei Wind und Regen im Chausseegraben, bis er von einem Passanten gefunden wurde. Die Insassen eines vorüberkommenden Autos übernahmen hilfsbereit die Ueberführung des Verunglückten zum Arzte. Von dort brachte unsre Arbeitersamariterkolonne den Verunglückten in seine Wohnung. Außer Verletzungen am Oberschenkel, an Armen und Kopf hat sich der Verunglückte noch eine Gehirnerschütterung zugezogen. Den Schaden, den der rücksichtslose Motorradfahrer anrichtete, muß wieder die Allgemeinheit tragen, insbesondere die Krankenkasse, zu der auch die Arbeiterschaft zwei Drittel zahlt. Es ist nötig, daß die Polizeibehörden diese Chaussee oft kontrollieren. Es geht nicht an, daß bei dem ständig wachsenden Fußgänger- und Radfahrerverkehr auch noch die Motorfahrer den Fußweg mit benutzen. Wie der gefährliche Weg beweist, wird er auch von Kraftwagen sehr oft befahren. Wie oft sind dadurch schon Menschenleben gefährdet worden. Abhilfe, und zwar sehr bald, muß erfolgen. — Gemeiner Unfug. Wiederum sind von sechs jungen Obstbäumen an der Chaussee nach [illegible] die Kronen abgebrochen. Wie oft müssen diese Bäumchen schon erneuert werden, weil immer wieder derselbe Frevel verübt wird. Vielleicht trägt eine höhere Belohnung dazu bei, diese Vandalen zu fassen, daß sie zur Verantwortung gezogen werden können. —

Althaldensleben. Ein Unglücksfall, der sehr leicht schlimmere Folgen hätte haben können, passierte am Donnerstag in der Neuhaldensleber Straße. Auf den hintereinander gekoppelten [illegible] kamen [illegible], ohne daß der Fuhrmann merkte, daß die spielenden Kinder auf der Wagendeichsel des zweiten Wagens saßen. Ein Knabe [illegible] und einem wurde durch Ueberfahren ein Arm gebrochen, ein anderer kam mit Hautabschürfungen davon. Möge dieser Fall eine Warnung sein für diejenigen Eltern, die nicht, wie man es leider so häufig sieht, gleichgültig dem Treiben der Jugend auf der Straße zusehen. —

Neuhaldensleben. Genosse Friedrich Seitz tot! Im besten Mannesalter von 42 Jahren hat ihn der Tod aus unsren Reihen gerissen. Seine Verdienste in der freien Angestelltenbewegung am Orte sind unumstritten. Mit unermüdlichem Eifer hat der Genosse in der schwersten Zeit als Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten seinen Mann gestanden, und ihm ist es hauptsächlich zu verdanken, daß unsre Ortsgruppe wieder einen Aufstieg erlebte. Die heimtückische Krankheit zwang ihn in den letzten Jahren dazu, von seiner [illegible] Arbeit für die Organisation abzulassen. Er ist nie hervorgetreten, hat darüber [illegible] geleistet. Wir werden diesem stillen, guten Kollegen ein dauerndes Andenken bewahren. — Das Wohltätigkeitskonzert der Arbeiterwohlfahrt erfreute sich eines guten Zuspruchs. Schon im Vorverkauf war durch die dankenswerte Mithilfe der Helferinnen ein großer Teil der Programme umgesetzt. Der Abend selbst wurde ausgefüllt durch Gesangsvorträge des Gemischten- und Männerchors des Arbeitergesangvereins, und der Zither- und Mandolinenabteilung des Musikvereins „Gut Ton". Alle Mitwirkenden gaben ihr Bestes und ernteten reichen Beifall. Ein Solovortrag des Musikfreundes Genossen Kracht fand besonders starken Beifall. Allen Mitwirkenden gebührt der Dank, denn nur durch ihre Mitwirkung ist es gelungen, den Abend so schön auszugestalten, daß alle Anwesenden befriedigt nach Hause gingen. Der Ueberschuß soll zum Besten der Weihnachtsbescherung bedürftiger Volksgenossen Verwendung finden. — Gewerkschaftsführer. Am Mittwoch den 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet eine gemeinsame Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, Betriebsräte und Ortsausschußvertreter statt. In dieser Versammlung hält Genosse Feldmann einen Vortrag über „Die Haftung der Gewerkschaften bei Streiken und Aussperrungen". Die Wichtigkeit dieses Vortrags macht es erforderlich, daß alle Funktionäre erscheinen müssen. — Unbillige Härte. Am 12. November wurde bei der Firma C. E. Carstens der Packer H. auf H. fristlos entlassen, weil er aus Versehen in eine Kiste mit Ausschußware einige Stücke verpackt hatte, die da nicht hineingehören. Die zunächst eingereichte Lohnklage für die Kündigungszeit wurde mit Erfolg durchgeführt und die Firma verurteilt, den Lohn für die Kündigungszeit zu zahlen. Gleichzeitig wurde aber ein Einspruchverfahren auf Grund der §§ 84 bis 87 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingeleitet. Der Arbeiterrat hielt den Einspruch für gerechtfertigt und die Entlassung als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers bedingte Härte. Da eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht zu erzielen war, hatte das Gewerbegericht als arbeitsgerichtliche Spruchkammer über den Einspruch zu entscheiden. Nachdem festgestellt war, daß der Packer bereits seit 1922 bei der Firma Carstens beschäftigt war und bis zu seiner Entlassung keinen Anlaß zu Tadel gegeben hatte, der zur Entlassung führende Fall vielmehr das erste Versehen darstelle, erkannte auch das Gewerbegericht den Einspruch für begründet an und verurteilte die Firma zur Weiterbeschäftigung, im Falle der Ablehnung zur Zahlung von 350 Mark als Entschädigung gemäß § 87 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — Viehmarkt. Am 7. Dezember findet ein Viehmarkt statt. — Die Burgwallbrücke, die vor 2 Wochen zusammengestürzt war, ist wieder hergestellt und für den Fuhrwerksverkehr freigegeben worden. — Offenlegung eines Planes. Der Magistrat gibt bekannt, daß auf Anordnung der Regierung der Plan für den Bau der Hafenbahn, und zwar vorläufig nur von Station 0 bis 9 (das ist vom Bahnkörper der Kleinbahn bis einschließlich zum Acker der Stadt am Klingengraben) wegen Enteignung des Grundeigentums vom 6. bis 13. Dezember auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 13, zur Einsicht ausliegt. Einwendungen gegen den Plan sind beim Magistrat anzubringen. Ueber die etwaigen Einsprüche wird am Dienstag den 14. Dezember, nachmittags 2¼ Uhr, an Ort und Stelle verhandelt. Alle Interessenten sind aufgefordert, ihre Rechte im Termin wahrzunehmen. —

Kreis Calbe

Calbe. Wohltätigkeitsabend. Ein voller Erfolg war der Wohltätigkeitsabend der Arbeiterwohlfahrt. Der große Saal bei Krebs war bis auf den letzten Platz gefüllt und die Besucher setzten sich aus allen Bevölkerungsschichten zusammen. Alle wollten an dem guten Werke mithelfen, die Aermsten der Armen ihr trauriges Dasein auf kurze Zeit vergessen zu machen. Der Arbeitergesangverein Eintracht, der Frauenchor, die Freie Volksbühne sowie die Schlöckersche Kapelle hatten sich in den Dienst der guten Sache gestellt. Jede Nummer des Programms erntete reichen Beifall. Es sei an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich gedankt. — Eine Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehr veranlaßte am Freitag abend gegen 9 Uhr ein auf dem Hofe der Firma Hoffmann u. Ko. in der Bahnhofstraße in Brand geratener kleiner Holzkasten, welcher von hilfsbereiten Nachbarn bereits gelöscht war. Die Entstehung des Brandes ist auf einen Defekt in der Kabelleitung zurückzuführen, durch welchen die Bahnhofstraße in Dunkel gehüllt wurde. Gegen 11 Uhr war die Stromunterbrechung in der Bahnhofstraße wieder behoben. — Kaninchenausstellung. Bei der lokalen Kaninchenschau, welche vom Kaninchenzüchterverein I veranstaltet wurde, waren von 29 Ausstellern 165 Tiere zur Schau gestellt. Darunter waren erstklassige Zuchttiere. Der Züchterfleiß wurde auch gebührend belohnt. Zur Verteilung gelangten 12 Silberpokale, welche vom Kreise gestiftet waren, außerdem 15 Ehrenpreise, 21 erste, 22 zweite und 21 dritte Preise sowie zahlreiche lobende Anerkennungen. —

Eickendorf. In der Gemeindevertreter-Sitzung wurden der Sozialistischen Arbeiterjugend 25 Mark, dem Kaninchenzüchterverein 30 Mark und der evangelischen Frauenhilfe 50 Mark bewilligt. Genosse Theuerkauf kritisierte mit scharfen Worten das Gebahren der Frauenhilfe und ihres Anhangs. Der „unparteiische" Gemeindevorsteher gab sich viel Mühe, die Vorteile und Taten des Vereins aufzuzählen. Unsre Genossen stimmten nur deshalb dem Antrag zu, weil der Arbeiter-Wohlfahrt ebenfalls auch 50 Mark bewilligt wurden. Die K.P.D. hatte [illegible]

Matthias Tedebus, der Wandersmann

Roman von [illegible]

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

„Das Haus zum [illegible], Danke!" [illegible]

[illegible]

[illegible] Kredit, wenn ich hier mit Persönlichkeiten herumlaufe. [illegible] ist bei uns wohlhabenden Männern keine Rolle, he?" —

Alles glückte dem schönen Herrn. Bald fand es im Wagnerschen Hause zu leben, Müller Drenks hatte das Gehalt aus dem [illegible] angetan, auch in diesem Jahre holte dort ein [illegible] — eine Bürgschaftsschuld bei im Werden.

[illegible] und noch dazu einer, der wohl [illegible], dem [illegible] Glauben geschenkt [illegible], erkundigten sich, sagten Vermögen [illegible] Herr Beamulf müßte ihnen das [illegible] ausgegeben werden sollten. [illegible]

[illegible]

„Dies [illegible] der Teuren des Hauses [illegible]."

„[illegible] Herr Beamulf," antwortete Matthias und holte sich [illegible] an.

„[illegible] Sie vielleicht die Güte haben, mich zu melden?"

[illegible] legte sie auf den Tisch.

Matthias, obschon er sich für solche Botendienste nun nicht [illegible], begnügte sich. Es war am Ende [illegible]. Das wollte er nicht dulden. [illegible]

„Ach, da fällt mir eins, das ist sie gar nicht nötig, daß ich mit heraufgehe," rief Beamulf. „Diese Wiederbegegnung — doch etwas peinlich. Sie sind ja, wenn ich mich recht erinnere, Generalbevollmächtigter hier."

„Wenn Sie etwas zu bestellen oder abzugeben haben, ich besorge es schon."

„Ah, bitte sehr!" Damit holte er seine [illegible]tasche hervor, zog langsam die Glacéhandschuhe aus und begann, auf die Glasscheibe des Ladentisches einen Tausendmarkschein neben dem andern hinzubreiten, so daß zuletzt tausend Mark und etliche Zinsen in ihrer ganzen Pracht dalagen.

„Nachzählen? Und bitte ... etwas Quittung."

„O, das freut mich aber, Herr Beamulf," sagte Matthias, „nun ist Frau Clasen ja mit einem Schlag aus aller Besorgnis heraus."

„Für mir sind Besorgnisse überhaupt gänzlich unmotiviert, verehrter Herr!"

Beamulf bekam seine Quittung, Matthias begleitete ihn wie seinen besten Kunden vor die Haustür und machte ihm einen Diener, den der hohe Herr kühl gnädig erwiderte.

Hinterher besah sich Matthias die Visitenkarte. „Mister Harry Beamulf, Direktor der [illegible] Zündholztrust und Präsident des Aufsichtsrats der [illegible] [illegible] „[illegible]" — stand darauf.

Junge, Junge, meinte Matthias. Aber [illegible], das Geld ist da.

Er raffte die Scheine zusammen und sprang wie ein [illegible] Kind die Treppe hinauf.

„Das Geld, Frau Clasen! Von Beamulf! Das volle Geld! Dafür soll ihm viel vergeben sein, nicht wahr?" —

Ja, sie vergaßen in ihrer Freude um das wiedergewonnene Gut dem fremden Herrn nicht nur viel, sondern eigentlich alles — selbst das, was er nicht wieder ins Haus bringen konnte: die Jahre der rasch dahinschwindenden Jugend, die er Trine [illegible] hatte. —

Und dann tat der schöne Herr, was [illegible], da ihm seit Jahren [illegible], ohne seinem Freunde [illegible] auch nur ein Wörtchen davon zu verraten, was er vorhatte —, den letzten und wichtigsten [illegible], um mit dem Besitz seiner Macht zu gelangen.

(Fortsetzung folgt.)

antragt, den Erwerbslosen eine Weihnachtsbeihilfe von 100 Prozent der Unterstützung zu gewähren. Der Ortsvorstand beantragte, sämtliche Hilfsbedürftige damit zu bedenken. Auf Vorschlag unsrer Fraktion wurden 350 Mark bewilligt. Der Ortsvorstand, durch den Kommunisten Scheffler erweitert, soll die Verteilung des Geldes vornehmen. Die Bürgschaft für Darlehen von je 1000 Mark wird für zwei Siedler übernommen. Den Schluß der Sitzung bilden einige unwesentliche Anfragen. — Die Erwerbslosenzahl beträgt in unserm Orte 39, hinzu kommen noch 6 Ausgesteuerte. —

Löderburg. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitag vormittag auf Fabrik 4 des Salzbergwerks Neustaßfurt. Bei der Aufstellung eines neuen Apparats brach ein Balken, an dem ein Montagestück hochgeschert werden sollte. Das Montagestück fiel herunter und durchschlug im Fallen eine Dampfleitung. Der mit bei dieser Arbeit beschäftigte Schlosser Albert Hanstein wurde durch ausströmenden Dampf derart verbrüht, daß er nach dem Knappschaftslazarett in Halle übergeführt werden mußte. Dieser Unglücksfall zeigt wieder so recht, daß sich die Arbeiterschaft in den Gewerkschaften zusammenschließen muß, um sich zu wehren gegen ein Antreiber- und Ueberstundensystem, das solche Unglücksfälle nur begünstigt. Man kann noch von Glück sagen, daß der Unglücksfall nicht mehr Opfer gefordert hat. —

Bad Salzelmen. Auf die unzulängliche Straßenpflasterung haben wir zu wiederholten Malen hingewiesen. Die neuen Etatsberatungen werfen schon jetzt ihre Schatten voraus. Das Schlagwort von der „Sparsamkeit" in der Verwaltung haben die Bürgerlichen wieder ausgegraben, wie der Indianer das Kriegsbeil, und gehen nun dem Magistrat, der noch obendrein eine bürgerliche Mehrheit hat, zu Leibe. Der Antrag des Magistrats, die Gewerbesteuer mit 600 Prozent Aufschlag zu erheben, wurde von den bürgerlichen „Kommunalpolitikern" abgelehnt. Man will noch weniger nehmen, am liebsten aber überhaupt keine Steuern zahlen. Der Magistrat will und kann aber auf seine Forderung nicht verzichten; man darf einigermaßen gespannt sein, woher der Bürgermeister die Mittel zum „Regieren" bernehmen will. In dem neuen Etat werden eine Anzahl Posten stehen, deren Finanzierung unter den gegebenen Verhältnissen noch manches Kopfzerbrechen verursachen wird. Und einer dieser Posten muß heißen: Straßenpflasterung. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß drei Viertel unsers gesamten Straßennetzes ausgebessert werden müssen, ganz zu schweigen von den Straßen, die überhaupt noch kein Pflaster haben. Mit den geringen Mitteln, die bis jetzt für Reparaturen eingesetzt sind, läßt sich jedoch so gut wie nichts anfangen. Und dann das ganze Problem der Kanalisierung der Straßen, ferner die Schaffung eines Volksbades, denn wer kann denn von den gewöhnlich Sterblichen die teuren Preise der Badeverwaltung zahlen? Aber wie gesagt, den bürgerlichen Stadtverordneten scheint augenblicklich mehr daran zu liegen, eine Clique von Nörglern, die die geringsten Steuern für zu hoch halten, zu befriedigen, als das Wohl der Stadtgemeinde im Auge zu haben. Schließlich werden diese Herren ja doch die Steuern bewilligen müssen, die gebraucht werden, um dem Fortschritt der Zeit Rechnung zu tragen, und da kann kein Jochen Voigt und kein Landbund-Thormann was dran machen. — Die letzte Stadtverordneten-Sitzung in diesem Jahre findet heute (Montag) abend im Stadtverordneten-Sitzungssaal statt. Die Tagesordnung ist wieder sehr reichhaltig. — Der Solgraben wird im Laufe dieses Monats von der Solgrabenschaukommission unter Leitung des Kreisbaurats Schellenberg besichtigt werden. Das Ergebnis der Besichtigung soll dann im „Kurhaus" besprochen werden. Es wäre nur zu wünschen, daß aus der Schaukommission recht bald eine Baukommission wird. —

Schönebeck. Das Pferd im Schaufenster. Am Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr ging das Pferd mit dem Möbelwagen der Firma Vogt durch, raste die Friedrichstraße entlang über den Eisenbahnübergang und fuhr bei der Firma Landecker (Salzer Straße) in das Schaufenster hinein, alles zertrümmernd. Der Firma Landecker entsteht ein großer Schaden, da viele Ausstellungssachen zu Weihnachten beschädigt sind. Wie wir hören, ist das Pferd vor einem vorüberfahrenden Auto scheu geworden. Das Pferd hat erhebliche Schnittwunden davongetragen und mußte geschlachtet werden. Noch am Sonnabend nachmittag ist die große Scheibe wieder eingesetzt worden, so daß die Weihnachtsausstellung der Firma Landecker wieder in Ordnung ist. — Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag zwischen 2 und 3 Uhr morgens wurde bei der Firma Franz Schütze, Markt 9, ein schwerer Einbruch verübt. Das große Schaufenster nach der Elbbrücke zu wurde zertrümmert und für etwa 400 Mark Waren gestohlen. Die sofort angestellten polizeilichen Ermittlungen waren von Erfolg. Als Täter wurde Hans Lehmann festgenommen. Ein Teil der Waren konnte bereits wieder herbeigeschafft werden. —

Staßfurt. Wichtige Funktionärsitzung am Mittwoch, abends 7 Uhr, im „Hofjäger". Niemand darf fehlen, insbesondere müssen auch die Listenführer erscheinen. — Der Frauenabend findet diesmal im „Hofjäger" statt, da die Genossinnen von Löderburg ihren Besuch zugesagt haben. — Zur Stadtverordnetenwahl. Die Wahlzeit ist von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Man achte darauf, daß man nicht zu spät kommt. Die Wahllokale sind die bisherigen, die Stimmbezirke sind wie folgt abgegrenzt (Wahlvorsteher und Stellvertreter sind in Klammern angegeben): 1. „Salzgraf" (Lehrer Jahn, Kaufmann Nienhagen): Bahnhofs-, Bernburger, Förster-Fürsten-, Güstener, Hecklinger Straße, Hirtenhof, Holzmarkt, Junkerstraße, Luisenplatz, Parkstraße, Plan, Ritterstraße, Turmgasse, Wall-, Wilhelm-, Neue Zwinger-, Zollstraße. — 2. Logenhaus (Stadtrat Weißflog, Straßenmeister Böhnke): Bodenrücke, Brandhof, Grudenberg, Hohlweg, Kirchstraße, Großer und kleiner Markt, Pfännerhöhe, Reitbahn, Schloßfreiheit, Schloß-, Schmiedestraße, Schöner Blick, Schulstraße, Sperlingsberg, Steinstraße, Tränental, Wächterplatz, Wassertor, Weinbergstraße, Wendeltor, Windmühlenberg, Alte Zwingerstraße. — 3. „Grüner Baum" (Lehrer Hotopp, Obersteiger Pallas): Azendorfer, Calbische, Förderstedter, Landwehr-, Lindigstraße, Löbniger Weg, Mittelstraße, Neue Welt, Nord-, Süd-, Waisenhausstraße. — 4. Schankwirtschaft Größt (Lehrer Wischeropp, Bergarbeiter Jünemann): Bischof-, Weißenburger Straße. — 5. Schankwirtschaft Strube (Kaufmann Wetter, Dreher Ludwinski): Andreas-, Mühlen-, Wachtel-, Wasserstraße. 6. Bürger-Mädchenschule (Arbeitsnachweisvorsteher Hennig, Lehrer Bitz): Achenbach-, Augusta-, Bennecke-, Birkenweg, Bismarck-, Friedrichstraße, Königsplatz, Löderburger Bahn, Sauerbrewstraße, Sömmeritzer Grasewege, Viktoriastraße. — 7. Bürger-Knabenschule (Rechnungsrat Pernitz, Fleischermeister Hasse): Athensleber Weg, Berg-, Dr.-Frank-Straße, Fleischergasse, Hindenburg-, Löderburger Straße, Löderburger Chaussee, Moltke-, Prinzen-, Rosmarinstraße, Schäfereiberg, Schulzengasse, Schulzenplatz, Reinhardstraße. — 8. „Fürstenhof" (Stadtrat Fromme, Malermeister Trautewein): An der Bode, Hamster-, Hecker-, Karl-, Michaelisstraße, Pastorgasse, Petrikirchstraße, Rosengäßchen, Am Schütz, Sülzestraße, In der Sülze. Die Gesamtzahl der Wähler beträgt 10 194. Der größte Bezirk ist Nr. 1 mit 1428 Wählern, der kleinste Nr 8 mit 1121 Wählern. — In der Parteiversammlung wurden nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Genossen Herbold und des Genossen Becker die zur Stadtverordnetenwahl nötigen Arbeiten eingehend besprochen, die einzelnen Posten besetzt, Direktiven gegeben und das zur Verbreitung gelangende Flugblatt wurde an die Verbreiter ausgehändigt. Beschlossen wurde, um für alle Fälle gerüstet zu sein, noch eine Nachbestellung auf Stimmzettel zu machen. Am Wahltag befindet sich das Wahlbureau in „Hofjäger", dort werden auch die Wahlergebnisse bekanntgegeben. Genossinnen und Genossen, nutzt diese letzte Woche noch zu fleißiger Agitationsarbeit aus! Von eurer Tätigkeit hängt der Erfolg ab. — Die Polizeiverwaltung gibt bekannt, daß öffentliche Kollekten oder Sammlungen ohne behördliche Genehmigung strafbar sind. —

Stadtkreis Aschersleben

Eine interessante Mitglieder-Versammlung der Partei vereinigte eine stattliche Anzahl Besucher. Genosse Peters (Magdeburg) referierte über das Ergebnis der Werbewoche und den Wert der Presse. Die Werbewoche habe allgemein wie auch im Unterbezirk und in der Stadt Aschersleben gute Erfolge erzielt. Im Rahmen des Referats nahm zunächst Genosse Lotz ausführlich Stellung zur allgemeinen Politik und untersuchte die Gründe der Lauheit und Interessenlosigkeit in der politischen Bewegung eines großen Teiles der Arbeiterschaft. Genosse Kröpke trat ein für vermehrte Aufklärung durch Versammlungen, Genosse Apelt wünschte aktive Beteiligung an der Regierung. Hierauf wurde ausführlich über die Presse und die Zeitungsfrage gesprochen. Es beteiligten sich an den sachlichen Erörterungen die Genossen Kröpke, Ullner, Larisch, Apelt, Böcke und Billert. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Mehrere Bildungskurse und Vortragsabende sollen in diesem Winter abgehalten werden. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Genosse Kröpke, referierte darüber. An praktischen Vorschlägen beteiligten sich die Genossen Lotz, Herrlinger, Larisch und Janson. Der nächsten Mitgliederversammlung soll ein genaues Programm vorliegen. Genosse Probst behandelte einige Sportfragen und verlangte den obligatorischen Schwimmunterricht an den Volksschulen. Genosse Larisch wünschte noch, daß sich die parteigenössischen Delegierten mehr an den Sitzungen des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften beteiligen. Nach Klärung einiger innerer Parteiangelegenheiten wurde die Versammlung nach 12 Uhr geschlossen. —

Der Arbeiter-Mandolinenklub Tremolo gab am Sonnabend abend ein hervorragend verlaufenes öffentliches Konzert. Er wurde durch einen Staßfurter Verein unterstützt. Die Leistungen waren sehr beachtenswert. —

Die Metallarbeiterversammlung war leidlich besucht. Nach dem Bericht von der Bezirkskonferenz in Wittenberg wurden alle Einzelheiten der Konferenz eingehend besprochen und von der übergroßen Mehrheit der Kollegen gutgeheißen. Die Kommunisten versuchten ihre allzubekannte Kritik an allem möglichen, ohne viel Gehör zu finden. Dann wurde das Krisenfürsorgegesetz für Erwerbslose vom Kollegen Weise behandelt und die entspringenden Rechte für die Ausgesteuerten begreiflich gemacht. Anerkannt wurde von allen Rednern, außer den Kommunisten natürlich, daß durch Schaffung dieses Gesetzes nach Lage der Dinge den Ausgesteuerten wenigstens für die Zukunft die bisherige Unterstützung erhalten ist und daß das das Verdienst der sozialdemokratischen Fraktion sei. Daß der Kampf um Arbeitsbeschaffung und Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützungssätze fortgeführt werden muß, ist für freie Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit. In der weitern Aussprache wurde bemängelt, daß die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in der letzten Zeit nur von einer Person ausgeführt wird, was in den kalten Wintermonaten leicht zu Unzuträglichkeiten führen müsse, da die Auszahlung zu lange dauert. Beschlossen wurde, daß in Zukunft jeder Antrag 8 Tage vor Stattfinden der Versammlung bei der Ortsverwaltung eingereicht sein muß. Der Geschäftsführer wies noch einmal auf die Jubilarfeier hin, welche am 11. Dezember im „Kaffeegarten" stattfinden. —

Stadtkreis Stendal

Der Weihnachtsmarkt beginnt morgen (Dienstag) und dauert bis Donnerstag den 9. Dezember; also 3 Tage wie alljährlich. Schon am Freitag und Sonnabend waren die Aussteller fleißig bei der Arbeit, ihre Buden aufzubauen. Ueber 200 Buden sind auf dem Alten- und dem Winckelmannshof aufgestellt. Die Polizeiverwaltung weist darauf hin, daß der Marktbetrieb abends 9 Uhr beendet sein muß. Am Dienstag wird der Markt sicherlich einen starken Besuch aufweisen, da am selben Tage ein Viehmarkt stattfindet, so daß viele Landliche Bewohner den Markt besuchen werden. —

Extrazüge wegen des Weihnachtsmarktes. Die Stendaler Kleinbahn läßt am Dienstag den 7. Dezember des Weihnachtsmarktes wegen auf der Strecke Stendal—Arendsee einen Extrazug verkehren, der Arendsee 8.32 Uhr vormittags verläßt und in Stendal 11.25 Uhr vormittags ankommt. Auf der Strecke Stendal—Tangermünde—Bismarck verkehrt ein Extrazug, der Stendal 10 Uhr abends verläßt und in Bismarck 11.16 Uhr eintrifft. —

Die Asphaltierungsarbeiten sind am Sonnabend zu Ende geführt worden. Es waren noch unterbrochener Arbeit auf dem Sperlingsberg. Die dazu gehörigen Maschinen und das Material werden bereits abtransportiert. Somit hat die Asphaltierung in Stendal ihren Abschluß gefunden. Hoffen wir, daß im nächsten Jahre noch mehr Straßen mit Asphalt versehen werden. —

Der Wochenmarkt am Sonnabend stand schon unter dem Zeichen des Weihnachtsmarktes. Viele Buden umgaben schon die Verkaufsstände des Wochenmarktes. Die Preise waren folgende: Schweinefleisch Pfund 1,20 Mark, Rindfleisch Pfund 1,20 Mark, Kalbfleisch Pfund 1,20 Mark, Gehacktes Pfund 1,40 Mark, Leberwurst Pfund 1,20 Mark, Rotwurst Pfund 1,20 Mark, Mettwurst Pfund 1,60 Mark, Zervelatwurst Pfund 1,60 Mark, Sülze Pfund 50 Pf., Talg Pfund 60 Pf., Schmalz Pfund 1,40 Mark, Butter Pfund 1,80 Mark, Eier Stück 18 Pf., Aepfel Pfund 20 Pf., Birnen Pfund 20 Pf., Kartoffeln Pfund 4 Pf., Rotkohl Pfund 15 Pf., Weißkohl Pfund 10 Pf., Wirsingkohl Pfund 15 Pf., Blumenkohl Stück 25 Pf., Stielrüben Pfund 10 Pf., Mohrrüben Pfund 10 Pf., Weißrüben Pfund 10 Pf., Wirsing Pfund 15 Pf., Spinat Pfund 35 Pf., Gelbe Pfund 1 Mark, Grüne Pfund 50 Pf., Petersilie Pfund 25 Pf., Hühner Pfund 1 Mark, Gänse Pfund 1,10 Mark, Kaninchen Pfund 1 Mark, Honig Pfund 1,40 Mark bis 1,60 Mark. —

Wem gehören die Sachen? Auf dem Fundbureau sind in der letzten Woche folgende Sachen als gefunden abgegeben oder gemeldet: eine Fahrradlaterne (Karbid), eine Spannkette, ein schwarzer Geldbeutel mit Inhalt, eine kleine Geldtasche mit Trauring, gezeichnet Fritz Normann, ein Roller, eine Schäferhündin, zwei Kinderpudel, eine Handtasche ohne Inhalt. —

Altmark

Eine polnische Mörderbande vor Gericht.

Von unserm nach Stendal entsandten nn-Berichterstatter wird uns geschrieben:

Montag begann vor dem Schwurgericht in Stendal der große Prozeß gegen die polnische Mörderbande, die vielfach „der Schrecken der Altmark" genannt wurde. Sie hat sich jetzt wegen verschiedener Mordtaten vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der große Prozeß hatte ein — Vorspiel. Ausgang der vorigen Woche hatte sich bereits das Stendaler Schöffengericht mit 23 Polen zu beschäftigen, die der verschiedensten Straftaten angeklagt waren. Die Verhandlungen, die sich oft wegen der geringen Sprachkenntnisse der Angeklagten recht schwierig gestalteten, begannen mit einem Vergehen des unbefugten Waffenbesitzes. Angeschuldigt war deswegen der polnische Aufseher Witzek aus Wolterslage. Die Verhandlung nahm einen sehr schnellen Verlauf, da der Angeklagte nicht streiten konnte und auch nicht stritt, im Besitz einer Waffe gewesen zu sein. Mit sieben Wochen Gefängnis kam er davon.

Die zweite Verhandlung lautete auf schweren Diebstahl und schwere Meuterei, begangen im Osterburger Gerichtsgefängnis. Die Hauptangeklagten waren Marion Urbanski, der unter dem Namen Duda bekannt ist, außerdem Johann Petroso, Marinjak und Liguz. Neben diesen Genannten saßen noch 21 andre Polen auf der Anklagebank, die sich gleichfalls an den Einbruchsdiebstählen beteiligt haben sollen, außerdem aber auch der Hehlerei, der Begünstigung usw. angeschuldigt werden. Es ist unmöglich alle die polnischen Namen aufzuführen. Es schwirrte nur so von polnischen Ausdrücken, so daß nur der sich ein einigermaßen zusamemnhängendes Bild von der Vernehmung der vielen Angeklagten machen konnte, der mindestens die berühmten „1000 Worte Polnisch" gelernt hat. Der Dolmetscher hatte seine Mühe, die Aussagen der Angeklagten einigermaßen zu übersetzen, denn die Polen erschwerten die Verhandlung.

Die Polen sind sich nur so lange einig, wie sie gemeinsam Diebstähle begehen. Werden sie aber gefaßt, dann beschuldigt einer den andern und der eine schimpft auf den andern, so daß die Gerichte durch die gegenseitigen Verdächtigungen mehr herausbekommen, als es der eifrigsten Voruntersuchung gelingen konnte.

Unzählige Diebstähle

werden den Angeklagten zur Last gelegt. Die Verbrecher haben dabei weder Menschenleben gescheut, noch haben sie etwa abgewogen, ob der Bestohlene arm oder reich war. Erschütternde Bilder wurden vor Gericht entrollt. Den Aermsten haben sie das letzte Hab und Gut genommen. Rücksichtslos sind die Verbrecherbanden zu Werke gegangen, nur der Erfolg war ausschlaggebend. Viele Orte der Altmark haben sich den durchaus unerwünschten Besuch dieser von den deutschnationalen Gutsbesitzern ins Land geholten polnischen Landarbeiter gefallen lassen müssen. Die Polen haben Gastrollen gegeben in Arneburg, Osterburg, Hämerten, Seehausen, Berkow, Hindenburg, Grieben, Königsmark, Calberwisch usw. Die Altmark war das Hauptdomizil dieser Verbrecherhorden. In der Vernehmung wurde allerdings festgestellt, daß einige Polen ihre Streifzüge auch bis Kassel, Westfalen, Pommern und Hannover ausgedehnt haben.

Zunächst wird dann der Angeklagte Urbanski vernommen. Der Beschuldigte hat in der Voruntersuchung genaue Angaben über die Räubereien seiner Bande gemacht, hat seine Mittäter genannt und durch die Aussagen dieses Angeklagten sind eine Reihe von bisher nicht bekannt gewesenen Polen mit auf die Anklagebank gekommen. In der Hauptverhandlung bestreitet Urbanski plötzlich alles. „Was ich habe gesagt in Voruntersuchung ist falsch," sagt der Angeklagte in seiner Vernehmung. Das sind die einzigen deutschen Worte die in dieser Verhandlung von seinen Lippen kamen. Sonst sprach er nur Polnisch. Schnell und gewandt. Der Dolmetscher sagt, daß Urbanski nur deshalb damals Angaben gemacht habe, weil er geschlagen worden sei. Seine Angaben seien aber nicht richtig. Er widerruft alles. Urbanski ist trotz seiner erst 21 Jahre ein geriebener Bursche, der sich geschickt zu verteidigen weiß. Aber in der Voruntersuchung hat der Beschuldigte Straftaten angegeben, von denen dem Gericht noch gar nichts bekannt war, die sich aber dann tatsächlich als ausgeführt erwiesen. Das selbstverständliche Abstreiten aller Straftaten wird dem Beschuldigten nichts helfen. Er hat in der Voruntersuchung genaue Einzelheiten erzählt, hat die Diebstähle und Ueberfälle so geschildert, wie sie sich damals wirklich zugetragen haben, so daß es keinen Zweifel daran gibt, daß Urbanski nicht nur dabei gewesen ist, sondern daß er der Anführer der Bande gewesen sein muß. Die Polen haben gestohlen, was zu kriegen war. Nichts war ihnen zu schlecht. Sie haben Einbrüche über Einbrüche begangen und haben lange Zeit ein sorgenloses Leben führen können.

Am zweiten Verhandlungstag wurde

die Meuterei

erörtert, die unter Anführung des Urbanski im Gerichtsgefängnis in Osterburg ausgeführt wurde. Die vier Polen Urbanski, Petrow, Marinjak und Liguz saßen gemeinsam in einer Zelle. Plötzlich reifte in ihnen ein Fluchtplan. Das Hindernis war lediglich ein weiterer deutscher Zellengenosse, dem die Polen in ihrem angebornen Mißtrauen nicht recht trauten. Um auch den deutschen Zeugen loszuwerden oder um von vornherein die Möglichkeit eines Verrats zu beseitigen, waren die Polen bereits übereingekommen, den deutschen Zellengenossen zu erschlagen und an demselben Tage die Flucht zu bewerkstelligen.

Der geistige Vater aller dieser Pläne war Urbanski. Der Deutsche war aber auch bereits mißtrauisch geworden, so daß der Ermordung des Zellengenossen starke Hindernisse im Wege standen. Schließlich kamen aber die Angeklagten überein, den Ausbruch in dem Augenblick zu wagen, in dem der Deutsche mit dem Wärter im Garten beschäftigt war. Die Angeklagten suchten sich einen besonders günstigen Tag aus. Als der Deutsche im Garten tätig war, rissen die Polen die Ofenrohre aus der Wand heraus, vergrößerten das sich bereits in der Wand befindliche Loch und gelangten auf diese Weise in den Zellengang. Marinjak läutete die Glocke zur Wohnung des Gefängniswachtmeisters. Die Frau nahm an, der Untersuchungsrichter wäre gekommen, öffnete, und im demselben Augenblick flüchten die vier Polen in die Küche der Wärterwohnung, drangen in die Schlafkammer ein und erreichten durch die Kammerfenster die Straße.

Für richtige Zeit
beachte man nur
Moosmann MAGDEBURG Breiter Weg
und die Dreieck-Uhr!
Qualitäts-Uhren
für die Tasche und Handgelenk
mit zeitgemäßen Ankerwerken
in Nickel: 15.50, 23.— und höher
in Silber: 30.—, 35.— und höher
Willkommene Geschenke

Spezialhaus für Selbstrasierer
In Preislagen von Mk. 2.75 Naß wie rasiert Mk. 4.- - Mk. 5.-
Heinrich Sünend
Solinger Stahlwaren.
Breite Weg 35
gegenüber Uhrichs.

Albert Mehrhoff & Sohn
Werkstätten für Wohnungskunst
und Ledermöbelfabrik
Nakrateder Straße 1718
Möbel-Ausstellung
in 3 Etagen am Wilhelm-Theater
früher PAUL KNÜPPELHOLZ
Uebernahme aller Innendekorationen.

Wir kaufen unsere Beleuchtungskörper nur unter den Rathauskolonaden

bei Adolf Pieske
früher H. Kehrberg & Co.
Licht- u. Kraftanlagen — Reparaturen

Glücklicherweise erfreuten sich die Ausgebrochenen nicht lange der erlangten Freiheit. Die Oberburger Einwohnerschaft nahm an der Verfolgung der Verbrecher teil, so daß sie noch an demselben Tage wieder eingefangen werden konnten. [illegible]

[illegible]

Der erste Mordprozeß

[illegible]

[illegible]

zwei Männer über einen Arbeiter herfielen, ihn zu Boden warfen und den Mann schlugen. Die Leute schimpften dabei. „Ich habe gehört, wie ein Mann rief: „Nehmt ein Messer und stoßt es dem Polacken in den Balg!"

Der Zeuge Hohlbein hat auch Schüsse gehört. [illegible]

[illegible]

Metallarbeiter!

Es geht um die Wahl der Ortsverwaltung.
Kommt deshalb am Mittwoch abend 7 Uhr
in die Generalversammlung.
Keiner darf fehlen. Keiner darf fehlen.

[illegible]

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

[illegible]

Vereine und Versammlungen

[illegible]

Fabrikarbeiter.

Am 30. November tagte in den [illegible] eine Generalversammlung des [illegible] Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Magdeburg. [illegible]

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Faust. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 62 837 Mark. Unterstützungen wurden gezahlt: an Streikende 34 195,30 Mark, an Arbeitslose 7255,90 Mark, an Kranke 4677,20 Mark, an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder 811 Mark, Umzugsunterstützung 65,50 Mark. An die Hauptkasse wurden in bar gesandt 2000 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 22 891,38 Mark und eine Ausgabe von 9440 Mark, so daß am Schluß des Quartals ein Lokalkassenbestand von 13 451,38 Mark vorhanden war. Den Revisionsbericht erstattete der Kollege Lücke. Hierauf wurde dem Kassierer und der Verwaltung einstimmig Entlastung erteilt.

Auf Vorschlag des Kollegen August Zander erfolgte die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung und die der Delegierten zum Ortsausschuß gegen 3 Stimmen. Unter Verbands- und Branchenangelegenheiten gab der Vorsitzende Frenzel die Spitzenlöhne in den verschiedenen Industrien bekannt. Nach einer kurzen Aussprache, an der sich die Kollegen Zander, Kunze und Hoffmann beteiligten, wurde dann die Versammlung geschlossen. —

Vereinskalender

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 30 Pfennig, aufgenommen.

Reichsbund d. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen, Bezirk Wilhelmstadt. Versammlung am Donnerstag den 9. Dezember, abends 8 Uhr, in Cafe [illegible], Arndtstr. 17. Erscheinen Pflicht.

Wasserstände

+ bedeutet über, — unter Null

Elbe.			Fall	Wuchs
Nimburg	5.12	— 1.58	—	—
Brandeis	.	+ 0.21	—	—
Melnik	.	+ 0.4[illegible]	—	—
Leitmeritz	.	+ 0.1[illegible]	—	—
Aussig	.	+ 0.20	—	—
Dresden	.	— 1.0[illegible]	—	—
Torgau	6.12.	+ 0.16	—	0.0[illegible]
Wittenberg	.	— 1.11	0.10	—
Roßlau	.	+ 1.57	[illegible]	—
Aken	.	—	—	—
Barby	.	+ 1.70	[illegible]	—
Magdeburg	.	+ 1.2[illegible]	0.[illegible]	—
Tangermünde	6.12.	— 2.40	0.12	—
Wittenberge	.	+ 2.[illegible]	0.[illegible]	—
Lenzen	.	—	—	—
Dömitz	.	+ 1.05	—	—
Darchau	.	—	—	—
Boitzenburg	.	—	—	—
Hohnstorf	.	+ 1.51	—	0.0[illegible]

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	6.12	+ 1.28	0.06	—
Unstrut und Saale.				
Grochlitz	6.12.	+ 1.[illegible]	—	0.05
Trotha U.P.		+ 1.84	—	0.04
Bernburg U.P.		+ 1.17	—	0.08
Calbe Oberpeg.		+ 1.6[illegible]	0.04	—
Calbe Unterpeg.		— 0.50	—	0.02
[illegible]		+ [illegible]	—	0.04
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	6.12.	+ 2.21	—	0.01
Brandenburg Unterpegel		+ 1.7[illegible]	—	—
Rathenow Oberpegel		+ 1.[illegible]6	—	—
Rathenow Unterpegel		+ 1.26	—	—
Havelberg		+ 2.71	—	—

Wetterbericht

(Nachdruck verboten.)

Aussichten für Dienstag: Noch zeitweise neblig-trübe, jedoch allmählich aufheiternd, vorwiegend trocken, im Flachlande nachts kälter, in den Gebirgen langsam einsetzende Erwärmung. —

Rundfunkprogramme

Rundfunk Leipzig (Welle 357,1), Dresden (Welle 294,1)

Dienstag, 7. Dez. 4.30: [illegible] Dirigent: Hilmar Weber. ⊙ 5.30: Aus neuen Büchern. ⊙ 7.15: Als Rundfunkmann ins Pankeeland. [illegible] ⊙ 7.45: Professor Witkowski: Der Dichter Reinhard Sorge und sein Werk. ⊙ 8.30: „Der Bettler". Von R. J. Sorge. Eine dramatische Sendung. [illegible] ⊙ 10.45: Tanzmusik.

Rundfunk-Progr. Berlin, Königswusterhausen, Stettin

Berlin Welle 483,9 u. 566. — Königswusterhausen: Deutsche Welle 1300. — Stettin Welle 252,1. — Stettin gibt außer eigenen Darbietungen das Programm Berlins. — Königswusterhausen gibt es wochentäglich von 6.30 ab. Sonntags das erste Programm.

Dienstag, 7. Dez. 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. ⊙ 3.30: [illegible] ⊙ 4.30: Konzert. [illegible]

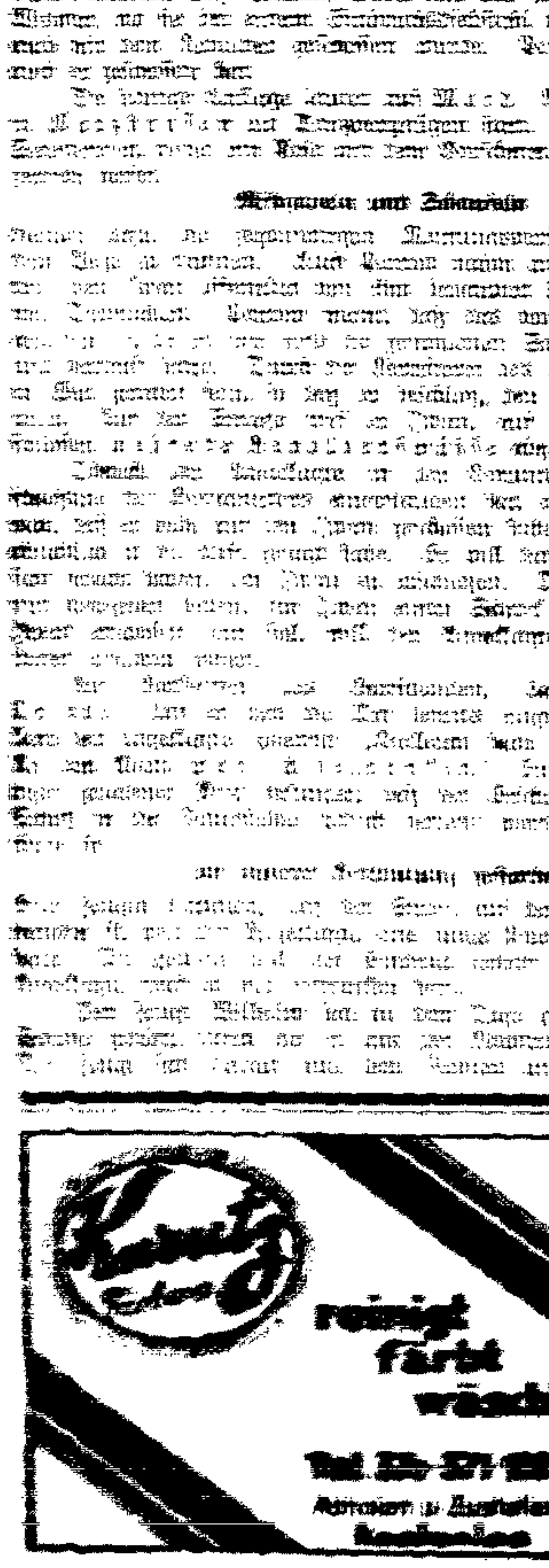
Stettin. 7.05: [illegible]

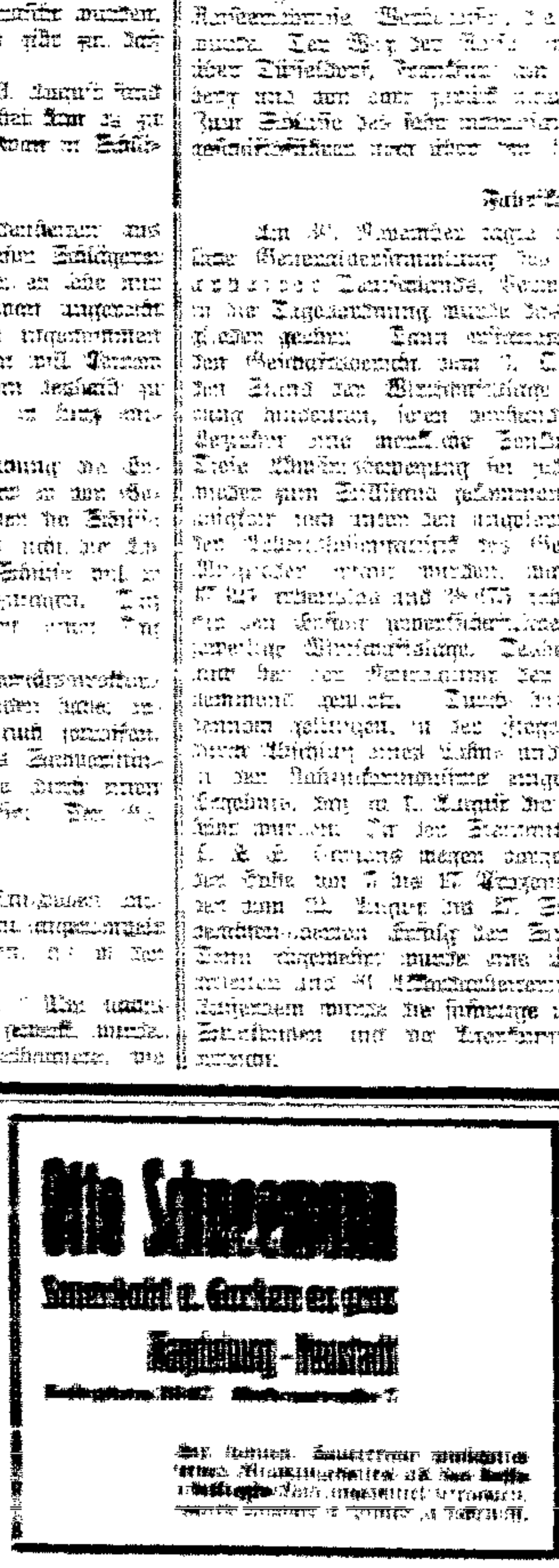
Königswusterhausen. Dienstag, 7. Dez. [illegible] ⊙ 3.30: Min.-Rat Dr. [illegible] ⊙ 4.30: Aus der pädagogischen Welt. ⊙ 5: [illegible] Spanien. Land und Leute. ⊙ 6: [illegible] Die deutsche Reichsverfassung. ⊙ 6.30: Reg.-Rat Dr. [illegible]: Deutsche Kulturgeschichte des 19. Jahrh. ⊙ 7: [illegible] Französisch für Anfänger. ⊙ 7.20: Dr. [illegible]: Entwicklungsströmungen in der gegenwärtigen Oper.

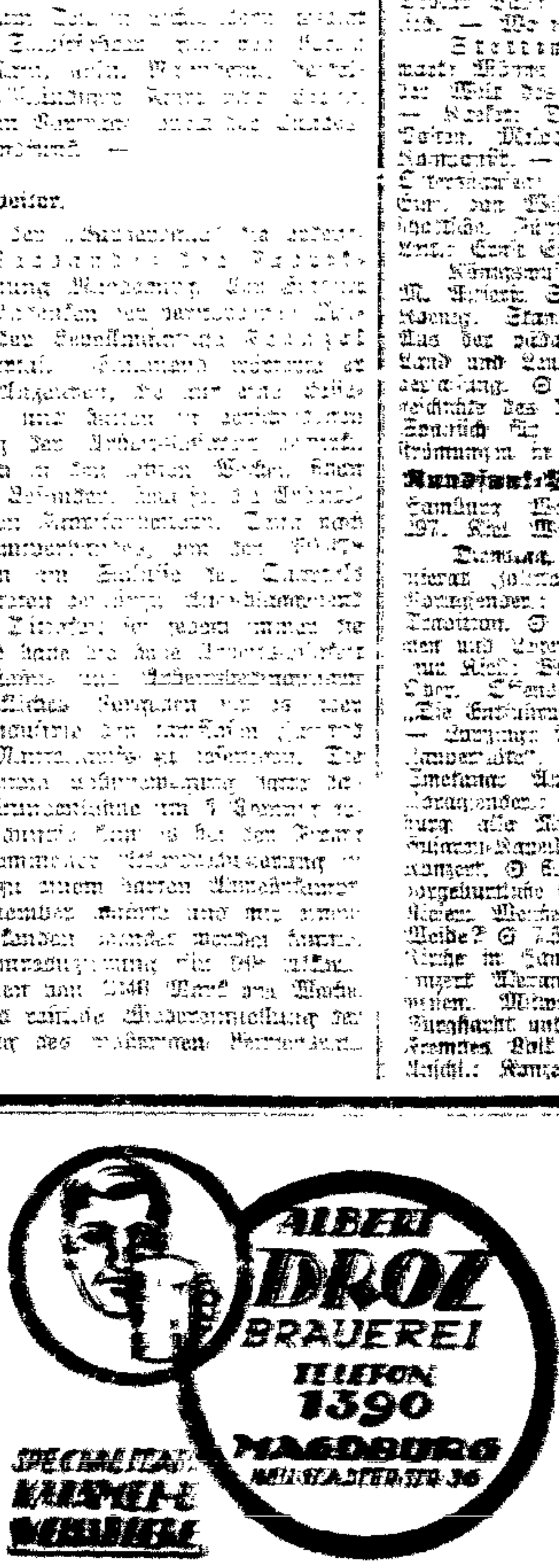
Rundfunk-Progr. Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel

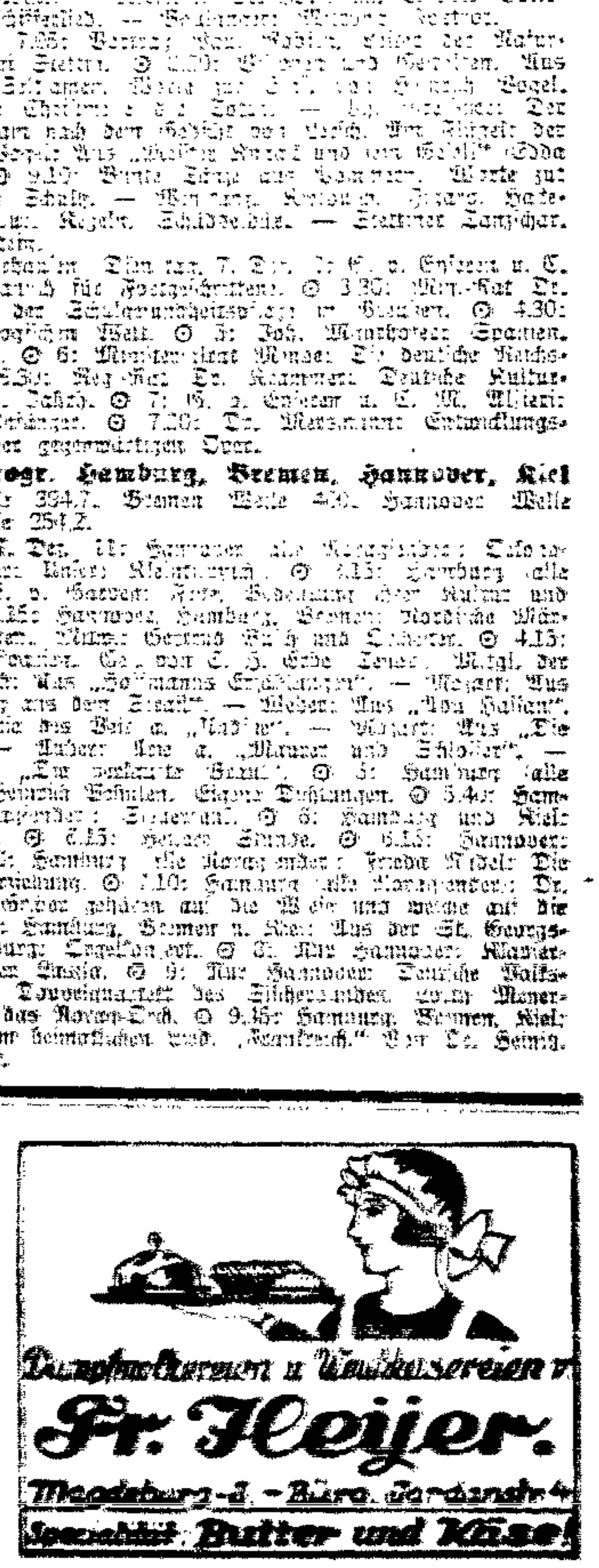
Hamburg Welle 394,7. Bremen Welle 400. Hannover Welle 297. Kiel Welle 254,2.

Dienstag, 7. Dez. 11: Hannover [illegible] ⊙ 4.15: Hamburg (alle Nordsender): [illegible] ⊙ 4.15: [illegible] Aus „Hoffmanns Erzählungen". — Mozart: Aus „Die Entführung aus dem Serail". — Weber: Aus „Abu Hassan". — [illegible] — Mozart: Aus „Die Zauberflöte". — [illegible] Aus „Die verkaufte Braut". ⊙ 5: Hamburg (alle Nordsender): [illegible] ⊙ 6: Hamburg und Kiel: [illegible] ⊙ 6.15: [illegible] ⊙ 6.50: Hamburg (alle Nordsender): [illegible] ⊙ 7.10: Hamburg (alle Nordsender): Dr. [illegible] auf die Weide? ⊙ 7.55: Hamburg, Bremen u. Kiel: Aus der St. Georgs-Kirche in Hamburg: Orgelkonzert. ⊙ 8: Nur Hannover: [illegible] ⊙ 9: Nur Hannover: Deutsche Volksweisen. [illegible] ⊙ 9.15: Hamburg, Bremen, Kiel: [illegible] Anschl.: Konzert.









Kleine Chronik

Jagd auf Kraftwagendiebe.

In der Nacht zum Sonnabend wurde in Berlin dem Autodroschkenbesitzer Kolbe von zwei Dieben der Kraftwagen gestohlen, den er einen Augenblick unbeaufsichtigt hatte stehen lassen. Er sah den Wagen noch um die nächste Ecke davonfahren. Mit zwei Polizeibeamten, die des Weges kamen, bestieg er einen andern Kraftwagen und nahm die Verfolgung auf. Als sich die Diebe verfolgt sahen, sprangen sie an einem unbebauten Gelände ab und flüchteten über einen Eisenbahndamm. Da es ihnen gerade noch gelang, vor einem Vorortzug über den Damm zu kommen, konnten sie in der Dunkelheit verschwinden. —

Mordversuch in Stettin.

Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich am Sonnabend vormittag in der Wilhelmstraße in Stettin ab. Der Arbeiter Hans Müller verfolgte die Kontoristin Elise Hoge und gab, als er sie eingeholt hatte, einen Schuß auf sie ab, der das Mädchen in die Schulter traf. Dann ergriff er selbst die Flucht. Da er aber verfolgt wurde, rannte er in einen Hauseingang, wo er sich selbst einen Schuß in die Brust beibrachte. Beide mußten schwerverletzt in das Krankenhaus eingeliefert werden. —

Eine Lokomotive abgestürzt.

Beim Bau der Nordsüdbahn über das Tempelhofer Feld in Berlin entgleiste am Sonnabend vormittag die Lokomotive eines Feldbahnzugs, als dieser sich auf einem etwa 6 bis 8 Meter hohen Damm befand. Die Maschine überschlug sich mehrmals und bohrte sich tief in das Erdreich ein. Auch vier mit Schotter beladene Loren stürzten den Abhang herunter. Der Lokomotivführer konnte sich rechtzeitig durch Abspringen retten. —

Die Rache des Enterbten.

Ein Drama spielte sich auf dem Gute Leckow bei Schwiebus ab. Das Gut gehört einer 84 Jahre alten Witwe von Leckow, die es mit ihrem ältesten Sohne Aldo verwaltete. Der jüngere Sohn, Udo, war Verwalter eines Vorwerks. Die betagte Frau hatte nun am Sonnabend mit ihren beiden Söhnen wegen Reglung der Erbschaft eine längere Aussprache, in deren Verlauf sie sich dahin äußerte, daß sie das Gut nicht, wie vorgesehen, dem jüngern Sohne Udo, sondern dem älteren Aldo vermachen werde. Für diese Maßnahme ist die Ursache, daß Udo dem Trunke ergeben war. Diese Leidenschaft war für die Mutter ausschlaggebend, ihm das Gut nicht zu vermachen. Kaum aber hatte die alte Dame ihren Willen kundgetan, als Udo ein Jagdgewehr ergriff und mehrmals auf seinen Bruder schoß. Dann stürzte er aus dem Zimmer. Man brachte Aldo ins Krankenhaus nach Schwiebus; dort liegt er mit einem schweren Schulter- und einem Brustschuß in hoffnungslosem Zustand danieder. In der Aufregung hatte man auf den jüngern Bruder zunächst nicht geachtet. Als man nach ihm forschte, fand man ihn in seinem Schlafzimmer erschossen auf. Er hatte sich mit einem Revolverschuß, der sofort tödlich wirkte, selbst gerichtet. Der Brudermörder war als jähzorniger Mensch bekannt, der, wenn er getrunken hatte, zu allem fähig und äußerst unbändig war. —

Unterschlagung eines Steuerbeamten.

Der Steuerassistent Emil Weiß bei der Stadtverwaltung Hamborn hat durch Fälschungen 69 000 Mark unterschlagen. Er ist von seinem Erholungsurlaub nicht mehr zurückgekehrt, sondern ins Ausland geflüchtet. —

Metallarbeiter!

Kameraden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold!

Auch ihr müßt am Mittwoch den 8. Dezember, abends 7 Uhr, in der Generalversammlung sein.

Die Versammlung tagt im „Konzerthaus", Leipziger Str.

Süddeutschland im Schnee.

Im Schwarzwald ist bis Sonntag früh Schnee gefallen. Die Schneehöhe beträgt über einen halben Meter. Auch in der Rheinebene hat es in der Nacht zum Sonntag geschneit, desgleichen werden von den Vogesen starke Schneefälle gemeldet. —

Die Motorbraut verloren.

Ein Kaufmann in Hannover hatte ein Motorrad erworben und unternahm, selbstverständlich mit Motorbraut hinter sich, seine erste größere Fahrt nach dem Kronsberg. Als er glücklich am Ziel ankam, mußte er mit Entsetzen feststellen, daß er seine Begleiterin unterwegs verloren hatte. Er kehrte sofort wieder um, konnte die Verlorne aber nicht mehr finden. Sie war in der Zwischenzeit an einer scharfen Kurve der Straße mit schweren Verletzungen bewußtlos aufgefunden und in einer Krankenhaus übergeführt worden. —

Selbstmordversuch eines dreijährigen Kindes.

In Wien hat dieser Tage ein 3jähriges Kind aus Gram darüber, daß sein Großvater wegen drückender Notlage Selbstmord begangen hatte, sich ebenfalls das Leben zu nehmen versucht. Die Mutter, die das Kind vermißte, fand es in einer Kammer hinter einem Kasten. Um den Hals hatte es zweimal eine Schnur geschlungen. —

Von der Braut unter die Lokomotive geworfen.

Auf dem Bahnhof in Soest war der landwirtschaftliche Gehilfe Walter Pander mit seiner Braut auf der Heimkehr von einem Vergnügen in Streit geraten. Plötzlich gab das junge Mädchen dem Bräutigam einen Stoß, so daß er auf die Schienen fiel. Da fast gleichzeitig ein Güterzug einfuhr, durch dessen Maschine der junge Mann erfaßt wurde, mußte er schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht werden. Das Mädchen ist geflohen. —

Selbstmordversuch einer Anwältin.

Im Pariser Justizpalast beging die 23jährige Rechtsanwältin Juilette Goublit einen Selbstmordversuch, indem sie kurz vor Beginn einse Prozesses, in dem sie eine ihrer ersten Verteidigungsreden halten sollte, sich eine Kugel in die Brust schoß. Der Grund zur Tat ist in einem Abschiedsbrief zu suchen, den sie von ihrem Bräutigam erhalten hatte. —

Neues Erdbeben in Armenien.

Der Distrikt Leninkan (früher Alexandropol) ist wiederum von einem Erdbeben heimgesucht worden. Das Dorf Kapli wurde zerstört. Die Zahl der Toten ist bisher nicht festgestellt. Die Bewohner des Distrikts haben ihre Behausungen verlassen, weil mehrere Erdstöße erfolgten. —

Großfeuer auf einem Paketdampfer.

Auf der Höhe von Vigo brach auf dem holländischen Paketdampfer Masdan Feuer aus, wobei sich der Passagiere eine große Panik bemächtigte. Sie versuchten, teils die Rettungsboote zu lösen, teils sich ins Meer zu stürzen, so daß der Kapitän Befehl geben mußte, die Passagiere gewaltsam auf dem Hinterdeck zurückzuhalten. Nach mehrstündiger schwerer Arbeit gelang es der Besatzung, das Feuer zu löschen. Der Dampfer lief im Hafen von Vigo ein und setzte die Passagiere an Land, deren Gepäck zum größten Teile verbrannt ist. Mehrere Mann der Besatzung sind ertrunken. —

Neun Bergleute verschüttet.

Bei einer Grubenexplosion in einem Bergwerk bei Greymouth auf Neuseeland wurden neun Bergleute verschüttet. Ein Mann konnte lebend gerettet werden. Drei Leichen sind geborgen worden. Es besteht keine Hoffnung, die übrigen fünf Mann noch zu retten. —

Charlie Chaplin läßt sich scheiden.

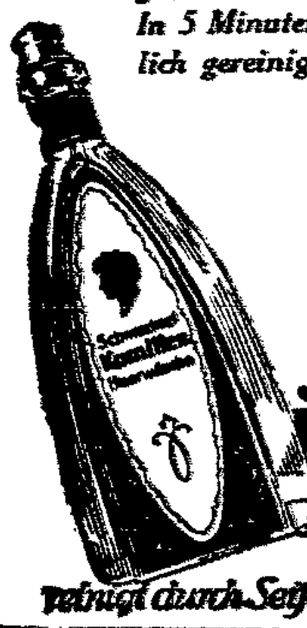
Großes Aufsehen erregt in den Vereinigten Staaten die Mitteilung, daß die junge Frau des weltberühmten Filmschauspielers Charlie Chaplin die Ehescheidungsklage eingereicht habe. Die Frau hat bereits mit ihren beiden Knaben die gemeinschaftliche Wohnung verlassen und ist zu ihren Großeltern zurückgekehrt. Sie will von Charlie Chaplin schlecht behandelt worden sein, zumal er in letzter Zeit keine Nacht mehr nach Hause gekommen sei. —

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Teplitzer Rheumatis-Tee harnsäurelösend, blutauffrischend 1.25 2.00 Mk. Hof-Apotheke, Breiter Weg 158.

Haarpflege des Herrn?

Ja, aber schnell muß es gehen! *In 5 Minuten wird Ihr Haar gründlich gereinigt und gleichzeitig locker und „leicht zu frisieren": durch Schwarzkopf's bewährte Kamillen-Haarwäsche. Wöchentlich einmal. Die 2 Mk.-Flasche reicht mehrere Monate.*



Schwarzkopf Kamillen Haarwäsche

reinigt durch Seife – kräftigt durch Kamille

120 Mannheimer Breiteweg

Maß Anzüge 85.– M. Paletots Mäntel Qualitätsausführung anerkannt langjährige Reparaturen

Zahnoperationen Wurzelresekt. Zahnfleischentfernung gründlich unter voller Garantie ohne Stechen, ohne Schmerzen an allen Krankenkassen. — Täglich 11–6 Uhr, Sonntag und Mittwoch 10–1 Uhr. 966

Zahnarztpraxis Gubler, Magdeburg Gr. Weinhaftstr. 14a, pt. Ecke Schützenstraße.

Fritz Müller Spirituosen-, Rum- und Fruchtsaft-Versand Hamburgerstr. 21 Fernruf 6527 liefert

Biere aller Art frei Haus.

Kennen Sie „Halpaus Mocca"?

Nachfrage.

Gibt es einen besseren Beweis für Güte und Preiswürdigkeit eines Artikels, als wenn rege Nachfrage nach ihm besteht?

Die Zahl der Freunde unserer „Halpaus Mocca" wächst von Tag zu Tag. Darum brauchen wir Ihnen von der besonderen Güte dieser Cigarette kaum mehr etwas zu sagen. Ueberzeugender können Worte auch nicht sein wie ein praktischer Versuch mit unserer „Halpaus Mocca"-Cigarette. Jeder, der sie kostet und sie einige Tage geraucht hat, wird ihre Vorzüge herausfinden. Das Urteil wird lauten:

Eine besonders gute und besonders preiswerte Cigarette. – 5 Pfg.

„Halpaus Rarität Nr. 200", unsere 4-Pfg.-Cigarette, ist die weitaus beste 4-Pfg.-Cigarette in Deutschland.

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. BRESLAU U. KÖLN.

Weihnachtsgeschenke!

Möbel

Weihnachtsgeschenke!

Carl Stimmel & Co.

Breiter Weg Nr. 116 Am Zentraltheater

Große Ausstellung in Kleinmöbeln

Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang

Gegen Kasse 20% Rabatt — Verkauf nur **Breiter Weg 116**

Magdeburger Stadtbank

(Abteilung der Städtischen Sparkasse)

Bankanstalt unter Gewähr der Stadt Magdeburg

Zentrale: Große Münzstraße Nr. 6
Zweigstelle Buckau: Schönebecker Straße Nr. 37
Zweigstelle Neustadt: Nikolaiplatz Nr. 6
Zweigstelle Sudenburg: Halberstädter Straße Nr. 4[illegible]

Zeichnungen auf Neu-Emissionen

werden zu Originalbedingungen entgegengenommen

Reichsbank-Giro-Konto :: Postscheck-Konto Magdeburg Nr. 381
Telephon-Anschlüsse: Ueber Rathaus Nr. 2439—2443

Betten

Holz und Metall-
komplett
1 Bettstelle, 1 Auflage, 1 Stahlmatratze
nur **40** Mark.

Bett u. Stahlm. 26.00
Auflage 14.00
Stahlmatratze 11.50
Schränke [illegible] **65.00**
Chaiselongues 35.00
Federbetten und Korbmöbel extra billig
[illegible] 11.00
Stühle, Tische, Sofas
[illegible] bequeme
Abzahlung!
Müller & Co., Haupt-
[illegible], Eingang Gr. Markt[illegible]

Wie wir Ihre Rückgrat-Verkrümmung ohne Berufsstörung bessern u. evtl. heilen, zeigt uns. Buch mit 50 Abb. zu bezieh. geg. Einsend. v. [illegible] [illegible] Berlin W 11 [illegible]

Neue
Federbetten!

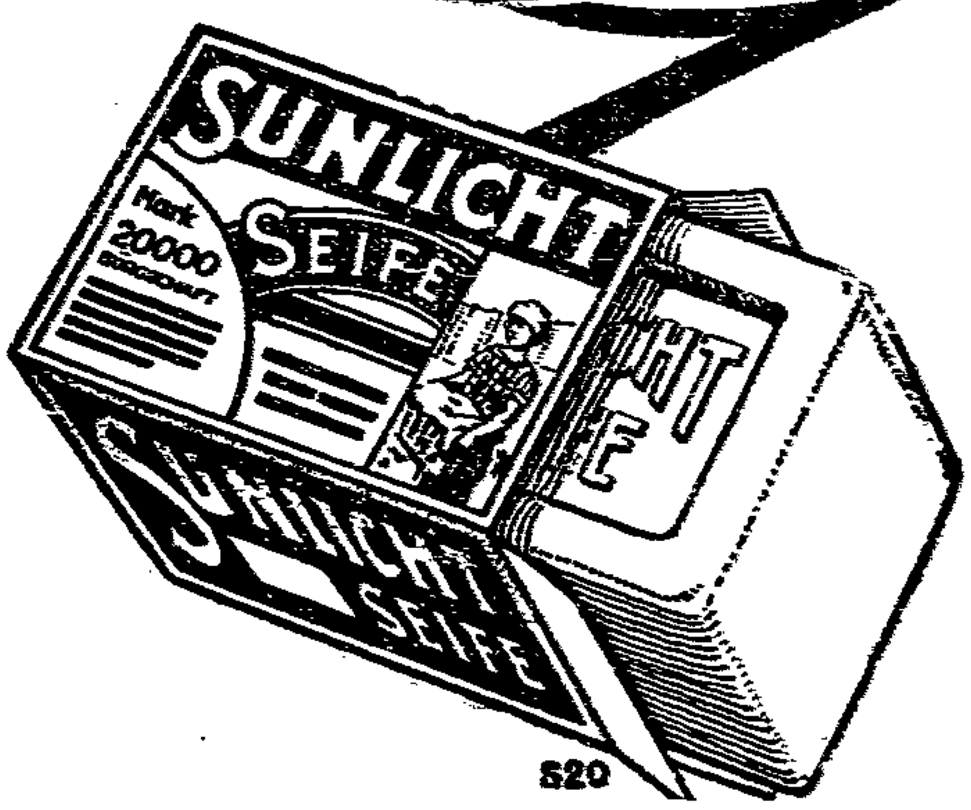
Deckbett Mk. 5.50 9.50 11.50, einzelne Kissen Mk. 1.80 5.00. Vollst. Federbetten mit 2 Kiss. Mk. 25.00 [illegible] 30.00 35.00 und besser.

[illegible] Möbel aller Art

Max Eckstein jr., [illegible]str. 5 a.

Durch ihre Leistungen beweist Sunlicht Seife ihren hohen Wert. Kurzer Waschtag, vollkommenste Schonung der Wäsche, Ersparnis an Kohlen und Zutaten. Kein hartes Reiben!

Der neue große Würfel 40 Pfg.
Das Doppelstück 45 Pfg.



820

Weihnachts-Sonderverkauf

[illegible]

Adolph Rebuhn, G. m. b. H., Magdeburg, [illegible]str. 11.

Die [illegible] der Frauen zum Lesen, Denken und Schauen.

[illegible] 40 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme.

Zemlin & Co.

[illegible] — Fernruf 2086 — empfehlen sich für

Straßen-, Haus-, Fassad-, Fenster-, Teppich-, Parkett-, Lokal-**R**einigung

[illegible]

Großartige
Möbel
-Gelegenheit

nur gegen Kasse!
[illegible]
Breiter Weg Nr. 15[illegible]

Gemäsegasse! Siebenie!

[illegible]

E. [illegible]

[illegible]
Veilchen

[illegible]

[illegible]

Jedes Buch
[illegible]
Buchh. Volksstimme!

[illegible]

Bekanntmachung.

[illegible]

Burg, den 4. Dezember 1922.
Der Magistrat — [illegible]

Küchenzettel

Für die Woche vom 5. bis 12. Dezember 1922.

[illegible]

Burg, den 4. Dezember 1922.

[illegible]

[illegible]

Bekanntmachung.

[illegible]

Bekanntmachung.

[illegible]

Bekanntmachung.

[illegible]

Bekanntmachung.

[illegible]

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

[illegible]

Magdeburg-Sudenburg.

[illegible]

Magdeburg-Neustadt.

[illegible]

Magdeburg-Buckau.

[illegible]

[illegible] Versteigerung

[illegible] den 8. Dezbr. 1922 [illegible]

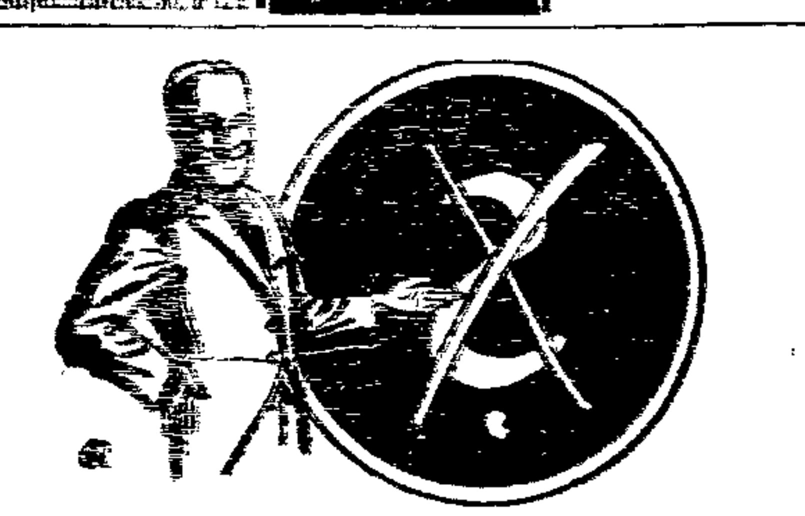
[illegible]

Maschinenfabrik

[illegible]

Monteur

[illegible]



Es ist keine Frage.

[illegible]

STUVKAMP-SALZ

[illegible]

Generalvertreter: **Gustav Fichtler** Magdeburg.

Textbücher empfiehlt Buchhdlg. Volksstimme

Uhren

für das Heim als Geschenkartikel zum
Weihnachtsfest

Standuhren 110.— 120.— 150.— und höher
Hängeuhren 28.— 32.— 38.— und höher
mit prachtvollen Gongschlägen 2477

Garantie für Zuverlässigkeit!

Ufer Nachf., Inh.: Max Fuhrmann
Uhrmachermeister
[illegible]str. 13, am Alten Markt

Infolge eines bedauerlichen Unglücksfalls verstarb am Freitag abend unser Angestellter

Max Stodtmeister.

Wir betrauern aufrichtig den Verlust dieses hoffnungsvollen jungen Mannes.

R. Wittkowski, Breiter Weg 61.

Danksagung.

[illegible]

Auguste Fichtler geb. [illegible]

[illegible]

[illegible]

Für den Weihnachtstisch

nur **Alpina-Uhr**

[illegible]

[illegible] Breiter Weg 21/22

Jeder kennt mich!

Ich bin populär! Mein Name ist im deutschen Wortschatz aufgenommen. Meine äußere Erscheinung vermag jedes Schulkind aus dem Kopfe nachzumalen.

Ich bin Dr. Unblutig, dem Millionen ihre Befreiung von Fußschmerzen, Hühneraugen, Hornhaut und Schwielen danken, der alle Welt kuriert[illegible] läßt, und der dafür sorgt, daß die Menschheit auch im Winter mit warmen und trockenen Füßen auf dieser buckligen Welt herumläuft.

Hühneraugen beseitigt das vielmillionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster. Packung 75 Pfg. Kukirol-Pflaster-Binden 6 Stück nur 60 Pfg.

Gegen nasse und kalte Füße

tragen Sie die Wärme spendenden, in mehreren Staaten patentierten Kukirol-Einlegesohlen. 1 Paar Mk. 1.25 bis Mk. 1.75, je nach Schuhgröße. Außerdem Kukirol-Einlegesohlen in einfacher Ausführung das Paar 80 Pfg. bis Mk. 1.—. 6 Paar antiseptisch imprägnierte Kukirol-Einlegesohlen in einfachster Ausführung 50 Pfg.

Sie erhalten die Kukirol-Erzeugnisse in jeder guten Drogerie und Apotheke oder direkt durch die

[illegible]